

Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen

Die 19. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses findet am

Mittwoch, 23.08.2023, 16:00 Uhr,

im Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, Großer Sitzungssaal, statt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 07.06.2023
- 1.1 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 26.04.2023
2. Fragestunde
- 2.1 Situation des Hallenbades Löhrtor und seiner Bedeutung für die Universitätsstadt Siegen in der Übergangszeit bis zum Neubau des Hallenbades Weidenau
3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung
- 3.1 Fort- und Weiterbildungsangebote "Antidiskriminierung" für städtisches Personal
- 3.2 Sachstand Umsetzung Bürger*innenrat
4. Parkraumbewirtschaftung;
3. Änderungssatzung zur Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)
5. Nutzungsvereinbarung Musikpavillon
6. Straßenumbenennungen
7. Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen des 1. und 2. Quartals 2023
8. Gesamtabschluss für das Haushaltsjahr 2022 - Verzicht auf die Aufstellung gemäß § 116a GO NRW
9. RWE-Aktien der Stadt Siegen
10. Bericht über den Haushaltsvollzug 2023
11. Haushalt 2022 - Übertragung von Ermächtigungen in das Haushaltsjahr 2023

12. Straßenmanagementsystem - Straßenzustandserfassung; Fortschreibung Sanierungs- und Bauprogramm für Straßen und Brücken; Straßen- und Wegekonzept für das Kommunalabgabengesetz NRW
13. Änderung des Landesentwicklungsplans NRW für den Ausbau der Erneuerbaren Energien - Stellungnahme der Stadt Siegen
14. Solartechnische Nutzung von Dachflächen innerhalb von städtischen Gestaltungssatzungen (Antrag von CDU/SPD im Rat am 27.10.2021)
Hier: Anpassungen der Gestaltungssatzungen

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 26.04.2023
- 1.1 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 07.06.2023
2. Wichtige Verwaltungsangelegenheiten
3. Abschluss eines Vertrages zur Durchführung der Preisträgerausstellung zur 9. Verleihung des Förderpreises zum Rubenspreis der Stadt Siegen mit der Museum für Gegenwartskunst Siegen gGmbH
4. Betrieb gewerblicher Art „Bäder der Stadt Siegen“; Verwendung des Jahresüberschusses 2021
5. Genehmigung von Stundungen gem. § 8a Abs. 6 Kommunalabgabengesetz Nordrhein-Westfalen über Straßenbaubeiträge für die nachmalige Herstellung der XXX-Straße
6. Aufwandsentschädigung für den Sprecher/die Sprecherin der Freiwilligen Feuerwehr und seine/ihre Stellvertreter/Stellvertreterinnen
7. Verschiedenes
8. Mitteilungen an die Presse

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter www.siegen.de abrufbar.

Nachtragsbekanntmachung

zur 19. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

am: **23.08.2023**
um: **16:00 Uhr**
Ort: **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

Nachtrag:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

- 2.2 Neue Nutzungsvereinbarung für Schwimmunterricht in Siegener Schwimmbädern
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Universitätsstadt Siegen unter www.siegen.de abrufbar.

Siegen, 18.08.2023

Der Bürgermeister

ÖFFENTLICHE NIEDERSCHRIFT

über die 19. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom: **23.08.2023**
von: **16:00 Uhr**
bis: **17:05 Uhr**
Ort: **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

Anwesend waren:

Vom Haupt- und Finanzausschuss:

Bürgermeister Mues, Steffen	als Vorsitzender
Stv Becker, Melanie	vertritt Klein, Henning
Stv Bell, Achim	
Stv Boller, Joachim	
Stv Groß, Michael	
Stv Molzberger, Adhemar	
Stv Rompf, Jürgen	vertritt Hähner, André
Stv Rujanski, Detlef	
Stv Schiltz, Ingmar	
Stv Schwarzer, Michael	
Stv Shirley, Julia	
Stv Sondermann, Christian Paul	
Stv Steffe, Roland	
Stv Stinner, Jürgen	vertritt Klein, Marc
Stv Tigges, Johannes	
Stv Walter, Klaus Volker	
Stv Weber, Frank	

Beratende Mitglieder:

Stv Wittenburg, Samuel

Von der Verwaltung:

StK Cavelius

StR Fries

StBR Schumann

Dezernent Schmidt

Städt. VR Werthenbach

Pers. Referent

VA Helmes

Abt.-L. 1/1

VA Dr. Schutz

Leitung Medien und Öffentlichkeitsarbeit

VA Schneider

Personalrat

StAR Münker

Protokollführung

Nicht anwesend waren:

Stv Hähner, André

vertreten durch Stv Rompf, Jürgen

Stv Klein, Henning

vertreten durch Stv Becker, Melanie

Stv Klein, Marc

vertreten durch Stv Stinner, Jürgen

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Unter Punkt 2.2 wurde eine fristgerecht vorgelegte Anfrage ergänzt.

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 07.06.2023

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

19. HFA 23.08.2023**1.1 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 26.04.2023**

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

19. HFA 23.08.2023**2. Fragestunde**

Es wurden keine Anfragen eingereicht.

19. HFA 23.08.2023

**2.1 Situation des Hallenbades Löhrtor und seiner Bedeutung für die Universitätsstadt Siegen in der Übergangszeit bis zum Neubau des Hallenbades Weidenau
Anfrage der Fraktionen UWG, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und GfS**

Vorlage Nr. AF 1270/2023 und AF 1270/2023 A

Die Fragen wurden abschließend in der Ergänzungsvorlage beantwortet.

19. HFA 23.08.2023

2.2 Neue Nutzungsvereinbarung für Schwimmunterricht in Siegener Schwimmbädern

Vorlage Nr. AF 1271/2023 und AF 1271/2023 A

Die Fragen wurden mit der Ergänzungsvorlage abschließend beantwortet.

19. HFA 23.08.2023

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

**3.1 Fort- und Weiterbildungsangebote "Antidiskriminierung" für städtisches Personal
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Vorlage Nr. AT 273/2023

Das Thema werde derzeit auf der Ebene der Führungskräfte behandelt, berichtet Herr Helmes. Eine Aufnahme entsprechender Angebote im Fortbildungsprogramm sei aus Sicht der Verwaltung ebenfalls vorstellbar, aber nicht als verpflichtende Veranstaltung.

Herr Groß räumt ein, dass ein freiwilliges Angebot als erster Schritt zur Sensibilisierung beitragen kann. Die Verwaltung sollte dann zu gegebener Zeit berichten. Er möchte den Vorschlag keinesfalls als Kritik am städtischen Personal verstanden wissen.

Herr Steffe versteht den Vorschlag gerade als solche und kann dem Antrag daher nicht zustimmen.

Als Ergebnis der Aussprache verständigt man sich darauf, den Antrag als Anregung zu betrachten, ein Konzept für eine Qualifizierung mit dem Schwerpunkt Antidiskriminierung zu erstellen.

Beschluss:

Es wird angeregt, ein Konzept für ein jährlich stattfindendes Antidiskriminierungstraining für städtische Beschäftigte zu erarbeiten. Diese Qualifizierungsmaßnahme soll für alle Funktionsgruppen, deren überwiegende Tätigkeit im Kontakt mit Bürger*innen liegt, ein freiwilliges Angebot sein. Bei Funktionsgruppen, die nur wenig Kontakt mit Bürger*innen aufweisen, soll die Qualifizierung offensiv beworben werden.

Bei der Erarbeitung sollen zivilgesellschaftliche Akteure, die sich mit dem Thema „Diskriminierung“ beschäftigen, beteiligt werden. Dabei soll sich die Qualifizierung konkret auf den Arbeitskontext der Mitarbeitenden beziehen und Ansätze für ein diversitätsbewusstes Handeln aufzeigen.

Beratungsergebnis: 16 Stimmen dafür, 1 dagegen (AfD-TD), 0 Enthaltungen

19. HFA 23.08.2023

**3.2 Sachstand Umsetzung Bürger*innenrat
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Vorlage Nr. AT 278/2023 und AT 278/2023 A

Die im Antrag enthaltenen Fragen wurden mit der Ergänzungsvorlage beantwortet.

=> *Die Verwaltung wird eruieren, in welcher Form und unter welchen Kriterien eine Themenabfrage in der Bürgerschaft erfolgen kann.*

19. HFA 23.08.2023

**4. Parkraumbewirtschaftung;
3. Änderungssatzung zur Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)**

Vorlage Nr. VL 1433/2023

Beschlussvorschlag:

Gemäß Vorlage VL 1433/2023 A

**4.1 Parkraumbewirtschaftung;
Ergänzungen zur 3. Änderungssatzung der Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)**

Vorlage Nr. VL 1433/2023 A

Herr Schiltz verweist auf die Empfehlungen der Fachausschüsse, die Gebühren für ein Tagesticket gegenüber dem Verwaltungsvorschlag geringfügig zu senken.

Die Anpassung der Gebühren resultiert im Grunde aus zurückliegenden Beschlüssen, die Parkraumbewirtschaftung neu zu ordnen, so die Kritik von Herrn Boller, die im Grunde immer noch nicht umgesetzt sind. Dies betrifft auch die Beschaffung neuer Parkscheinautomaten, die immer noch nicht stattgefunden hat.

Bürgermeister Mues wird die Gründe für die Nichtbeschaffung recherchieren lassen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die 3. Änderungssatzung der „Gebührenordnung für Parkscheinautomaten (PSA) im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)“ in der als Anlage 1 (incl. Hinweis Umsatzsteuer) beigefügten Fassung, mit der Änderung, die Gebühren für ein Tagesticket

- auf dem Parkplatz der Siegerlandhalle von 5,00 € auf 7,00 € sowie
- auf dem Zentralparkplatz Weidenau und auf dem Bismarckplatz von 3,00 € auf 5,00 €

zu erhöhen.

Beratungsergebnis: 16 Stimmen dafür, 1 dagegen (AfD-TD), 0 Enthaltungen

19. HFA 23.08.2023

5. Nutzungsvereinbarung Musikpavillon

Vorlage Nr. VL 1421/2023

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universität Siegen beschließt den Nutzungsvertrag und die Nutzungsbedingungen für die Vermietung des Musikpavillons im Schlosspark Oberes Schloss.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

19. HFA 23.08.2023

6. Straßenumbenennungen

Vorlage Nr. VL 1361/2023

Herr Schiltz blickt zurück auf die jahrelangen und kontroversen Diskussionen, die nunmehr mit der Entscheidung über die Umbenennung einiger Straße nach Personen, die durch antisemitische und nationalsozialistische Gesinnung aufgefallen sind und daher einer Ehrung nicht würdig sind, beendet werden können. Bei der Neubenennung hat die SPD-Fraktion zwei Kriterien zugrunde gelegt; mehr verdiente Frauen in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken und einen klaren Bezug zu Siegen zu geben. Mit dem Vorschlag „Europastraße“ sollen die Verbindung und die Vorteile von Europa für die Bürgerinnen und Bürger in Erinnerung gerufen werden. Er dankt den Mitgliedern des Arbeitskreises, die sich intensiv mit der Geschichte der in Rede stehenden Personen befasst und die Grundlagen für die Beschlussfassung geschaffen haben.

Herr Groß ergänzt und stellt die Methode des Arbeitskreises, sich quasi wissenschaftlich den Fragen zu nähern, als die richtige heraus. Bedenklich war und ist für ihn der Umgang mit dem Thema in den sozialen Medien, das von einigen Zeitgenossen als unnötig und Zeitvertreib abqualifiziert wurde. Er sieht es als Aufgabe der Politik, sich auch mit solchen Themen auseinander zu setzen.

Seine Fraktion hat sich gegen die Umbenennung ausgesprochen, so Herr Steffe. Die Bürgerinnen und Bürger sind nicht alle mit der Vorgehensweise einverstanden und haben sich vielmehr in der Graf-Luckner-Straße und der Diemstraße für eine Umwidmung ausgesprochen. Diesem Wunsch sollte der Ausschuss folgen.

Die Hintergründe für die Änderungen sind nach Aussage von Herrn Rompf hinlänglich bekannt und von allen Seiten beleuchtet worden. Die CDU-Fraktion möchte nunmehr diesen Vorgang abschließen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt folgende Straßen umzubenennen:

1. "Bergfriederstraße" in "Auf dem Heuper"
2. "Hindenburgstraße" in "Europastraße"
3. der Name "Hindenburgbrücke" wird ersatzlos eingezogen und sie ist nur noch eine Brücke innerhalb der Straße mit dem neuen Namen
4. "Lothar-Irle-Straße" in "Am Breitenbach"
5. "Porschestraße" in "Charlotte-Petersen-Straße"
6. "Diemstraße" in "Margarete-Lenz-Straße"

Beratungsergebnis: 16 Stimmen dafür, 1 dagegen (AfD-TD), 0 Enthaltungen

19. HFA 23.08.2023

7. Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen des 1. und 2. Quartals 2023

Vorlage Nr. VL 1461/2023

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen des 1. und 2. Quartals des Haushaltsjahres 2023 zur Kenntnis.

19. HFA 23.08.2023

8. Gesamtabschluss für das Haushaltsjahr 2022 - Verzicht auf die Aufstellung gemäß § 116a GO NRW

Vorlage Nr. VL 1464/2023

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, auf die Aufstellung eines Gesamtabchlusses für das Haushaltsjahr 2022 zu verzichten. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass das Vorliegen der Voraussetzungen hierfür auf Grundlage der relevanten Jahresabschlüsse der Jahre 2021 und 2022 der Stadt Siegen und ihrer vollkonsolidierungspflichtigen Tochterunternehmen bestätigt wird.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**19. HFA 23.08.2023****9. RWE-Aktien der Stadt Siegen**

Vorlage Nr. VL 1469/2023

=> *Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt den Bericht zur weiteren Entwicklung des RWE-Konzerns und des Kurses der RWE-Aktie zur Kenntnis.*

19. HFA 23.08.2023**10. Bericht über den Haushaltsvollzug 2023**

Vorlage Nr. VL 1481/2023

Herr Cavelius berichtet ergänzend, dass der Haushalt derzeit von den enormen Zuwächsen aus der Gewerbesteuer profitiert. Die aktuell eingegangenen Richtwerte und Entwicklungen für das Jahr 2024 lassen aber bereits erkennen, dass sich die Gesamtlage deutlich verschlechtern wird. Dies betrifft sowohl die Zuweisungen nach Gemeindefinanzierungsgesetz als auch die Personalkosten, die Einkommens- und Umsatzsteuer sowie die Kreisumlage. Im Ergebnis wird in 2024 ein deutliches Minus zu erwarten sein, das ein Haushaltssicherungskonzept für 2025 zur Folge haben kann.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.06.2023 zur Kenntnis.

19. HFA 23.08.2023

11. Haushalt 2022
- Übertragung von Ermächtigungen in das Haushaltsjahr 2023

Vorlage Nr. VL 1478/2023

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die vorgenommenen Ermächtigungsübertragungen gemäß den Anlagen 1 a, 1 b (Ergebnisplan), 2 a und 2 b (Investitionen, Rückstellungen) zur Kenntnis.

19. HFA 23.08.2023

12. Straßenmanagementsystem - Straßenzustandserfassung; Fortschreibung Sanierungs- und Bauprogramm für Straßen und Brücken; Straßen- und Wegekonzept für das Kommunalabgabengesetz NRW

Vorlage Nr. VL 1428/2023
dazu Antrag der Fraktionen CDU und SPD

Herr Schumann informiert, Bezug nehmend auf den Antrag, den zur Deckenerneuerung vorgesehenen Abschnitt der Hambergstraße zu verlängern, über die Vorgehensweise bei der Festlegung der einzelnen Straßen. Da die Voruntersuchung in dem in Rede stehenden Abschnitt noch nicht erfolgt ist sollte die Beschlussfassung über diesen Einzelfall bis zur Ratssitzung zurückgestellt werden.

Herr Wittenburg fragt in diesem Zusammenhang nach der Instandsetzung der Siegener Straße in Gosenbach, da Gerüchte über das Anfallen von KAG-Beiträgen gestreut werden. Dazu wurde vom Leiter der Abteilung Straße und Verkehr sehr deutlich aufgeklärt. Er regt an, dies auch öffentlich zu kommunizieren.

Für Herrn Mues ist nicht nachvollziehbar, aus welchem Interesse heraus derartige Falschinformationen verbreitet werden. Es ist erklärtes Ziel, dass keine Beiträge anfallen. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart ist nun die Landesregierung am Zug, die rechtlichen Bedingungen zu schaffen.

Für Herrn Boller ist es wichtig, dass die Reihenfolge der Maßnahmen nicht nach dem Windhundprinzip festgelegt wird. Insbesondere Verbesserungen für den Fahrradverkehr bzw. Abhängigkeiten in Verbindung mit der kommenden Umweltspur müssten Priorität erhalten.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Neuerfassung des Zustands für Straßen, Straßenmanagementsystem, gemäß §29 KomHVO NRW alle 10 Jahre, für das Jahr 2026.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, die in Anlage 1 der Vorlage aufgeführte Prioritätenliste für die Abarbeitung von Deckenerneuerungen für die Jahre 2025 bis 2029, abhängig vom Planungs- und Finanzierungsstand, sowie der Personaldecke.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, die in Anlage 2 der Vorlage aufgeführte Prioritätenliste für die Abarbeitung des Bauprogramms für die Jahre 2025 bis 2029, abhängig vom Planungs- und Finanzierungsstand, sowie der Personaldecke.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, die in Anlage 3 der Vorlage aufgeführte Prioritätenliste als Straßen- und Wegekonzept für das Kommunalabgabengesetz NRW.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

19. HFA 23.08.2023

zu TOP 12 Antrag der Fraktionen CDU und SPD

Die Beschlussfassung wird bis zur Sitzung des Rates am 06.09.2023 zurückgestellt.

19. HFA 23.08.2023

**13. Änderung des Landesentwicklungsplans NRW für den Ausbau der Erneuerbaren Energien
hier: Stellungnahme der Stadt Siegen**

Vorlage Nr. VL 1463/2023

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Stellungnahme gemäß der Anlage zur Kenntnis.

19. HFA 23.08.2023

- 14. Solartechnische Nutzung von Dachflächen innerhalb von städtischen Gestaltungssatzungen (Antrag von CDU/SPD im Rat am 27.10.2021)**
Hier: Anpassungen der Gestaltungssatzungen

Vorlage Nr. VL 1259/2023

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Änderung folgender Gestaltungssatzungen gemäß Anlage 1: „Langholdinghausen“, „Waldenburger Weg“, „Eiserfeld Ortsmitte“, „Hintere Wensch“, „Obere Wensch“ sowie „Vordere Wensch“, „Innenstadt“.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 3 Enthaltungen

19. HFA 23.08.2023

gez.
Bürgermeister

gez.
Schriftführerin

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Fraktionen UWG, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und GfS
Eingang	24.07.2023
Federführend	GB 2, Abt. 2/5

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

23.08.2023

Betreff:

**Situation des Hallenbades Löhrtor und seiner Bedeutung für die Universitätsstadt Siegen in
der Übergangszeit bis zum Neubau des Hallenbades Weidenau
Anfrage der Fraktionen UWG, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und GfS**

An den
Bürgermeister der Stadt Siegen
Herrn Steffen Mues
Rathaus, Markt 2
57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
24. Juli 2023	
GB 2	PR
Abt. 215	INSTITUT

0414

Siegen, 10.06.2023

Anfrage gemäß § 8 der GeschO des Rates der Stadt Siegen zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss am 23.08.2023

Situation des Hallenbades Löhrtor und seiner Bedeutung für die Universitätsstadt Siegen in der Übergangszeit bis zum Neubau des Hallenbades Weidenau

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

da sich die Umsetzung der Planung der Universität Siegen im Bereich Campus Süd verlangsamt und eher kleinschrittig vorgenommen werden wird, stellen wir folgende Fragen zum weiteren Erhalt /zum Betrieb des Hallenbades Löhrtor unter der Prämisse, es zumindest zeitweise weiterbetreiben zu können.

Im Wirtschaftsförderungsausschuss wurde wie auch im Bauausschuss berichtet, dass noch kein Verkaufsvertrag mit der Universität unterzeichnet worden ist. Letztlich wurde diese Entwicklung in der Ratssitzung vom 21. Juni 2023 durch Herrn Quast, Herrn Burkhardt und Herrn Richter noch einmal konkretisiert.

- Wie ist der aktuelle bauliche Zustand des Bades (innen und außen) einzuordnen/zu bewerten?
- wie sind die technischen Anlagen des Bades hinsichtlich eines weiteren Betriebes zu bewerten?
- kann mit der aktuellen Personalausstattung das Hallenbad Löhrtor bis zum Neubau des Hallenbades Weidenau weiter betrieben werden?
- welche Investitionen (technisch/baulich) werden absehbar für den Erhalt / zum Betrieb kurzfristig/mittelfristig investiert werden müssen?

- 2 -

- Gibt es städtische Überlegungen, wie dieses Filetstück in der Stadtmitte einer weiteren Verwendung zugeführt werden könnte?
Wenn ja: wie konkret sehen diese Planungen aus?

Mit freundlichen Grüßen



Achim Bell
Vorsitzender der
UWG-Fraktion
im Rat der Universitätsstadt Siegen

gez. Michael Groß
Vorsitzender der
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Rat der Universitätsstadt Siegen

gez. Markus Nüchtern
Vorsitzender der
FDP-Fraktion
im Rat der Universitätsstadt Siegen

gez. Christian Sondermann
Vorsitzender der
Fraktion Gemeinsam für Siegen
im Rat der Universitätsstadt Siegen

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Mehrere Fraktionen
Eingang	24.07.2023
Federführend	GB 2, Abt. 2/5

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

23.08.2023

Betreff:

Situation des Hallenbades Löhrtor und seiner Bedeutung für die Universitätsstadt Siegen in der Übergangszeit bis zum Neubau des Hallenbades Weidenau
Anfrage der Fraktionen UWG, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und GfS

Frage 1:

Wie ist der aktuelle bauliche Zustand des Bades (innen und außen) einzuordnen / zu bewerten?

Antwort:

Das Hallenbad Löhrtor ist abgängig. Der aktuelle bauliche Zustand ist „altersgerecht“ und somit stark sanierungsbedürftig. Das Gebäude funktioniert noch und ist in einem benutzbaren Zustand. Immer wieder werden Notreparaturen durchgeführt, die dem Erhalt des aktuellen Zustandes sicherstellen.

Frage 2:

Wie sind die technischen Anlagen des Bades hinsichtlich eines weiteren Betriebes zu bewerten?

Antwort:

Auch im Bereich der technischen Anlagen werden immer wieder Notreparaturen durchgeführt, um einen sicheren Betrieb des Hallenbades aufrecht zu erhalten. Jederzeit können Teile der technischen Anlage ausfallen, was mit dem letzten technischen Schaden aktuell auch dokumentiert wurde. Engmaschige Begehungen und Kontrollen der Gebäudesubstanz und der Technik stellen sicher, dass ein ordnungsgemäßer Badebetrieb durchgeführt werden kann. Die Sicherheit der Badegäste hat höchste Priorität, so dass bei Auftreten von technischen Problemen eine ungeplante Schließung des Bades nicht ausgeschlossen werden kann.

Frage 3:

Kann mit der aktuellen Personalausstattung das Hallenbades Löhrtor bis zum Neubau des Hallenbades Weidenau weiterbetrieben werden?

Antwort:

Zunächst wird auf die Vorlage 1453/2023 verwiesen, die dem Sport- und Bäderausschuss am 09.08.2023 vorgelegt wurde, in der umfänglich auf die Personalsituation der Bäder eingegangen wurde.

Geänderte rechtliche und tatsächliche Voraussetzungen machen eine neue Personalbedarfsberechnung erforderlich, die voraussichtlich Ende des Jahres vorliegt.

Bei der Betrachtung des Personalbedarfs sind immer alle Bäder zu berücksichtigen. Im Moment wird davon ausgegangen, dass alle Hallenbäder bis zum Beginn der Baumaßnahmen in Eiserfeld und Weidenau weiter betrieben werden.

Es ist allerdings nicht auszuschließen, wie bereits in diesem Jahr einige Male geschehen, dass es wegen akutem Personalmangel zu Einschränkungen der Öffnungszeiten einzelner Bäder kommen kann. Der Betrieb des Löhrtorbades ist ein wichtiger Bestandteil des Bäderkonzepts.

Frage 4:

Welche Investitionen (technisch/baulich) werden absehbar für den Erhalt zum Betrieb kurzfristig / mittelfristig investiert werden müssen?

Antwort:

Der kurzfristige und mittelfristige Investitionsaufwand ist nicht abschätzbar. Da das Gebäude abgängig ist und in absehbarer Zeit zurückgebaut werden soll, sind Investitionen zur Erhalt des Gebäudes nicht vorgesehen. Der jährliche Ansatz für die Bauunterhaltung war bisher ausreichend bemessen um die anfallenden Reparaturen und Wartungen durchführen zu können. Sollten unerwartet hohe Kosten zum Erhalt bzw. Sicherstellung des Betriebes des Bades anfallen, wäre im Einzelfall zu prüfen, ob die dann anstehende Investition noch sinnvoll ist.

Frage 5 :

Gibt es städtische Überlegungen, wie dieses Filetstück in der Stadtmitte einer weiteren Verwendung zugeführt werden könnte? Wenn ja, wie konkret sehen diese Planungen aus?

Antwort:

Es gibt noch keine stadtentwicklerischen Überlegungen für die zukünftige Grundstücksnutzung. Zunächst soll die Nutzung des Schwimmbads möglichst bis zur Neueröffnung des Hallenbads Weidenau aufrechterhalten werden. Von daher hat die Universitätsstadt Siegen noch genügend zeitlichen Vorlauf bis eine mögliche Folgenutzung ansteht. In der Zwischenzeit können sich noch verschiedenste Rahmenbedingungen im Kontext der universitären Entwicklungen im Bereich des Campus Süd, die städtischerseits flankiert werden, aber auch in Bezug auf städtische Nutzungs- und Raumbedarfe ergeben, sodass es aus städtischer Sicht verfrüht ist, Ideen zu entwerfen. Gleichwohl wird der Bereich bei langfristigen Überlegungen nunmehr als potentieller Standort mitbedacht.

An den
Bürgermeister der Stadt Siegen
Herrn Steffen Mues
Rathaus, Markt 2
57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
24. Juli 2023	
GB 2	PR
Abt. 215	INSTITUT

0414

Siegen, 10.06.2023

Anfrage gemäß § 8 der GeschO des Rates der Stadt Siegen zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss am 23.08.2023

Situation des Hallenbades Löhrtor und seiner Bedeutung für die Universitätsstadt Siegen in der Übergangszeit bis zum Neubau des Hallenbades Weidenau

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

da sich die Umsetzung der Planung der Universität Siegen im Bereich Campus Süd verlangsamt und eher kleinschrittig vorgenommen werden wird, stellen wir folgende Fragen zum weiteren Erhalt /zum Betrieb des Hallenbades Löhrtor unter der Prämisse, es zumindest zeitweise weiterbetreiben zu können.

Im Wirtschaftsförderungsausschuss wurde wie auch im Bauausschuss berichtet, dass noch kein Verkaufsvertrag mit der Universität unterzeichnet worden ist. Letztlich wurde diese Entwicklung in der Ratssitzung vom 21. Juni 2023 durch Herrn Quast, Herrn Burkhardt und Herrn Richter noch einmal konkretisiert.

- Wie ist der aktuelle bauliche Zustand des Bades (innen und außen) einzuordnen/zu bewerten?
- wie sind die technischen Anlagen des Bades hinsichtlich eines weiteren Betriebes zu bewerten?
- kann mit der aktuellen Personalausstattung das Hallenbad Löhrtor bis zum Neubau des Hallenbades Weidenau weiter betrieben werden?
- welche Investitionen (technisch/baulich) werden absehbar für den Erhalt / zum Betrieb kurzfristig/mittelfristig investiert werden müssen?

- 2 -

- Gibt es städtische Überlegungen, wie dieses Filetstück in der Stadtmitte einer weiteren Verwendung zugeführt werden könnte?
Wenn ja: wie konkret sehen diese Planungen aus?

Mit freundlichen Grüßen



Achim Bell
Vorsitzender der
UWG-Fraktion
im Rat der Universitätsstadt Siegen

gez. Michael Groß
Vorsitzender der
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Rat der Universitätsstadt Siegen

gez. Markus Nüchtern
Vorsitzender der
FDP-Fraktion
im Rat der Universitätsstadt Siegen

gez. Christian Sondermann
Vorsitzender der
Fraktion Gemeinsam für Siegen
im Rat der Universitätsstadt Siegen

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Eingang	16.08.2023
Federführend	GB 2, Abt. 2/5

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

23.08.2023

Betreff:

Neue Nutzungsvereinbarung für Schwimmunterricht in Siegener Schwimmbädern



EINGANG BÜRGERMEISTER	
16. Aug. 2023	
GB	PR
Abt.	INSTITUTE



Bündnis 90/Die Grünen · Im Rat der Stadt Siegen · Markt 2/Rathaus · 57072 Siegen

An den Bürgermeister
der Stadt Siegen
Herrn Steffen Mues

Rathaus Siegen

57072 Siegen

Bündnis 90/Die Grünen
Im Rat der Stadt Siegen
Markt 2/Rathaus
57072 Siegen

0271/404-1432
gruene@siegen.de

Dienstag, 16.08.2023

Anfrage zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Siegen am 23.08.2023
Neue Nutzungsvereinbarung für Schwimmunterricht in Siegener Schwimmbädern

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,
sehr geehrte Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Siegen,

im Zusammenhang mit einer geänderten Nutzungsvereinbarung zwischen der Stadt Siegen und den städtischen Schulen für den schulischen Schwimmunterricht in den Hallen- und Freibädern bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. In der Neufassung wird festgelegt, dass Lehrkräfte zusätzlich zu dem alle 2 Jahre zu erneuernden Nachweis der Rettungsfähigkeit hinaus „vor Antritt der ersten Unterrichtsstunde eine kombinierte Rettungsübung nach DGfDB 94.05 durchführen“ müssen.
Aus welchem Grunde wurde diese Verschärfung des Regelwerks vorgenommen?
Hat die Stadt die Möglichkeit, auf diesen Passus zu verzichten?
2. In §8 der Nutzungsvereinbarung wird darauf hingewiesen, dass alle Schulen vor Nutzung des Hallen- oder Freibades eine Haftpflichtversicherung abschließen müssen.
Besteht die Möglichkeit, diese gemeinsam für alle Schulen durch die Stadt Siegen abschließen zu lassen?
3. Ist die Neufassung der Nutzungsvereinbarung bereits allen Schulen kommuniziert worden (auch denen, die im aktuellen Schulhalbjahr keinen Schwimmunterricht anbieten und somit keine aktuelle Nutzungsanfrage gestellt haben)?

Mit freundlichen Grüßen,
für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Siegen

Michael Groß
Fraktionsvorsitzender

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Eingang	16.08.2023
Federführend	GB 2, Abt. 2/5

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

23.08.2023

Betreff:

Neue Nutzungsvereinbarung für Schwimmunterricht in Siegener Schwimmbädern

1. In der Neufassung wird festgelegt, dass Lehrkräfte zusätzlich zu dem alle 2 Jahre zu erneuernden Nachweis der Rettungsfähigkeit hinaus „vor Antritt der ersten Unterrichtsstunde eine kombinierte Rettungsübung nach DGfDB 94.05 durchführen“ müssen.
Aus welchem Grunde wurde diese Verschärfung des Regelwerks vorgenommen?
Hat die Stadt die Möglichkeit, auf diesen Passus zu verzichten?

Antwort:

Im Rahmen aktueller Änderungen von Regelwerken für den Bäderbetrieb wurde bei der Aufarbeitung die Verfahrensweise bei Überlassung von Wasserflächen an Dritte und der damit verbundenen Delegierung der Aufsichtspflicht sowie Überarbeitung der Nutzungsvereinbarungen und Einweisungen der Nutzenden das bisherige Verfahren geprüft und angepasst.

Die Organisation des Badebetriebes muss sich stets rechtsicher an den geltenden Gesetzen, Normen, Richtlinien und sonstiger Regelwerke orientieren. Einschlägig sind hierbei für die Stadt Siegen als Badbetreiberin insbesondere die Richtlinien der Deutschen Gesellschaft für das Badewesen (DGfDB).

Die Richtlinien und Arbeitsunterlagen der DGfDB, wie auch die DIN-Normen und anderer anerkannter Regeln der Technik, sind nicht verbindlich im Sinne eines Gesetzes oder einer Verordnung. Die Einhaltung der Anforderungen dieser Regelwerke lässt in rechtlicher Hinsicht aber den Schluss zu, dass die Anlage, die eingesetzten Geräte und/oder der Betrieb sicher sind. Gleichwohl sind Richtlinien und DIN-Normen Empfehlungen, von denen man in einzelnen Fällen auch abweichen kann. Dann tritt jedoch eine Beweislastumkehr ein. Im Falle eines Unfalls muss der Betreiber bzw. die Betreiberin nachweisen, dass die alternativ gewählte Lösung ebenso sicher ist wie die im Regelwerk Geforderte. DGfDB-Richtlinien werden dann verbindlich, wenn auf sie in Gesetzen und Verordnungen verwiesen wird oder wenn sie Bestandteil privatrechtlicher Verträge sind.

Die Inhalte dieser Regelwerke erhalten durch den Abschluss von schriftlichen Nutzungsverträgen, welche im Falle der Überlassung von Wasserflächen abzuschließen sind, demnach verbindlichen Charakter.

Aktuell bestehen flächendeckend noch keine Nutzungsverträge mit städtischen oder externen Schulen, sodass beabsichtigt ist, diese nach und nach aufzuarbeiten und abzuschließen. Der Abschluss eines Nutzungsvertrages ist nach dem Muster des Anhangs in der DGfDB-Richtlinie 94.16 „Vertragsgestaltung bei der Überlassung von Wasserflächen in Schwimmbädern an Dritte“ vorzunehmen.

In solchen Nutzungsverträgen sind Festlegungen über die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien zu normieren, wobei die Definition von Anforderungen an das Aufsichtspersonal eines dieser Punkte darstellt.

Die Richtlinie 94.05 sowie die Richtlinie 94.16 verlangen eindeutige Voraussetzungen, die an das Aufsichtspersonal der Nutzenden im Allgemeinen gestellt werden. Zentrale Voraussetzung für das Aufsichtspersonal ist die Rettungsfähigkeit.

Die Rettungsfähigkeit ist eine der wichtigsten Qualifikationen für das Personal zur Wasseraufsicht und eine wichtige Voraussetzung zur Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht. Sie wird in den Richtlinien für das Wasseraufsichtspersonal immer gefordert. Der letzte Nachweis der Rettungsfähigkeit darf nicht älter als zwei Jahre sein. Die Fortbildung in der Ersten Hilfe (einschließlich der Herz-Lungen-Wiederbelebung) muss nach DGUV Vorschrift 1 „Grundsätze der Prävention“ alle zwei Jahre wiederholt werden.

Weiter schreiben die Richtlinien vor, dass die Rettungsfähigkeit des Personals für die Wasseraufsicht der Nutzenden vor dem ersten Einsatz vor Ort für die Wasseraufsicht durch die Kombinierte Rettungsübung nachzuweisen ist.

Im Zusammenhang der Definition der Anforderungen an Lehrkräfte im Rahmen der Wasseraufsicht wurde durch das Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen im Auszug aus dem Amtsblatt des Ministeriums Nr. 06/20, „Sicherheitsförderung im Schulsport,“ Runderlass vom 03.01.2020 unter Aktenzeichen 323-6.09.03-151948, zu den Richtlinien der DGfDB abweichende Anforderungen zur Rettungsfähigkeit von Lehrkräften herausgegeben.

Vor dem Hintergrund der aufgetretenen Problematik, dass Lehrkräfte, orientiert an den jeweiligen baulichen Gegebenheiten der Siegener Bäder, nur bedingt rettungsfähig sind, wurde sich mit der Angelegenheit vertiefend beschäftigt. Beispielhaft ist hier die Wassertiefe von 4,60m im Freibad Geisweid zu nennen. Es ist nicht davon auszugehen, dass durch das Erfüllen der Vorgaben des Schulministeriums eine Rettungsfähigkeit im Sprungbereich des Freibades Geisweid gegeben ist.

Der Erlass des Schulministeriums vom 03.01.2020, Aktenzeichen 323-6.09.03-151948 ist als Erlass der Landesbehörde auch nur eine Anweisung gegenüber den nachgeordneten Behörden bzw. Dienststellen ist. Er wirkt nicht gegen über den Bürgerinnen und Bürgern bzw. Dritten. Somit ist der Erlass zum Schulschwimmen nur intern maßgeblich für die Schulbehörden und die Lehrkräfte. Er entfaltet jedoch keine Rechtskraft gegenüber dem Badbetreibenden.

Es handelt sich um eine Regelung im öffentlich-rechtlichen Bereich, die im Zivil- und Strafrecht nicht rechtswirksam ist und daher bei einem Badeunfall bzgl. der Frage der Haftung keine entlastende Wirkung für die Lehrkräfte oder die Schulleitung entfaltet.

Für den Badbetreibenden gilt zudem der Erlass nicht, und sie bzw. er hat die straf- und zivilrechtlichen Vorgaben zu beachten. Diese resultieren aber gerade nicht aus einem Erlass, sondern aus der Rechtsprechung und Normen wie der DGfDB-Richtlinie R 94.05, die analog einer DIN-Norm zu behandeln ist.

Der Badbetreibende ist im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht somit rechtlich verpflichtet, die Vorgaben der DGfDB Richtlinie R 94.05 zur Wasseraufsicht und der Rechtsprechung zu beachten. Die dort definierten Anforderungen an die Rettungsfähigkeit des Aufsichtspersonals weichen praktisch in jedem Punkt von den Anforderungen, die das Schulministerium vorgibt, ab.

Als formaler Nachweis der Rettungsfähigkeit ist davon auszugehen, dass Lehrkräfte zumindest eine Bescheinigung der Bezirksregierung über die Abnahme der Rettungsfähigkeit oder ein DRSA Abzeichen Bronze vorlegen können und somit durch das Abnehmen der Kombiübung die Rettungsfähigkeit vor Ort vorliegt und bescheinigt werden kann.

Es sollte nachvollziehbar sein, dass im Falle von Fremdnutzungen der Siegener Bäder an das von diesen eingesetzte Aufsichtspersonal die Voraussetzung gestellt werden muss, zur Übernahme der Aufsichtspflicht in den Siegener Bädern auch für die Wasseraufsicht tauglich und rettungsfähig zu sein.

Diese Voraussetzung wird durch die kombinierte Rettungsübung geprüft und für die entsprechende Badestelle unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten bestätigt.

So wird im Übrigen dem Grundsatz des Erlasses des Schulministeriums (siehe S. 19/20) gefolgt, dass die Rettungsfähigkeit immer in der jeweiligen Badestelle vorliegen muss. Gleiches verlangt indes auch die Richtlinie der DGfDB, bei der sich diese beiden Vorschriften decken. Der Erlass des Schulministeriums ist an der Stelle der dort festgelegten Anforderungen an die Rettungsfähigkeit insofern inkonsequent, dass dieser formale Anforderungen definiert (z.B. feste Tauchtiefen), die praktisch in keiner Badestelle vorliegen.

Insofern handelt es sich hier um eine Mindestforderung, dass Lehrkräfte in der jeweiligen Sieger Badestelle ihre Rettungsfähigkeit nachweisen.

Vor dem Hintergrund der obigen Ausführungen kann nicht auf das Erfordernis verzichtet werden.

- 2. In § 8 der Nutzungsvereinbarung wird darauf hingewiesen, dass alle Schulen vor Nutzung des Hallen- oder Freibades eine Haftpflichtversicherung abschließen müssen. Besteht die Möglichkeit, diese gemeinsam für alle Schulen durch die Stadt Siegen abschließen zu lassen?**

Antwort:

Von einigen Schulen wurde mitgeteilt, dass die dortig bestehenden Haftpflichtversicherungen sowohl für die Schule als auch für die einzelnen Lehrkräfte den Umfang des Schwimmunterrichtes abdecken. Für eine abschließende Beantwortung dieser Frage müsste somit eruiert werden, welche Schulen einen separaten Abschluss einer Haftpflichtversicherung benötigen.

- 3. Ist die Neufassung der Nutzungsvereinbarung bereits allen Schulen kommuniziert worden (auch denen, die im aktuellen Schulhalbjahr keinen Schwimmunterricht anbieten und somit keine aktuelle Nutzungsanfrage gestellt haben)?**

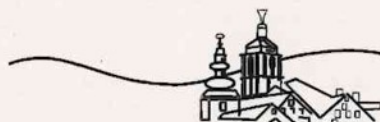
Antwort:

Sämtliche Informationen über die Neuorganisation wurde allen städtischen und externen Schulen mit E-Mail vom 04.08.2023 mitgeteilt. Ferner wurde in telefonischem Kontakt mit den Schulen auf die anstehenden Neuerungen hingewiesen.

gez.

Martin Wagner

Abteilungsleiter 2/5 Sport und Bäder



EINGANG BÜRGERMEISTER	
16. Aug. 2023	
GB	PR
Abt.	INSTITUTE



Bündnis 90/Die Grünen · Im Rat der Stadt Siegen · Markt 2/Rathaus · 57072 Siegen

An den Bürgermeister
der Stadt Siegen
Herrn Steffen Mues

Rathaus Siegen

57072 Siegen

Bündnis 90/Die Grünen
Im Rat der Stadt Siegen
Markt 2/Rathaus
57072 Siegen

0271/404-1432
gruene@siegen.de

Dienstag, 16.08.2023

Anfrage zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Siegen am 23.08.2023
Neue Nutzungsvereinbarung für Schwimmunterricht in Siegener Schwimmbädern

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,
sehr geehrte Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Siegen,

im Zusammenhang mit einer geänderten Nutzungsvereinbarung zwischen der Stadt Siegen und den städtischen Schulen für den schulischen Schwimmunterricht in den Hallen- und Freibädern bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. In der Neufassung wird festgelegt, dass Lehrkräfte zusätzlich zu dem alle 2 Jahre zu erneuernden Nachweis der Rettungsfähigkeit hinaus „vor Antritt der ersten Unterrichtsstunde eine kombinierte Rettungsübung nach DGfDB 94.05 durchführen“ müssen.
Aus welchem Grunde wurde diese Verschärfung des Regelwerks vorgenommen?
Hat die Stadt die Möglichkeit, auf diesen Passus zu verzichten?
2. In §8 der Nutzungsvereinbarung wird darauf hingewiesen, dass alle Schulen vor Nutzung des Hallen- oder Freibades eine Haftpflichtversicherung abschließen müssen.
Besteht die Möglichkeit, diese gemeinsam für alle Schulen durch die Stadt Siegen abschließen zu lassen?
3. Ist die Neufassung der Nutzungsvereinbarung bereits allen Schulen kommuniziert worden (auch denen, die im aktuellen Schulhalbjahr keinen Schwimmunterricht anbieten und somit keine aktuelle Nutzungsanfrage gestellt haben)?

Mit freundlichen Grüßen,
für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Siegen

Michael Groß
Fraktionsvorsitzender

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Eingang	17.07.2023
Federführend	GB 1, Abt. 1/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

23.08.2023

Betreff:

**Fort- und Weiterbildungsangebote "Antidiskriminierung" für städtisches Personal
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**



Bündnis 90/Die Grünen · Im Rat der Stadt Siegen · Markt 2/Rathaus · 57072 Siegen

An den Bürgermeister
der Stadt Siegen
Herrn S. Mues

Rathaus Siegen
Markt 2
57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
17. Juli 2023	
GB 1	PR
abt. 111	INSTITUTE

Bündnis 90/Die Grünen
Im Rat der Stadt Siegen

Markt 2
57072 Siegen

404-1432
gruene@siegen.de

17.07.2023

Antrag zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Siegen am 23.08.2023
Fort- und Weiterbildungsangebote „Antidiskriminierung“ für städtisches Personal

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,
sehr geehrte Damen und Herren im Rat der Stadt Siegen,

für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 23.08.2023 bitten wir um die Beratung und Beschlussfassung dieses Antrags:

Beschlussvorschlag

1. Der Rat der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung, ein Konzept für ein jährlich stattfindendes Antidiskriminierungstraining für städtische Beschäftigte zu erarbeiten. Diese Qualifizierungsmaßnahme soll für alle Funktionsgruppen, deren überwiegende Tätigkeit im Kontakt mit Bürger*innen liegt, verpflichtend sein. Bei Funktionsgruppen, die nur wenig Kontakt mit Bürger*innen aufweisen, soll die Qualifizierung offensiv beworben werden.
2. Bei der Erarbeitung sollen zivilgesellschaftliche Akteure, die sich mit dem Thema „Diskriminierung“ beschäftigen, beteiligt werden. Dabei soll sich die Qualifizierung konkret auf den Arbeitskontext der Mitarbeitenden beziehen und Ansätze für ein diversitätsbewusstes Handeln aufzeigen.

Begründung

Auch der aktuelle Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zum Thema „Diskriminierung in Deutschland – Erfahrungen, Risiken und Fallkonstellationen“ dokumentiert regelmäßige Diskriminierungen durch staatliche Institutionen.

Um hier vorzubeugen, empfiehlt die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, dass auch bzw. speziell kommunale Bedienstete „für die Themen Diskriminierungsschutz,



BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Antidiskriminierungsrecht und zu unterschiedlichen Formen von Diskriminierung sensibilisiert werden. Entsprechende Themen sollten verpflichtend in die Aus-, Weiter- und Fortbildung aufgenommen werden, um einen professionellen Umgang mit Betroffenen gewährleisten zu können.“

Diese Empfehlungen sollten auch in der Stadtverwaltung Siegen umgesetzt werden. Schulungen zu diskriminierungsfreiem Handeln schützen nicht nur Betroffene, sondern helfen den Bediensteten, in bestimmten Situationen sensibel und somit deeskalierend zu handeln und somit sich selbst zu schützen.

Mit freundlichen Grüßen
für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Siegen

Michael Groß
Fraktionsvorsitzender

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Eingang	21.07.2023
Federführend	Büro BM

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

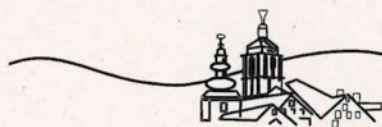
☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

23.08.2023

Betreff:

Sachstand Umsetzung Bürger*innenrat
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen



Bündnis 90/Die Grünen · Im Rat der Stadt Siegen · Markt 2/Rathaus · 57072 Siegen

An den Bürgermeister
der Stadt Siegen
Herrn S. Mues

Rathaus Siegen
Markt 2
57072 Siegen

Bündnis 90/Die Grünen
Im Rat der Stadt Siegen

Markt 2
57072 Siegen

404-1432

gruene@siegen.de



21.07.2023

Antrag und Anfrage zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Siegen am 23.08.2023
Tagesordnungspunkt „Sachstand Umsetzung des Beschlusses Bürger*innenrat“
mit **Anfrage**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,
sehr geehrte Damen und Herren im Rat der Stadt Siegen,
am 15.06.2022 haben wir im Rat der Stadt Siegen nach dem Stand der Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 22.12.2021 zur „Einführung von Bürgerräten als Instrument der Bürgerbeteiligung“ gefragt. In der Beantwortung wurde kein Zeitpunkt genannt, wann mit der Einberufung eines Bürger*innenrates bzw. mit der Themenfindung für einen solchen Rat zu rechnen ist. Unsere Frage nach dem Sachstand wurde so beantwortet: „Seitens der Verwaltung wurden die grundsätzlichen Rahmenbedingungen für die Durchführung eines Bürgerrates erhoben und zusammengestellt. Weitere Schritte konnten bisher jedoch aufgrund der Organisation und Durchführung der Landtagswahl sowie der prioritär gesehenen Umsetzung des Ratsbeschlusses zum Livestreaming nicht unternommen werden.“ Inzwischen liegt die Landtagswahl bereits einige Zeit zurück und auch das Livestreaming von Ratssitzungen wurde erfolgreich eingerichtet.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Aufnahme des TOP „Sachstand Umsetzung des Beschlusses Bürger*innenrat“ auf die Tagesordnung des HFA am 23.08.2023.

Zu diesem TOP bitten wir um die **Beantwortung folgender Fragen:**

1. Wann ist mit der Einberufung eines ersten Bürger*innenrates zu rechnen? Wie weit sind die Vorbereitungen fortgeschritten?
2. Wann wird die Öffentlichkeit informiert und zur Einreichung von Themenvorschlägen aufgefordert?
3. Ist inzwischen die im Juni 2022 noch laufende Prüfung erfolgt, ob Sitzungsgeld und Kinderbetreuung für die Teilnehmenden zur Verfügung gestellt werden kann?

Mit freundlichen Grüßen
für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Siegen

Michael Groß
Fraktionsvorsitzender

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Eingang	21.07.2023
Federführend	Büro BM

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

23.08.2023

Betreff:

**Sachstand Umsetzung Bürger*innenrat
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Die im Antrag enthaltene Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird wie folgt beantwortet:

1. Wann ist mit der Einberufung eines ersten Bürger*innenrates zu rechnen? Wie weit sind die Vorbereitungen fortgeschritten?

Seitens der Verwaltung wurde eine hausinterne Abfrage im Hinblick auf mögliche Themen für einen Bürgerrat gestartet. Diese ist nunmehr abgeschlossen und wird aktuell ausgewertet bezogen auf die Anforderungen an einen Bürgerrat. Vgl. dazu [Vorlage VL 686/2021 \(kdz-ws.net\)](#). Geplant ist abweichend vom getroffenen Beschluss am 6. September in der Ratssitzung die Themenauswahl vorzustellen und beschließen zu lassen. Im Hinblick auf den öffentlichen Aufruf hegen sich seitens der Verwaltung Zweifel, ob ein öffentlicher Aufruf zur Themennennung für einen Bürgerrat ausreichend und zielführend ist. Letztlich geht es bei einem Bürgerrat um die Bearbeitung eines Themas von hohem öffentlichem Interesse, welches klar eingegrenzt ist. Außerdem muss eine Zuständigkeit der Kommune vorliegen und die Fragestellung in der gegebenen Zeit durch die Teilnehmerinnen und

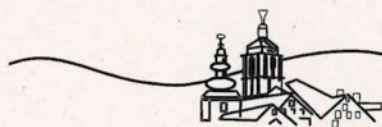
Teilnehmer mit klaren Empfehlungen beantwortbar sein. Ob bei einem öffentlichen Aufruf dieser Effekt erreicht wird ist schwer vorherzusagen.

2. Wann wird die Öffentlichkeit informiert und zur Einreichung von Themenvorschlägen aufgefordert?

Siehe Ziffer 1.

3. Ist inzwischen die im Juni 2022 noch laufende Prüfung erfolgt, ob Sitzungsgeld und Kinderbetreuung für die Teilnehmenden zur Verfügung gestellt werden kann?

Grundsätzlich sollte für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer das Ziel im Vordergrund stehen, sich für ein bestimmtes Thema unentgeltlich zu engagieren und die Entwicklung einer Kommune mithilfe der Institution „Bürgerrat“ zukunftsorientiert zu begleiten. Ein gesetzlicher Anspruch auf die Zahlung eines Sitzungsgeldes oder die Organisation einer Kinderbetreuung besteht nicht. Es würde im Ermessen des Rates liegen zu entscheiden, ob und in welcher Höhe den Teilnehmern ein Aufwand erstattet wird. Über eine Kinderbetreuung könnte entschieden werden, wenn ein tatsächlicher Bedarf aus dem Teilnehmerkreis festgestellt wird.



Bündnis 90/Die Grünen · Im Rat der Stadt Siegen · Markt 2/Rathaus · 57072 Siegen

An den Bürgermeister
der Stadt Siegen
Herrn S. Mues

Rathaus Siegen
Markt 2
57072 Siegen

Bündnis 90/Die Grünen
Im Rat der Stadt Siegen

Markt 2
57072 Siegen

404-1432

gruene@siegen.de



21.07.2023

Antrag und Anfrage zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Siegen am 23.08.2023
Tagesordnungspunkt „Sachstand Umsetzung des Beschlusses Bürger*innenrat“
mit **Anfrage**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,
sehr geehrte Damen und Herren im Rat der Stadt Siegen,
am 15.06.2022 haben wir im Rat der Stadt Siegen nach dem Stand der Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 22.12.2021 zur „Einführung von Bürgerräten als Instrument der Bürgerbeteiligung“ gefragt. In der Beantwortung wurde kein Zeitpunkt genannt, wann mit der Einberufung eines Bürger*innenrates bzw. mit der Themenfindung für einen solchen Rat zu rechnen ist. Unsere Frage nach dem Sachstand wurde so beantwortet: „Seitens der Verwaltung wurden die grundsätzlichen Rahmenbedingungen für die Durchführung eines Bürgerrates erhoben und zusammengestellt. Weitere Schritte konnten bisher jedoch aufgrund der Organisation und Durchführung der Landtagswahl sowie der prioritär gesehenen Umsetzung des Ratsbeschlusses zum Livestreaming nicht unternommen werden.“ Inzwischen liegt die Landtagswahl bereits einige Zeit zurück und auch das Livestreaming von Ratssitzungen wurde erfolgreich eingerichtet.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Aufnahme des **TOP „Sachstand Umsetzung des Beschlusses Bürger*innenrat“** auf die Tagesordnung des HFA am 23.08.2023.

Zu diesem TOP bitten wir um die **Beantwortung folgender Fragen:**

1. Wann ist mit der Einberufung eines ersten Bürger*innenrates zu rechnen? Wie weit sind die Vorbereitungen fortgeschritten?
2. Wann wird die Öffentlichkeit informiert und zur Einreichung von Themenvorschlägen aufgefordert?
3. Ist inzwischen die im Juni 2022 noch laufende Prüfung erfolgt, ob Sitzungsgeld und Kinderbetreuung für die Teilnehmenden zur Verfügung gestellt werden kann?

Mit freundlichen Grüßen
für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Siegen

Michael Groß
Fraktionsvorsitzender

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1
Bereich: Wirtschaftsförderung
Bearbeitet von: Nicole Kühn

Siegen, 01.06.2023

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften	20.06.2023
Verkehrsausschuss	22.08.2023
Haupt- und Finanzausschuss	23.08.2023
Rat	06.09.2023

Kurzbezeichnung:

**Parkraumbewirtschaftung;
3. Änderungssatzung zur Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die als Anlage 1 beigefügte 3. Änderungssatzung der „Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)“.

Sachverhalt / Begründung:

In seiner Sitzung vom 22.02.2023 hat der Rat der Universitätsstadt Siegen Änderungen in der Entgeltstruktur beschlossen, die eine Anpassung der Parkgebührenordnung in der geltenden Fassung erforderlich machen. Die seinerzeit beschlossene Parkraumkonzeption für genau definierte Bereiche bzw. Straßen im Stadtgebiet entfällt vollständig.

Zur Verdeutlichung der Änderungen sind in Anlage 2 (Synopsis) die Inhalte der Parkgebührenordnung mit Inkrafttreten vom 15.10.2019 den neuen Regelungen ab 01.10.2023 gegenübergestellt.

Die Kosten der Umstellung von den insgesamt 30 vorhandenen Parkscheinautomaten werden sich nach Schätzung der Straßenunterhaltung auf ca. 4.000,00 € bis 4.500,00 € belaufen. Ein verbindliches Angebot zur Umstellung auf Grundlage der aktuellen ggfs. zu der Vergangenheit abweichenden Konditionen wurde von der Straßenunterhaltung bei dem Wartungsvertragspartner angefragt.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
ca. 4.500,00 €				

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit Ansatz 2023: 70.000,00 €	Kostenträger/ Investitionscode 12020100 Sachkonto 5216050
--	---	-------------------------------	---	---

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz Derzeit kann noch nicht beurteilt werden, inwieweit sich die Änderungen in der Entgeltstruktur der Parkgebühren auf die CO ₂ -Emissionen auswirken.			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

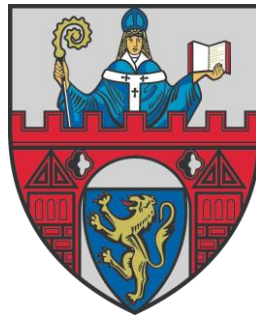
gez.

Steffen Mues
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [81_010_Parkgebührenordnung_neu](#)
2. [Synopsis 2023 Anlage 2 zur Vorlage](#)

**Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen
(Parkgebührenordnung)**

Ordnungsziffer	Zuständigkeit	Ratsbeschluss vom
81.010	Abteilung 1/2 Wirtschaftsförderung	06.09.2023

Aufgrund des § 6a Abs. 6 des Straßenverkehrsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.03.2003 (BGBl. I S. 310, 919) in der zurzeit geltenden Fassung, des § 38 Buchst. b in Verbindung mit den §§ 29, 30 und 33 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden - Ordnungsbehördengesetz (OBG) - in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.05.1980 (GV NRW S. 528) in der zurzeit geltenden Fassung und des § 4 der Verordnung über Zuständigkeiten im Bereich Straßenverkehr und Güterbeförderung vom 05.07.2016 (GV NRW S. 515) in der zurzeit geltenden Fassung hat der Rat der Stadt Siegen am 06.09.2023 folgende 3. Änderungssatzung beschlossen:

§ 1 Gebührenpflicht

1. Soweit das Parken auf öffentlichen Wegen und Plätzen nur nach Bedienung eines Parkscheinautomaten zulässig ist, werden Gebühren nach Maßgabe dieser Parkgebührenordnung erhoben.
2. Das gleiche gilt, soweit die Überwachung der Parkzeit aufgrund digitaler Bezahlungssysteme erfolgt.

§ 2 Gebührenhöhe

1. Der gebührenpflichtige Zeitraum und die zulässige Parkzeit sind auf dem Parkscheinautomaten bzw. einer entsprechenden Beschilderung angegeben.
2. Die Gebühr beträgt für die erste halbe Stunde der Inanspruchnahme auf allen Parkplätzen 1,00 €.
 - a) Für jede weitere angefangene Stunde der Inanspruchnahme in Parkhäusern und auf größeren Parkflächen (z. B. Bismarckplatz) beträgt die Gebühr 1,50 €.
 - b) Für jede weitere angefangene Stunde der Inanspruchnahme auf Parkplätzen am Straßenrand beträgt die Gebühr 2,00 €.

§ 3 Gebührenerhebung durch Dritte

1. Gebühren nach der Maßgabe dieser Parkgebührenordnung können außer an Parkscheinautomaten auch über die im Smartparking-Plattform e. V. vereinigten Anbieter von Handyparken entrichtet werden.
2. Die von diesen Anbietern erhobenen Parkgebühren werden nach § 2 berechnet. Bei Kurzzeitgebühren erfolgt die Berechnung minutengenau, d. h. anteilig je angefangener Minute. Der Endbetrag der Parkgebühr wird auf volle Cent-Beträge kaufmännisch gerundet.

§ 4

Inkrafttreten

Diese 3. Änderungssatzung tritt am 01.10.2023 in Kraft.

Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)

Synopse (es werden nur §§ erwähnt, bei denen sich Änderungen ergeben)

Alte Fassung	Neue Fassung
Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)	Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)
<p>§ 2 Gebührenhöhe</p> <p>2. Die Gebühr beträgt für jede angefangene Stunde der Inanspruchnahme 0,50 EUR, sofern im Folgenden nichts anderes bestimmt ist.</p>	<p>§ 2 Gebührenhöhe</p> <p>2. Die Gebühr beträgt für die erste halbe Stunde der Inanspruchnahme auf allen Parkplätzen 1,00 €.</p> <p>a) Für jede weitere angefangene Stunde der Inanspruchnahme in Parkhäusern und auf größeren Parkflächen (z. B. Bismarckplatz) beträgt die Gebühr 1,50 €.</p> <p>b) Für jede weitere angefangene Stunde der Inanspruchnahme auf Parkplätzen am Straßenrand beträgt die Gebühr 2,00 €.</p>
§ 3 Geltungsbereich der Parkraumkonzeption	entfällt
	<p>§ 3 Gebührenerhebung durch Dritte</p> <p>1. Gebühren nach der Maßgabe dieser Parkgebührenordnung können außer an Parkscheinautomaten auch über die im Smartparking-Plattform e. V. vereinigten Anbieter von Handyparken entrichtet werden.</p> <p>2. Die von diesen Anbietern erhobenen Parkgebühren werden nach § 2 berechnet und durch den jeweiligen Anbieter von dem Gebührenschuldner erhoben und entgegengenommen. Diese Parkgebühren werden von allen Anbietern an die Universitätsstadt Siegen abgeführt. Von den Anbietern sind entsprechende Nachweise für die Universitätsstadt Siegen zu führen. Bei Kurzzeitgebühren erfolgt die Berechnung minutengenau, d.</p>

	h. anteilig je angefangener Minute. Der Endbetrag der Parkgebühr wird auf volle Cent-Beträge kaufmännisch gerundet.
§ 6 Inkrafttreten Diese 2. Änderungssatzung tritt am 15.10.2019 in Kraft.	§ 4 Inkrafttreten Diese 3. Änderungssatzung tritt am 01.10.2023 in Kraft.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1
Bereich: Wirtschaftsförderung
Bearbeitet von: Nicole Kühn

Siegen, 14.07.2023

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Verkehrsausschuss	22.08.2023
Haupt- und Finanzausschuss	23.08.2023
Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften	24.08.2023
Rat	06.09.2023

Kurzbezeichnung:

**Parkraumbewirtschaftung;
Ergänzungen zur 3. Änderungssatzung der Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die 3. Änderungssatzung der „Gebührenordnung für Parkscheinautomaten (PSA) im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)“ in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Sachverhalt / Begründung:

Bei der Umsetzung des am 22.02.2023 im Rahmen der Haushaltsberatungen gefassten Ratsbeschlusses zur Parkgebührenhöhe im Gebiet der Stadt Siegen haben sich in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften am 20.06.2023 bei der Beratung über die Vorlage 1433/2023 Unklarheiten zu den Themen Tagestickets, Höchstparkdauer sowie Sonderregelungen für bestimmte Bereiche ergeben, welche bei der ursprünglichen Beschlussfassung nicht bedacht wurden und durch die Verwaltung wie folgt aufgearbeitet wurden:

1. Tagestickets

Auf den drei großen Parkplätzen Bismarckparkplatz, Zentralparkplatz Weidenau sowie dem Parkplatz an der Siegerlandhalle ist es bislang möglich, ein Tagesticket zu einem Preis von 3,00 € bzw. 5,00 € zu lösen. Dies ermöglicht Besucher*innen bzw. Arbeitenden mit langer Verweildauer das Parken in der Innenstadt bzw. im Stadtteil Weidenau zu vergleichsweise geringen Konditionen.

Diese Möglichkeit soll auch weiterhin bestehen, sodass im Rahmen der geplanten Änderungen in der Entgeltstruktur zum 01.10.2023 auch die Preise der Tagestickets angepasst werden sollten.

Seitens der Verwaltung wird in Abstimmung mit der KEG Siegen mbH und der Siegerlandhalle für den Parkplatz an der Siegerlandhalle eine Erhöhung von 5,00 € auf 8,00 € vorgeschlagen sowie für den Bismarckplatz und den Zentralparkplatz Weidenau eine Erhöhung von 3,00 € auf 6,00 €.

2. Höchstparkdauer bzw. Programmierung der PSA

2.1 Höchstparkdauer

Bei der Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 22.02.2023 ergibt sich insbesondere das Problem, dass für alle bewirtschafteten Bereiche am Straßenrand jeweils eine Höchstparkdauer (15 Minuten, 30 Minuten, 1, 2 oder 3 Stunde/n) festgelegt ist. Der neue Gebührentarif sieht vor, dass die erste halbe Stunde auf allen Parkflächen 1,00 € kosten soll. Jede weitere Stunde auf Parkflächen am Straßenrand soll 2,00 €, auf großen Parkplätzen und in Parkhäusern 1,50 € kosten. Diese Taktung hat zur Folge, dass die PSA nicht mehr interpolieren und eine Bezahlung der Gebühren folglich nicht mehr in Zwischenschritten möglich ist. Personen, die die jeweils erlaubte Höchstparkdauer auf den Flächen am Straßenrand ausschöpfen möchten, haben nicht die Möglichkeit, eine Gebühr für genau 15 Minuten, eine, zwei oder drei Stunden zu entrichten, sondern müssen aufgrund der beschlossenen Taktung „*Erste halbe Stunde -> jede weitere Stunde...*“ und der daraus resultierenden fehlenden Interpolation direkt Gebühren für 30 Minuten, 1,5 Stunden, 2,5 Stunden bzw. 3,5 Stunden zahlen. Es wird alsdann Parkzeit bezahlt, welche tatsächlich nicht in Anspruch genommen werden darf.

Beispiel 1 „Juliusstraße“:

bezahlte Parkzeit	erlaubte Höchstparkdauer 1 Stunde	Gebühren (neu)	Gebühren (alt)
0,5 Stunden		1,00 €	1,50 € / 1. Std.
jede/eine weitere Stunde		2,00 €	(Höchstparkdauer
1,5 Stunden	1 Stunde	3,00 €	1,50 €

Beispiel 2 „Grafestraße“:

bezahlte Parkzeit	erlaubte Höchstparkdauer 2 Stunden	Gebühren (neu)	Gebühren (alt)
0,5 Stunden		1,00 €	-
jede/eine weitere Stunde		2,00 €	1,50 € / Std.
jede/eine weitere Stunde		2,00 €	1,50 € / Std.
2,5 Stunden	2 Stunden	5,00 €	3,00 €

In dem Beispiel 1 wird eine Gebühr in Höhe von 3,00 € entrichtet, welche einer tatsächlichen Parkzeit von 1,5 Stunden entsprechen müsste. Aufgrund der festgelegten Höchstparkdauer für diesen Bereich von einer Stunde darf die tatsächlich bezahlte Parkzeit nicht vollständig in Anspruch genommen werden. Bei Überschreitung der Höchstparkdauer würde im Falle einer Kontrolle durch den kommunalen Ordnungsdienst trotz entrichteter Gebühren unter Umständen ein Verwarngeld ausgesprochen.

In diesem Fall müsste neben der Anpassung der Gebührenhöhe bzw. der oben beschriebenen pauschalen Gebührenerhebung auch die Anpassung der Höchstparkdauer für die entsprechenden Bereiche erfolgen.

- Bereiche mit bisher 15 Minuten Höchstparkdauer
 - neu: Kurzzeitparkzonen entfallen vollständig, 30 Minuten Höchstparkdauer
- Bereiche mit bisher 1 Stunde Höchstparkdauer
 - neu: 1,5 Stunden Höchstparkdauer
- Bereiche mit bisher 2 Stunden Höchstparkdauer
 - neu: 2,5 Stunden Höchstparkdauer
- Bereiche mit bisher 3 Stunden Höchstparkdauer
 - neu: 3,5 Stunden Höchstparkdauer

Alternativ müsste die Taktung der Gebühren angepasst und der Beschluss vom 22.02.2023 insoweit geändert werden, sodass

- die erste halbe Stunde auf allen Flächen mit 1,00 € berechnet wird,
- die zweite halbe Stunde ebenso auf allen Flächen mit 1,00 € berechnet wird
- für die Bereiche am Straßenrand, in denen länger als eine Stunde geparkt werden darf jede weitere Stunde mit 2,00 €, auf großen Parkplätzen jede weitere Stunde mit 1,50 € berechnet wird.

Die Parkgebühren würden jedoch auch in diesem Fall weiterhin mit Pauschalen berechnet, sodass der Parkende auch bei einem Aufenthalt von wenigen Minuten in allen Bereichen gezwungen ist, die jeweilige Pauschale zu zahlen.

2.2 Programmierung der PSA

Die unter 2.1 beschriebene Problematik entsteht nicht bzw. eine Anpassung der jeweiligen Höchstparkdauer ist nicht erforderlich, wenn die beschlossenen Gebühren nicht pauschal

berechnet werden, sondern weiterhin der linear-progressive Tarif angewendet wird. Dies führt auch dazu, dass der Aufwand der Umstellung so gering wie möglich gehalten wird. Gewährleistet ist, dass der am 22.02.2023 beschlossene erhöhte Gebührentarif Geltung hat, allerdings wird die Parkzeit mit jedem Münzeinwurf bis zur geltenden Höchstparkdauer vom jeweiligen PSA in Zwischenschritten berechnet.

Beispiel 1 „Juliusstraße“:

<u>bezahlte</u> Parkzeit	<u>erlaubte</u> Höchstparkdauer 1 Stunde	Gebühren (neu)	Gebühren (alt)
30 Minuten		1,00 €	1,50 € / 1. Std.
jede/eine weitere Stunde wird mit 2€ berechnet, aber im linear-progressiven Tarif			
weitere 15 Minuten	2,00 € anteilig	0,50 €	
weitere 9 Minuten	2,00 € anteilig	0,30 €	
weitere 6 Minuten	2,00 € anteilig	0,20 €	1,50 € / 1. Std.
1 Stunde	1 Stunde	2,00 €	1,50 €

Beispiel 2 „Grafestraße“:

<u>bezahlte</u> Parkzeit	<u>erlaubte</u> Höchstparkdauer 2 Stunden	Gebühren (neu)	Gebühren (alt)
30 Minuten		1,00 €	1,50 € / 1. Std.
jede/eine weitere Stunde wird mit 2€ berechnet, aber im linear-progressiven Tarif			
weitere 15 Minuten	2,00 € anteilig	0,50 €	
weitere 9 Minuten	2,00 € anteilig	0,30 €	
weitere 6 Minuten	2,00 € anteilig	0,20 €	1,50 € / 2. Std.
weitere 18 Minuten	2,00 € anteilig	0,60 €	
weitere 42 Minuten	2,00 € anteilig	1,40 €	
2 Stunden	2 Stunden	4,00 €	3,00 €

Der bisher in bestimmten Bereichen, zum Beispiel „Neumarkt bis Burgstraße“ oder „Poststraße“ geltende Kurzzeitparktarif von 15 Minuten, wäre durch die Interpolation weiterhin gewährleistet. Dieser Kurzzeitparktarif wird bisher mit 0,30 € berechnet und wird dann unter Berücksichtigung des neuen Tarifs ab dem 01.10.2023 mit 0,50 € berechnet.

Seitens der Verwaltung wird daher vorgeschlagen, dass die Parkscheinautomaten weiterhin so programmiert werden, dass diese interpolieren und der zuvor erläuterte linear-progressive Tarif Anwendung findet, sodass eine nachvollziehbare Gebührenstruktur aus Rechtssicherheitsgründen und auch unter dem Aspekt der Kundenfreundlichkeit gewährleistet ist. Eine Anpassung der jeweiligen Höchstparkdauer ist entbehrlich.

3. Sonderregelungen

Für den Parkplatz an der Siegerlandhalle existiert bisher die Regelung, dass zwecks Unterstützung des Ticketshops ein Parken zu den Öffnungszeiten des Ticketshops für die Dauer von bis zu einer Stunde kostenfrei möglich ist. In diesem Zusammenhang wird seitens der Verwaltung vorgeschlagen diese Regelung grundsätzlich beizubehalten, die Dauer einer kostenlosen Parkmöglichkeit allerdings von einer Stunde auf 30 Minuten zu verkürzen.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme ca. 4.500,00 €	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---	-----------------------	--------------------------	--	---

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit Ansatz 2023: 70.000,00 €	Kostenträger/ Investitionscode 12020100 Sachkonto 5216050
--	---	-------------------------------	---	---

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz Derzeit kann noch nicht beurteilt werden, inwieweit sich die Änderungen in der Entgeltstruktur der Parkgebühren auf die CO ₂ -Emissionen auswirken.			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

In Vertretung

gez.

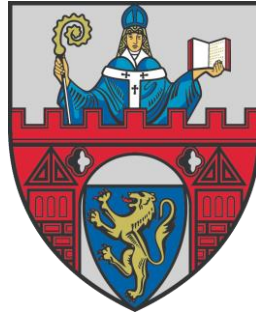
Wolfgang Cavelius

I Beigeordneter und Stadtkämmerer

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [81 010 Parkgebührenordnung NEU2023](#)
2. [Synopsis 2023 Anlage 2 zur Vorlage](#)

**Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen
(Parkgebührenordnung)**

Ordnungsziffer	Zuständigkeit	Ratsbeschluss vom
81.010	Abteilung 1/2 Wirtschaftsförderung	06.09.2023

Aufgrund des § 6a Abs. 6 des Straßenverkehrsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.03.2003 (BGBl. I S. 310, 919) in der zurzeit geltenden Fassung, des § 38 Buchst. b in Verbindung mit den §§ 29, 30 und 33 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden - Ordnungsbehördengesetz (OBG) - in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.05.1980 (GV NRW S. 528) in der zurzeit geltenden Fassung und des § 4 der Verordnung über Zuständigkeiten im Bereich Straßenverkehr und Güterbeförderung vom 05.07.2016 (GV NRW S. 515) in der zurzeit geltenden Fassung hat der Rat der Stadt Siegen am 06.09.2023 folgende 3. Änderungssatzung beschlossen:

§ 1

Geltungsbereich

1. Für das Parken auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen im Verkehrsraum der Universitätsstadt Siegen werden, sofern die Bedienung von Parkscheinautomaten vorgeschrieben ist, Parkgebühren nach Maßgabe dieser Parkgebührenordnung erhoben.
2. Das gleiche gilt, soweit die Überwachung der Parkzeit aufgrund digitaler Bezahlungssysteme erfolgt.

§ 2

Gebührenhöhe

1. Der gebührenpflichtige Zeitraum und die zulässige Parkzeit sind auf dem Parkscheinautomaten bzw. einer entsprechenden Beschilderung angegeben.
2. Die Gebühr beträgt für die erste halbe Stunde der Inanspruchnahme auf allen Parkplätzen 1,00 €.
 - a) Für jede weitere angefangene Stunde der Inanspruchnahme in Parkhäusern und auf größeren Parkflächen (z. B. Bismarckplatz) beträgt die Gebühr 1,50 €.
 - b) Für jede weitere angefangene Stunde der Inanspruchnahme auf Parkplätzen am Straßenrand beträgt die Gebühr 2,00 €.
3. Für die Großparkplätze an der Siegerlandhalle, dem Zentralparkplatz Weidenau sowie dem Bismarckplatz ist der Erwerb eines Tagestickets möglich. Die Gebühren betragen für ein Tagesticket
 - a) auf dem Parkplatz an der Siegerlandhalle 8,00 €,
 - b) auf dem Zentralparkplatz Weidenau 6,00 € und
 - c) auf dem Bismarckplatz 6,00 €.

Auf dem Großparkplatz an der Siegerlandhalle ist ein Parkvorgang zum Besuch des Ticketshops von bis zu 30 Minuten kostenfrei möglich.

4. Die Gebührenpflicht entsteht für die erste viertel (Kurzzeitparkzonen) bzw. halbe Stunde in voller Höhe. Im Anschluss ist eine Buchung in kürzeren Intervallen und Zahl-schritten möglich. Die buchbaren Zeiten sind von der gewählten Zahlart abhängig. Als

Zahlarten stehen Barzahlung sowie digitale Bezahlssysteme (Smartparking) zur Verfügung.

§ 3

Gebührenerhebung durch Dritte

1. Gebühren nach der Maßgabe dieser Parkgebührenordnung können außer an Parkscheinautomaten auch über die im Smartparking-Plattform e. V. vereinigten Anbieter von Handyparken entrichtet werden.
2. Die von diesen Anbietern erhobenen Parkgebühren werden nach § 2 berechnet. Bei Kurzzeitgebühren erfolgt die Berechnung minutengenau, d. h. anteilig je angefangener Minute. Der Endbetrag der Parkgebühr wird auf volle Cent-Beträge kaufmännisch gerundet.

§ 4

Inkrafttreten

Diese 3. Änderungssatzung tritt am 01.10.2023 in Kraft.

Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)

Synopse (es werden nur §§ erwähnt, bei denen sich Änderungen ergeben)

Alte Fassung	Neue Fassung
Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)	Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)
§ 1 Gebührenpflicht	§ 1 Geltungsbereich
<p>§ 2 Gebührenhöhe</p> <p>2. Die Gebühr beträgt für jede angefangene Stunde der Inanspruchnahme 0,50 EUR, sofern im Folgenden nichts Anderes bestimmt ist.</p>	<p>§ 2 Gebührenhöhe</p> <p>2. Die Gebühr beträgt für die erste halbe Stunde der Inanspruchnahme auf allen Parkplätzen 1,00 €.</p> <p>a) Für jede weitere angefangene Stunde der Inanspruchnahme in Parkhäusern und auf größeren Parkflächen (z. B. Bismarckplatz) beträgt die Gebühr 1,50 €.</p> <p>b) Für jede weitere angefangene Stunde der Inanspruchnahme auf Parkplätzen am Straßenrand beträgt die Gebühr 2,00 €.</p> <p>3. Für die Großparkplätze an der Siegerlandhalle, dem Zentralparkplatz Weidenau sowie dem Bismarckplatz ist der Erwerb eines Tagestickets möglich. Die Gebühren betragen für ein Tagesticket</p> <p>a. auf dem Parkplatz an der Siegerlandhalle 8,00 €,</p> <p>b. auf dem Zentralparkplatz Weidenau 6,00 € und</p> <p>c. auf dem Bismarckplatz 6,00 €.</p> <p>Auf dem Großparkplatz an der Siegerlandhalle ist ein Parkvorgang zum Besuch des Ticketshops von bis zu 30 Minuten kostenfrei möglich.</p> <p>4. Die Gebührenpflicht entsteht für die erste viertel (Kurzzeitparkzonen) bzw. halbe Stunde in voller Höhe. Im Anschluss ist eine Buchung in kürzeren</p>

	<p>Intervallen und Zahlschritten möglich. Die buchbaren Zeiten sind von der gewählten Zahlart abhängig. Als Zahlarten stehen Barzahlung sowie digitale Bezahlssysteme (Smartparking) zur Verfügung.</p>
§ 3 Geltungsbereich der Parkraumkonzeption	entfällt
	<p>§ 3 Gebührenerhebung durch Dritte</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gebühren nach der Maßgabe dieser Parkgebührenordnung können außer an Parkscheinautomaten auch über die im Smartparking-Plattform e. V. vereinigten Anbieter von Handyparken entrichtet werden. 2. Die von diesen Anbietern erhobenen Parkgebühren werden nach § 2 berechnet und durch den jeweiligen Anbieter von dem Gebührens Schuldner erhoben und entgegengenommen. Diese Parkgebühren werden von allen Anbietern an die Universitätsstadt Siegen abgeführt. Von den Anbietern sind entsprechende Nachweise für die Universitätsstadt Siegen zu führen. Bei Kurzzeitgebühren erfolgt die Berechnung minutengenau, d. h. anteilig je angefangener Minute. Der Endbetrag der Parkgebühr wird auf volle Cent-Beträge kaufmännisch gerundet.
<p>§ 6 Inkrafttreten</p> <p>Diese 2. Änderungssatzung tritt am 15.10.2019 in Kraft.</p>	<p>§ 4 Inkrafttreten</p> <p>Diese 3. Änderungssatzung tritt am 01.10.2023 in Kraft.</p>

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 2
Bereich: Kulturförderungen und -veranstaltungen
Bearbeitet von: Sarah Wissenbach

Siegen, 25.05.2023

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Kulturausschuss	08.08.2023
Haupt- und Finanzausschuss	23.08.2023
Rat	06.09.2023

Kurzbezeichnung:

Nutzungsvereinbarung Musikpavillon

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universität Siegen beschließt den Nutzungsvertrag und die Nutzungsbedingungen für die Vermietung des Musikpavillons im Schlosspark Oberes Schloss.

Sachverhalt / Begründung:

Nach der Neugestaltung der Spielfläche Musikpavillon im Schlosspark Oberes Schloss soll diese nun auch für nichtstädtische Kulturveranstaltungen geöffnet werden. Die Nutzung soll dabei kostenlos sein, lediglich die Nebenkosten für Strom und ggf. den Platzwart werden in Rechnung gestellt. Eine Kautions kann je nach Veranstaltungsart hinterlegt werden.

Zwischen der Stadt Siegen als Vermieterin und der/dem Nutzer/in wird ein Nutzungsvertrag geschlossen. Die Nutzungsvereinbarung als Anlage zum Vertrag regelt dazu die Details.

Als Mietgegenstand gilt die Fläche, inklusive der ansteigenden Bestuhlung und in den Sommermonaten die Zeltüberdachung und die Sonnenschirme.

Am Musikpavillon sollen keine politischen oder weltanschaulichen Veranstaltungen stattfinden. Auch Veranstaltungen gewerblicher und kommerzieller Art sind nicht erlaubt. Auch ist das Erheben von Eintrittsgeldern nicht gewünscht.

Veranstaltungen der Stadt Siegen sollen bei der Vermietung der Fläche generell Vorrang vor Anfragen externer Nutzer haben. In den Sommermonaten wird der Musikpavillon sonntags

durch die Veranstaltungsreihe „Sonntagnachmittags um 4“ belegt. An den Samstagen in den Sommerferien steht der Musikpavillon dem Kindertheater zur Verfügung. Der kulturelle Aspekt einer Veranstaltung entscheidet über die Vermietung.

Die jeweiligen Veranstalter übernehmen während der Mietzeit die Haftung und die Verkehrssicherungspflicht. Zudem holt der Veranstalter die notwendigen Genehmigungen ein. Die Veranstaltungen müssen bis 22.00 Uhr beendet werden. Grillen und offenes Feuer ist genauso untersagt wie pyrotechnische Effekte.

Die Vermietung des Musikpavillons erfolgt über die Abteilung 2/4-1.

Der Verwaltungsvorlage beigelegt sind die Nutzungsbedingungen und der Nutzungsvertrag.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	---

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz <div style="height: 80px;"></div>			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) <div style="height: 100px;"></div>			

i.A.

gez.

Astrid Schneider
Abteilungsleiterin

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

NUTZUNGSVERTRAG
für den Musikpavillon im Schlosspark des Oberen Schlosses in Siegen
(Nutzungsgegenstand ist näher bezeichnet unter Punkt 1 der Nutzungsbedingungen)

Der folgende Nutzungsvertrag wird zwischen der

Universitätsstadt Siegen

Markt 2

57072 Siegen

vertreten durch den Bürgermeister (nachfolgend Vermieterin genannt)

und

vertreten durch _____

(nachfolgend Nutzer/in genannt) geschlossen.

1) Veranstaltungsdetails:

Der Musikpavillon wird am _____ in der Zeit von

Aufbau: _____ Uhr

Veranstaltung: _____ Uhr

Abbau: _____ Uhr

für folgende Veranstaltung:

genutzt.

2) Nutzungsordnung:

Bestandteil dieses Vertrages ist die Nutzungsordnung für den Musikpavillon im Schlosspark Oberes Schloss in der jeweils gültigen Fassung. Die Nutzer/in bestätigt durch die geleistete Unterschrift ausdrücklich deren Anerkennung.

3) Genehmigungen

Die/der Nutzer/in verpflichtet sich zur Einholung aller erforderlichen ordnungs- bzw. verkehrsbehördlichen Genehmigungen und Gestattungen, und weist diese vor der Veranstaltung der Vermieterin nach.

4) Mietzins:

Der Musikpavillon wird der Nutzerin/dem Nutzer kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Kosten für Personal und Strom werden im Anschluss an die Veranstaltung, nach tatsächlichem Aufwand, in Rechnung gestellt. Der Preis pro Kilowattstunde Strom beträgt derzeit 0,60 €/kwh. Der Platzwart wird mit 32 €/Std. berechnet.

Von den Nutzungsbedingungen und des Nutzungsvertrages abweichende Vereinbarungen sind nur dann wirksam, wenn sie von der Vermieterin schriftlich bestätigt werden.

Der Vermieterin steht auf dem vermieteten Gelände das alleinige Hausrecht zu, das außer den zuständigen Sachbearbeitern und Sachbearbeiterinnen und dem Platzwart im Rahmen des Mietvertrages weiteren Personen übertragen werden kann.

5) Kautions:

Die Vermieterin behält sich vor eine Kautions in Höhe von 500 € in bar zu erheben. Die Kautions wird nach der Veranstaltung, wenn der Musikpavillon im ordnungsgemäßen Zustand übergeben wird, wieder ausgezahlt.

6) Verkehrssicherheit:

Für die Dauer der Veranstaltung einschließlich Auf- und Abbau wird der Nutzerin/dem Nutzer die Verkehrssicherungspflicht hinsichtlich der gemieteten Fläche einschließlich aller Zuwege verantwortlich übertragen. Hierzu gehören insbesondere das Freihalten der erforderlichen Rettungswege und die Beseitigung möglicher Unfallquellen (z.B. Stolperfallen durch Versorgungskabel).

7) Haftung

Die Nutzerin/der Nutzer trägt das gesamte Haftungsrisiko der Veranstaltung einschließlich der Auf- und Abbauzeiten. Die/der Nutzer/in haftet insbesondere für alle durch ihn bzw. den

Veranstalter, dessen Beauftragte, Besucher oder Gäste in Zusammenhang mit der Veranstaltung verursachten Personen- und Sachschäden, die im Nutzungsbereich des Musikpavillons, im Bereich der Zugänge, an den technischen Einrichtungen (Stromkasten) sowie Bäumen und Pflanzungen entstanden sind.

8) Rücktritt vom Vertrag

Die Vermieterin ist berechtigt, insbesondere dann von dem Vertrag zurückzutreten, wenn

- a) durch die beabsichtigte Veranstaltung eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, eine Schädigung des Ansehens der Vermieterin oder ein Verstoß gegen die guten Sitten zu befürchten ist
- b) oder vereinbarte Kautionsleistung nicht geleistet wird
- c) oder die/der Nutzer/in den Verpflichtungen aus den Nutzungsbedingungen nicht nachkommt.

Die Vermieterin kann von einem vereinbarten Termin oder Reservierung insbesondere dann zurücktreten, wenn die/der Nutzer/in die ihr/ihm überlassene Vertragsausfertigung nicht fristgerecht unterzeichnet zurückgibt.

Die Nutzerin/der Nutzer verzichtet auf die Geltendmachung jeglicher Schadensersatzansprüche, wenn die Vermieterin aus vorstehenden Gründen von dem Rücktrittsrecht Gebrauch macht.

9) Vertragsabschluss

Die ausgefüllten und unterschriebenen Vertragsausfertigungen sind umgehend vor der Veranstaltung an die Vermieterin zurückzusenden. Der Vertrag wird rechtsgültig mit der Rücksendung einer von der Vermieterin unterschriebenen Vertragsausfertigung an die Mieter. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

10) Schlussvorschrift

Soweit keine gesetzlichen Regelungen entgegenstehend, insbesondere §§ 38 ff. ZPO, wird für alle aus oder in Zusammenhang mit den Vertragsverhältnissen sich ergebende Streitigkeiten als Gerichtsort Siegen vereinbart. Als Erfüllungsort wird Siegen vereinbart.

Sofern eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam ist, wird hierdurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen des Vertrages nicht berührt.

Ort, Datum

Der Bürgermeister
im Auftrag Abteilung 2/4-1(Vermieterin)

Ort, Datum

Nutzer/in

Nutzungsbedingungen für den Musikpavillon im Schlosspark des Oberen Schlosses in Siegen

Die folgenden Nutzungsbedingungen sind Bestandteil des Nutzungsvertrages:

- Gegenstand des Nutzungsvertrages ist die Fläche des Musikpavillons mit der Zeltkonstruktion (in den Sommermonaten) und der ansteigenden Bestuhlung (im folgenden Musikpavillon genannt) im Schlosspark des Oberen Schlosses in 57072 Siegen. Der Musikpavillon ist eine öffentliche Einrichtung der Universitätsstadt Siegen und dient kulturellen Zwecken soweit die Veranstaltungen nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet sind.
- Die Terminvergabe, Organisation und Platzbewirtschaftung obliegt dem Bürgermeister, Arbeitsgruppe 2/-1 Kulturförderung und Veranstaltungen, in Abstimmung mit den erforderlichen Genehmigungsträgern/Ordnungsbehörden.
- Der zur Verfügung gestellte Musikpavillon darf nur für die im Nutzungsvertrag genannte Veranstaltung genutzt werden.
- Die Zeiten, die im Nutzungsvertrag für den Aufbau, für die Veranstaltung und für den Abbau festgelegt sind, sind genau einzuhalten. Die Veranstaltung inkl. Abbau muss spätestens um 22 Uhr beendet sein.
- Vor Abschluss des Nutzungsvertrags ist die Einholung aller behördlichen Genehmigungen bzw. Gestattungen durch die/den Nutzer/in erforderlich.
- Die Fläche ist nicht für Firmen- oder Familienfeiern, politische oder weltanschauliche Veranstaltungen vorgesehen. Veranstaltungen gewerblicher und kommerzieller Art sind ebenfalls nicht erlaubt. Das Erheben von Eintrittsgeldern nicht gestattet.
- Veranstaltungen der Stadt Siegen haben generell Vorrang vor Anfragen externer Nutzer. In den Sommermonaten wird der Musikpavillon sonntags durch die Veranstaltungsreihe „Sonntagnachmittags um 4“ belegt. An den Samstagen in den Sommerferien steht der Musikpavillon dem Kindertheater zur Verfügung. Es besteht kein Anspruch auf die Vermietung des Pavillons.
- Die Gebrauchsüberlassung erfolgt auf Grundlage behördlich genehmigter Rettungsweg- und Bestuhlungspläne mit festgelegter Besucherkapazität zu dem von der Nutzerin/dem Nutzer angegebenen Nutzungszweck.

- Die ansteigende Bestuhlung ist maximal für 400 Besucherinnen und Besucher ausgelegt.
- An den Abspannungen und den Stützen der Zeltkonstruktion darf nichts verändert werden. Auch dürfen keine Gegenstände an die Zeltkonstruktion gehangen werden.
- Die Sonnenschirme können bei Bedarf mitgenutzt werden. Dabei ist darauf zu achten, dass die Schirme nach Verwendung wieder eingefahren und mit den Schutzhüllen versehen werden.
- Auf die Einhaltung entsprechender Lärmschutzrichtwerte ist zu achten. Gemäß VDI 2058 (Beurteilung von Arbeitslärm in der Nachbarschaft) bzw. der LAI-Mustervorschrift zur Ermittlung, Beurteilung und Vermeidung von Geräuschemissionen beträgt dieser Richtwert am geöffneten Fenster 45 dB(A) bei Tag (06:00-22:00 Uhr).
- Grillen und offenes Feuer sind untersagt. Auch das Nutzen von pyrotechnischen Effekten ist nicht gestattet.
- Auf Wunsch kann ein Stromanschluss (Schuko 16 A CEE-rot) zur Verfügung gestellt werden. Bitte melden sie diesen rechtzeitig bei der Vermieterin an. Die Kosten pro Kilowattstunde Strom betragen 0,60 €.
- Je nach Veranstaltungsart ist eine Betreuung während der Veranstaltung durch den Platzwart notwendig. Die Kosten für den Platzwart betragen 32,00 €/Std.
Den Anweisungen des Platzwartes ist Folge zu leisten.
- Die öffentliche Toilettenanlage befindet sich im Untergeschoss der Schlossstuben.
- Alle auftretenden oder verursachten Schäden sind unverzüglich der Vermieterin zu melden. Die/der Nutzer/in übernimmt die volle Haftung für alle Schäden, die durch die Nutzung entstehen.
Die/der Nutzer/in verpflichtet sich, alle zu Aufbaubeginn sichtbaren Schäden am Musikpavillon der Vermieterin unverzüglich mitzuteilen, ansonsten gilt die Mietsache als in einwandfreiem Zustand übernommen.
- Das Befahren des Schlossgartens ist nur zum Ausladen und Einladen von Equipment gestattet. Danach ist das Fahrzeug unverzüglich zu entfernen. Parkmöglichkeiten befinden sich auf dem Parkplatz „Am Hasengarten“.
- Die Blumenbeete dürfen nicht betreten werden.
- Der Musikpavillon ist besenrein zu hinterlassen und sämtlicher Abfall ist mitzunehmen. Bei außergewöhnlichen Verschmutzungen wird der Reinigungsaufwand zusätzlich berechnet.

- Sämtliche steuerlichen Verpflichtungen obliegen der Nutzerin/dem Nutzer ebenso wie die ggf. anfallenden Gebühren für musikalische Aufführungs- und mechanischen Vervielfältigungsrechte (GEMA, VG Wort, etc.).
- Sollte die Nutzung ausfallen ist die Vermieterin unverzüglich zu informieren
- Die Vermieterin behält sich das Erheben einer Kautions vor.
- Eine Gebrauchsüberlassung an Dritte ist nur mit ausdrücklicher Einwilligung der Vermieterin zulässig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Vermessung und Geoinformation
Bearbeitet von: Frau Siewert

Siegen, 17.04.2023

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Bezirksausschuss VI - Siegen-Eiserfeld zu Nummer 1	24.04.2023
Bezirksausschuss IV - Siegen-Mitte zu Nummer 2 und 3	27.04.2023
Bezirksausschuss III - Siegen-Ost zu Nummer 4	11.05.2023
Bezirksausschuss V - Siegen-West zu Nummer 5 und 6	17.05.2023
Kulturausschuss	08.08.2023
Haupt- und Finanzausschuss	23.08.2023

Kurzbezeichnung:

Straßenumbenennungen

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt folgende Straßen umzubenennen:

1. "Bergfriederstraße" in "Auf dem Heuper"
2. "Hindenburgstraße" in "Europastraße" oder "Straße des Grundgesetzes"
3. "Hindenburgbrücke" in "Europabrücke", "Brücke des Grundgesetzes", "Luba-Brücke" oder der Name "Hindenburgbrücke" wird ersatzlos eingezogen und sie ist nur noch eine Brücke innerhalb der Straße mit dem neuen Namen
4. "Lothar-Irle-Straße" in "Am Breitenbach"
5. "Porschestraße" in "Charlotte-Petersen-Straße"
6. "Diemstraße" in "Margarethe-Lenz-Straße"

Sachverhalt / Begründung:

Der Rat der Stadt Siegen hat in seinen Sitzungen am 19.10.2022 (Nummer 1 - 4) sowie am 22.03.2023 (Nummer 5 und 6) beschlossen, die oben genannten Straßen umzubenennen.

Mit Antrag vom 15.03.2023 haben die Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt die Umbenennung der "Bergfriederstraße" in "Auf dem Heuper", die "Hindenburgstraße" in "Europastraße" und die "Lothar-Irle-Straße" in "Am Breitenbach" vorgeschlagen.

Zu diesem Antrag wurde von der FDP-Fraktion ein Änderungsantrag gestellt, die "Hindenburgstraße" in "Straße des Grundgesetzes" umzubenennen. Ebenso wird darin vorgeschlagen, die "Hindenburgbrücke" nach dem im Jahre 1945 in einem Siegener Zwangsarbeiterlager umgekommenen Kind Luba Budischewska "Luba-Brücke" zu benennen.

Die "Hindenburgbrücke" wurde durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Siegen am 11.10.1915 zusammen mit der "Hindenburgstraße" benannt. Infolgedessen ist es erforderlich, die "Hindenburgbrücke" umzubenennen oder alternativ den Namen ersatzlos einzuziehen.

Mit Antrag vom 12.04.2023 schlägt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, die "Porschestraße" in "Charlotte-Petersen-Straße" und die "Diemstraße" in "Margarethe-Lenz-Straße" umzubenennen. Beide Namen wurden, neben anderen, im Abschlussbericht des Arbeitskreises zur Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen des Rates der Stadt Siegen, nach erfolgter Prüfung, für eine mögliche Straßenbenennung positiv bewertet.

Am 28.03.2023 unterbreitete der TV Jahn Siegen per E-Mail den Vorschlag, den Namen der Diemstraße zu belassen und nach dem evangelischen Pastor und Theologen Hermann Diem (geboren 1900 in Stuttgart, gestorben 1975 in Tübingen) zu benennen. Bei Hermann Diem handelt es sich um eine Person, die weder in Siegen geboren oder gestorben ist und auch nicht hier gewirkt hat. Um eine seriöse Aussage über Herrn Diem treffen zu können, müsste seitens des Stadtarchivs zunächst belastbare Sekundärliteratur recherchiert werden, sofern diese überhaupt vorliegt. Eine kurzfristige Prüfung ist daher nicht möglich.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
---------------	---	--	---

<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

In Vertretung

gez.

Henrik Schumann
 Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.



CDU FRAKTION
SIEGEN



DIE LINKE.
Fraktion im Rat
der Stadt Siegen



An die Universitätsstadt Siegen
Herrn Bürgermeister
Steffen Mues
Rathaus Siegen
Markt 2

57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
15. März 2023	
GB	2
Abt.	214
PR	INSTITUTE

Datum:

15.03.2023

Antrag gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Kulturausschusses am 29.03.2023.

Neubenennung von Straßennamen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,

die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Universitätsstadt Siegen bitten, folgenden Antrag in der o. g. Sitzung des Kulturausschusses zur Abstimmung zu stellen:

Beschlussvorschlag:

1. Der Kulturausschuss beschließt, die in der Ratssitzung vom 19.10.2022 zur Änderung beschlossenen Straßennamen wie folgt zu benennen:
 - a) Hindenburgstraße:
Die Hindenburgstraße wird in "Europastraße" umbenannt.
 - b) Bergfriederstraße:
Die Bergfriederstraße wird in "Auf dem Heuper" umbenannt.
 - c) Lothar-Irle-Straße:
Die Lothar-Irle-Straße wird in „Am Breitenbach“ umbenannt.
2. Der Kulturausschuss der Universitätsstadt Siegen beschließt, die neu zu bauenden Straßen in den geplanten Baugebieten am Sportplatz Schießberg, am Wellersberg und am Giersberg (Am Wäldchen, Zur dicken Eiche) nach Frauen zu benennen. Dabei soll auf die Vorschlagsliste aus dem Abschlussbericht des Arbeitskreises „Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen“ des Rates der Stadt Siegen zurückgegriffen werden. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Arbeitskreis „Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen“ und dem Kulturausschuss, zu gegebener Zeit einen entsprechenden Beschlussvorschlag vorzulegen.

Begründung:

Zu 1.a)

Unser Bekenntnis zu einem freien Europa, zu unseren gemeinsamen Grundwerten und zu Frieden und Freiheit sollte in der Stadt Siegen auch im Stadtbild präsent sein. Die Hindenburgstraße ist eine durch ihre Lage in der Innenstadt sehr präzente Straße im Stadtbild von Siegen. Die Würdigung des Begriffes "Europa" sollte u. E. an entsprechend prominenter Stelle erfolgen.



CDU FRAKTION
SIEGEN



DIE LINKE.
Fraktion im Rat
der Stadt Siegen



Zu 1.b)

Der Namensvorschlag geht auf einen Wunsch der betroffenen Anlieger zurück, den wir gerne politisch aufgreifen. Er ist von einer Flurbezeichnung abgeleitet und findet sich bereits in der Heuperstraße in Eisern wieder, von der die Bergfriederstraße abzweigt.

Zu 1.c)

Hier greifen wir ebenfalls einen Vorschlag aus der Bevölkerung auf. Dieser ist darin begründet, dass der „Breitenbach“ verrohrt unter der bisherigen „Lothar-Irle-Straße“ verläuft.

Zu 2.

Politisches Ziel ist es, Frauen der Siegener Stadtgeschichte im Straßenbild unserer Stadt prominenter zu präsentieren, als dies bislang der Fall ist. Ein entsprechender Antrag nach § 24 GO NRW wurde am 17.03.2021 vom HFA einstimmig befürwortet und an den Arbeitskreis „Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen“ des Rates der Stadt Siegen verwiesen. Mit dem Abschlussbericht des Arbeitskreises wurde auch eine Liste von Frauen vorgelegt, die sich um die Geschichte der Stadt Siegen verdient gemacht haben und die der Arbeitskreis deswegen für eine Straßenbenennung empfohlen hat. In den drei großen geplanten Neubaugebieten bietet es sich nun an, die neu zu bauenden Straßen nach Frauen zu benennen.

Mit freundlichen Grüßen

Marc Klein
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Rat der Universitätsstadt Siegen

Detlef Rujanski
Vorsitzender der
SPD-Fraktion
im Rat der Universitätsstadt Siegen

Michael Groß
Vorsitzender der
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Rat der Universitätsstadt Siegen

Henning Klein
Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE
im Rat der Universitätsstadt Siegen

Samuel Wittenburg
Vorsitzender der
Volt-Fraktion
im Rat der Universitätsstadt Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
27. März 2023	
GB 2	FR
Abt. 214	INSTITUTE

0412



Fraktion im Rat der
Universitätsstadt Siegen

Rathaus Siegen / Haus Seel

57072 Siegen
Tel. 0271-404-1537

Änderungsantrag der FDP-Fraktion zum Antrag Vorlage Nr. AT256/2023 von CDU, SPD, Grüne, Volt und Linke, Punkt 1

Kulturausschuss

Der Kulturausschuss beschließt:

1. Die Hindenburgstraße wird in „Straße des Grundgesetzes“ umbenannt.
2. Die im Volksmund „Hindenburgbrücke“ benannte Verlängerung der Hindenburgstraße zur Sandstraße wird nach dem 1945 in einem Siegener Zwangsarbeiterlager umgekommenen Kind Luba Budischewska „Luba-Brücke“ genannt.

Begründung:

Mit der vorgeschlagenen Benennung würdigt die Stadt Siegen den entscheidenden Schritt in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu einem Verfassungs- und Rechtsstaat. Zugleich wäre die Stadt Siegen ein bundesdeutscher Vorreiter bei einer solchen Benennung. In den vergangenen Jahren hat sich beispielhaft die Universität Siegen mit dem Grundgesetz als dem zentralen Leitmotiv einer Reihe von Veranstaltungen beschäftigt. Wörtlich hieß es in der Begründung von Prof. Bongardt (Uni Siegen): „Wir müssen reden! In den letzten Jahren ist immer deutlicher geworden, dass der Bestand unserer freiheitlichen Gesellschaft, unseres demokratischen Rechtsstaats nicht selbstverständlich ist. Es wächst die Zahl derer, die die Grundlagen unseres Zusammenlebens nicht kennen, nicht wertschätzen oder gar ablehnen. Nur im Gespräch möglichst vieler mit möglichst vielen können wir uns dieser Grundlagen vergewissern“. Es wurde deutlich, dass das Grundgesetz kein theoretisches Konstrukt ist, sondern ein Rechtssystem, das zu Recht in jeden Lebensbereich hineinstrahlt.

Dem sollte auch die Stadt Siegen Rechnung tragen.

Mit der eher symbolischen Benennung der Brücke nach einem der in Siegen ums Leben gekommenen Kinder wird öffentlich auf deren Schicksal hingewiesen. Damit wird das Schicksal dieser Opfergruppe an einem prominenten Ort in der Stadt nachvollziehbar gemacht. Es sollen Institutionen und Gruppen gefunden werden, die den Ortsnamen durch Veranstaltungen mit Leben füllen. Beispielhaft wird hier auf die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und das





BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Bündnis 90/Die Grünen · Im Rat der Stadt Siegen · Markt 2/Rathaus · 57072 Siegen

An den Vorsitzenden
des Bezirksausschusses Siegen-West
Herrn Englert

Rathaus Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
12. April 2023	
GB	PR
Abt.	INSTITUTE

Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Siegen
Markt 2/Rathaus
57072 Siegen

0271-404-1432
gruene@siegen.de

Mittwoch, 12. April 2023

Antrag zur nächsten Sitzung des Bezirksausschusses Siegen-West der Stadt Siegen
Umbenennung von Straßennamen - Diem- und Porschestraße

Sehr geehrter Herr Englert,
sehr geehrte Damen und Herren,
in der Ratssitzung am 22.03.23 wurde grundsätzlich die Umbenennung der Porschestraße und Diemstraße beschlossen. Wir beantragen nun die Benennung nach 2 Frauen, deren Namen auf der Vorschlagsliste des Arbeitskreises "Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen" zu finden sind:

Beschlussvorschlag

Die Porschestraße wird in Charlotte-Petersen-Straße umbenannt.
Die Diemstraße wird in Margarethe-Lenz-Straße umbenannt.

Begründung

In seiner Stellungnahme schreibt der Arbeitskreis "Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen" zu

Charlotte Petersen (1904-1994):

„Insbesondere als Gegnerin des Nationalsozialismus in Erscheinung getreten, ist ihr Einsatz für die Opfer des Konzentrationslagers Wapniarka besonders hervorzuheben. In Dillenburg wird sie durch die Charlotte-Petersen-Medaille geehrt.“

Margarethe Lenz (1899-1986):

„Aus Niederschelden stammend, zeigte Lenz stets großes Engagement für Frauenrechte. Vor den Nationalsozialisten ins Ausland geflohen, wurde ihr in den 1950er-Jahren, als erst dritte Frau überhaupt, der Rang einer Konsulin in Linz verliehen.“

Bei der Umbenennung der Diem- und der Porschestraße scheint uns die Benennung durch Frauen, die sich gegen den Nationalsozialismus engagiert haben, folgerichtig.

Mit freundlichen Grüßen

für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Siegen

Michael Groß
Fraktionsvorsitzender

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 3
Bereich: 3/1-1
Bearbeitet von: Kämmerei

Siegen, 20.07.2023

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

23.08.2023

Rat

06.09.2023

Kurzbezeichnung:

Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen des 1. und 2. Quartals 2023

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen des 1. und 2. Quartals des Haushaltsjahres 2023 zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Nach § 83 GO NRW in Verbindung mit dem Ratsbeschluss über die Zuständigkeitsabgrenzung für die Genehmigung über- und außerplanmäßiger Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen vom 28.11.2001 sind die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen dem Rat zur Kenntnisnahme vorzulegen, die nicht der vorherigen Zustimmung des Rates bedürfen.

Der Rat hat den Haushalt 2023 am 22.02.2022 beschlossen. Im 1. und 2. Quartal 2023 waren über- und außerplanmäßige Mittelbereitstellungen in Höhe von 93.500,00 € in der Zuständigkeit des Stadtkämmerers erforderlich.

Gemäß § 83 Abs. 1 GO NRW ist die Deckung der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen durch Minderaufwendungen/-auszahlungen von 93.500,00 € gegenüber der Haushaltsveranschlagung sichergestellt worden.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

In Vertretung

gez.

Wolfgang Cavelius

I Beigeordneter und Stadtkämmerer

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

- [apl üpl 1.+2. Quartal 2023](#)

Zusammenstellung der dem Rat bekanntzugebenden über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im 1. + 2. Quartal 2023:

Kostenträger bzw. Auftrag / Sachkonto	Bezeichnung	HH-Soll einschl. Sollübertra- gungen in €	über- / außer- planmäßige Auszahlung in €	Bemerkung
---	-------------	--	--	-----------

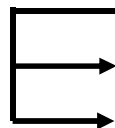
Konsumtiver Mehraufwand/-auszahlungen

06020202/ 5232000	Kindertagespflege/ Erstattungen an Kreise bzw. Gemeinden	0,00	10.000,00	Kinder mit Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung wurden in einer Kindertagespflege- stelle des Kreises Siegen-Wittgenstein untergebracht. Für die Kostenerstattung an den Kreis mussten außerplanmäßige Mittel bereitgestellt werden. Die Deckung erfolgte innerhalb des Budgets.
----------------------	--	------	------------------	--

Investive Mehrauszahlungen

H090201151/ 7851000	RudS, 5. Bew., Öffentliche WC- Anlage Schlosspark / Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen	425.000,00	16.000,00	Aus der aktualisierten Kostenkalkulation ergab sich ein Mehrbedarf, der durch nicht benötigte Restmittel bei H090201150 - RudS, 5. Bew., Bunker Burgstraße - gedeckt wurde.
H011101103/ 7851000	Rathaus Geisweid, Herrichtung Büros / Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen	100.000,00	24.500,00	Im Zuge der Baumaßnahme ergaben sich Kostensteigerungen insbesondere aufgrund erforderlicher Brandschutzmaßnahmen. Die Deckung erfolgte durch Minderausgaben von 4.500 € bei I011302101 - Hochbaumaßnahmen und Betriebsvorrichtungen unter Wertgrenze - und 20 T€ bei H011101100 - RH Geisweid, Archiv im ehem. Ratskeller, 2. BA -.
I011101002/ 7832000	Abteilungsübergreifende Mittel / Erwerb bewegl. Vermögen 60 - 800 €	29.400,00	25.000,00	Im Rathaus Geisweid soll der neu erworbene "Sparkassentrakt" mit Büromobiliar ausgestattet werden. Die überplanmäßig benötigten Mittel wurden durch Minderausgaben auf H011101100 - RH Geisweid, Archiv Rathaus im ehem. Ratskeller, 2. BA - gedeckt.
V060301000/ 7831000	KJT Fischbacherberg, Küche f. OGS Hammerhütter Schule / Erwerb bewegl. Vermögen 60 - 800 €	40.000,00	18.000,00	Für den Einbau der Küche sind umfangreiche Anschlussarbeiten für Strom und Wasser erforderlich, für die zunächst konsumtive Mittel eingeplant waren. Da diese Kosten jedoch investiv zu beurteilen sind, wurde eine überplanmäßige Mittelbereitstellung erforderlich, wobei die Deckung aus Minderausgaben bei I030100000 - Schulbaumaßnahmen unter der Wertgrenze - erfolgte.

93.500,00 Gesamtsumme



Mehreinzahlungen: 0,00

Minderauszahlungen: 93.500,00

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 3
Bereich: Kämmerei
Bearbeitet von: Herrn Ladda

Siegen, 24.07.2023

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

23.08.2023

Rat

06.09.2023

Kurzbezeichnung:

Gesamtabschluss für das Haushaltsjahr 2022 - Verzicht auf die Aufstellung gemäß § 116a GO NRW

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, auf die Aufstellung eines Gesamtabschlusses für das Haushaltsjahr 2022 zu verzichten. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass das Vorliegen der Voraussetzungen hierfür auf Grundlage der relevanten Jahresabschlüsse der Jahre 2021 und 2022 der Stadt Siegen und ihrer vollkonsolidierungspflichtigen Tochterunternehmen bestätigt wird.

Sachverhalt / Begründung:

Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen sieht in § 116a eine größenabhängige Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses gemäß § 116 GO vor.

§ 116a GO NRW hat folgenden Wortlaut:

(1) Eine Gemeinde ist von der Pflicht einen Gesamtabschluss und einen Gesamtlagebericht aufzustellen, befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der nachstehenden Merkmale zutreffen:

1. Die Bilanzsummen in den Bilanzen der Gemeinde und der einzubeziehenden verselbstständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 übersteigen insgesamt nicht mehr als 1.500.000.000 Euro.
2. Die der Gemeinde zuzurechnenden Erträge aller vollkonsolidierungspflichtigen verselbstständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 machen weniger als 50 Prozent der ordentlichen Erträge der Ergebnisrechnung der Gemeinde aus.
3. Die der Gemeinde zuzurechnenden Bilanzsummen aller vollkonsolidierungspflichtigen verselbstständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 machen insgesamt weniger als 50 Prozent der Bilanzsumme der Gemeinde aus.

(2) Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses entscheidet der Rat für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres. Das Vorliegen der Voraussetzungen nach Absatz 1 ist dem Rat anhand geeigneter Unterlagen nachzuweisen. Die Entscheidung des Rates ist der Aufsichtsbehörde jährlich mit der Anzeige des durch den Rat festgestellten Jahresabschlusses der Gemeinde vorzulegen.

(3) Sofern eine Gemeinde von der größenabhängigen Befreiung im Zusammenhang mit der Erstellung eines Gesamtabchlusses Gebrauch macht, ist ein Beteiligungbericht gemäß § 117 zu erstellen.

Die Befreiungsmöglichkeit gemäß § 116a GO NRW konnte erstmals für das Haushaltsjahr 2019 in Bezug auf den Gesamtabchluss zum 31.12.2019 genutzt werden. Der Rat der Stadt Siegen hat seitdem regelmäßig davon Gebrauch gemacht. Zuletzt hat der Rat am 14.09.2022 beschlossen, vorbehaltlich der Erfüllung der Befreiungskriterien auf die Aufstellung eines Gesamtabchlusses für das Haushaltsjahr 2021 zu verzichten (Vorlage Nr. VL 983/2022).

Bei der Prüfung der Voraussetzungen für eine Befreiung sind alle Tochterunternehmen der Stadt Siegen, die dem Grunde nach vollkonsolidierungspflichtig wären, zu berücksichtigen. Dies waren in 2022 die Eigengesellschaften KEG und Stadtmarketing Siegen GmbH, die Mehrheitsbeteiligungen SVB und Stromnetzgesellschaft Siegen GmbH & Co. KG sowie der ESi als Sondervermögen der Stadt.

Um die gesetzliche Frist für die Entscheidung des Rates bis zum 30.09.2023 einhalten zu können, wurde die Prüfung der Befreiungsvoraussetzungen anhand der vollständig vorliegenden Jahresabschlüsse für 2021 und 2020 vorgenommen. Für 2022 liegen aktuell noch nicht alle Jahresabschlüsse vor; so fehlt u. a. noch der Jahresabschluss der Stadt Siegen.

Wie die beigefügte Auswertung zeigt, werden alle drei Befreiungskriterien in beiden Jahren erfüllt. Dabei besteht zu den Schwellenwerten, ab denen eine Befreiung nicht mehr möglich wäre, ein deutlicher Sicherheitsabstand. Es ist daher davon auszugehen, dass die Befreiungskriterien auch bei Zugrundelegen der Daten aus 2022 erfüllt sind.

Daher kann - auch in der längerfristigen Perspektive - auf die Erstellung eines Gesamtabchlusses verzichtet werden.

Angesichts des überschaubaren Beteiligungsportfolios der Stadt Siegen ergibt sich aus der Erstellung von Gesamtabschlüssen für Politik und Verwaltung kein zusätzlicher Informationsgewinn, der die für die Erstellung und Prüfung anfallenden Kosten rechtfertigen würde. Die Verwaltung empfiehlt daher, die gesetzliche Befreiungsmöglichkeit weiterhin zu nutzen.

Die wirtschaftliche Lage der städtischen Beteiligungen und deren Finanz- und Leistungsbeziehungen zur Stadt Siegen werden ohnehin in dem jährlich zu erstellenden Beteiligungsbericht ausführlich dargestellt und erläutert.

Sobald das Vorliegen der Befreiungsvoraussetzungen für den Gesamtabschluss zum 31.12.2022 anhand der Jahresabschlüsse 2021 und 2022 abschließend geprüft werden kann, wird die Verwaltung den Rat über das Ergebnis unterrichten.

nachrichtlich

Die nunmehr für die Jahre 2020 und 2021 vorliegenden Kennzahlen belegen, dass die Befreiungsvoraussetzungen in Bezug auf den Gesamtabchluss für das Haushaltsjahr 2021 erfüllt sind. Der Ratsbeschluss vom 14.09.2022, der auf Basis von Daten aus 2019 und 2020 gefasst wurde, wird insoweit bestätigt.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			

Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)

In Vertretung

gez.

Wolfgang Cavelius
I Beigeordneter und Stadtkämmerer

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Befreiung GA 2022 Vorlage Anlagen](#)

**Prüfung der Befreiungsmöglichkeit nach § 116a GO NRW
zur Aufstellung eines NKF-Gesamtabschlusses**

Anlage 1

Datenerfassung

A. Jahr der Befreiung: **2022**

B. Daten der Kommune

Name		Bilanzsumme in Euro			Ordentliche Erträge in Euro		
		2021	2020		2021	2020	
Stadt Siegen		1.030.694.436,93	1.039.343.884,94		342.358.556,66	308.303.396,55	

C. Daten der vollkonsolidierungspflichtigen verselbständigten Aufgabenbereiche

Name	Beteiligungsquote in Prozent		Bilanzsumme in Euro		Anteilige Bilanzsumme in Euro		Ordentliche Erträge in Euro		Anteilige ordentliche Erträge in Euro	
	2021	2020	2021	2020	2021	2020	2021	2020	2021	2020
KEG	100,0	100,0	41.377.852,84	40.988.080,02	41.377.852,84	40.988.080,02	5.262.995,35	5.289.285,60	5.262.995,35	5.289.285,60
SVB	74,9	74,9	65.190.564,99	57.958.404,62	48.827.733,18	43.410.845,06	74.223.899,69	64.075.390,37	55.593.700,87	47.992.467,39
Esi	100,0	100,0	248.607.062,10	242.662.095,05	248.607.062,10	242.662.095,05	26.330.624,02	25.518.191,37	26.330.624,02	25.518.191,37
Esi GmbH	100,0	100,0	0,00	248.417,75	0,00	248.417,75	0,00	1.060,88	0,00	1.060,88
SM Siegen *	100,0	100,0	218.030,03	167.146,18	218.030,03	167.146,18	289.581,55	190.620,05	289.581,55	190.620,05
Stromnetzges.**	74,9	74,9	14.975.208,41	14.448.735,23	11.216.431,10	10.822.102,69	5.954.398,21	7.222.239,43	4.459.844,26	5.409.457,33
Summe			370.368.718,37	356.472.878,85	350.247.109,25	338.298.686,75	112.061.498,82	102.296.787,70	91.936.746,05	84.401.082,62

* Stadtmarketing Siegen GmbH

** Stromnetzgesellschaft Siegen GmbH & Co. KG

Die Esi GmbH wurde mit Beschluss des Rates der Stadt Siegen vom 22.09.2021 aufgelöst.

**Prüfung der Befreiungsmöglichkeit nach § 116a GO NRW
zur Aufstellung eines NKF-Gesamtabschlusses**

Anlage 2

Auswertung

Kriterium 1 - Bilanzsumme

Berechnung	2021	2020	
Bilanzsumme der Kommune	1.030.694.436,93	1.039.343.884,94	
+	+	+	
Summe der Bilanzsummen der verselbständigten Aufgabenbereiche	370.368.718,37	356.472.878,85	
<hr/>	<hr/>	<hr/>	
<= 1.500.000.000,00 € ?	1.401.063.155,30	1.395.816.763,79	Das Kriterium ist erfüllt.

Kriterium 2 - Anteil Erträge

Berechnung	2021	2020	
Anteilige ordentliche Erträge der verselbständigten Aufgabenbereiche	91.936.746,05	84.401.082,62	
/	/	/	
Ordentliche Erträge der Kommune	342.358.556,66	308.303.396,55	
<hr/>	<hr/>	<hr/>	
< 50% ?	26,85%	27,38%	Das Kriterium ist erfüllt.

Kriterium 3 - Anteil Bilanzsumme

Berechnung	2021	2020	
Anteilige Bilanzsummen der verselbständigten Aufgabenbereiche	350.247.109,25	338.298.686,75	
/	/	/	
Bilanzsumme der Kommune	1.030.694.436,93	1.039.343.884,94	
<hr/>	<hr/>	<hr/>	
< 50% ?	33,98%	32,55%	Das Kriterium ist erfüllt.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 3
Bereich: Kämmerei
Bearbeitet von: Herrn Ladda

Siegen, 31.07.2023

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

23.08.2023

Kurzbezeichnung:

RWE-Aktien der Stadt Siegen

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt den Bericht zur weiteren Entwicklung des RWE-Konzerns und des Kurses der RWE-Aktie zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Die im Zuge der Energiewende eingetretenen strukturellen Veränderungen im Stromsektor (Ausstieg aus der Kernenergie, Ausbau der erneuerbaren Energien) haben sich vor einigen Jahren ungünstig auf die wirtschaftliche Lage der RWE AG ausgewirkt. Dies hatte einen nachhaltigen Rückgang des Börsenkurses der RWE-Aktie und eine Aussetzung der Dividendenzahlung für die Geschäftsjahre 2015 und 2016 zur Folge.

Vor diesem Hintergrund haben die politischen Gremien nach Vorberatung im Arbeitskreis Finanzen Ende 2016 folgenden Beschluss über den weiteren Umgang mit dem städtischen Aktienbestand von 420.898 RWE-Stammaktien gefasst (Vorlage Nr. 1171/2016, HFA 07.12./ Rat 21.12.2016):

1. Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Empfehlung des Arbeitskreises Finanzen zur Kenntnis und beschließt, zum jetzigen Zeitpunkt keine RWE-Aktien zu verkaufen.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die weitere Entwicklung des RWE-Konzerns und des Kurses der RWE-Aktie zu beobachten und dem Haupt- und Finanzausschuss einmal jährlich zu berichten.

Bericht der Verwaltung

RWE hat das Geschäftsjahr 2022 mit einem Konzernergebnis von rd. 3,0 Mrd. € abgeschlossen (2021: 0,8 Mrd. €). Die Ergebnisverbesserung gegenüber dem Vorjahr resultiert insbesondere aus dem hohen Ergebnisbeitrag des Energiehandels. Darüber hinaus war das Vorjahresergebnis stark von Einmaleffekten im Segment Wind/Solar belastet (Anlagenstillstände aufgrund eines Eissturms in Texas).

Für das Geschäftsjahr 2022 konnte eine Dividende von 0,90 € je Aktie ausgeschüttet werden (Vorjahr: 0,90 €). **Die Stadt Siegen hat im Mai 2023 eine Dividende in Höhe von 378.808,20 € erhalten.**

Vor dem Hintergrund des außerordentlich guten ersten Halbjahres 2023 hat RWE die Ergebnisprognose für das laufende Geschäftsjahr angehoben.

RWE strebt für das Geschäftsjahr 2023 eine Dividende in Höhe von 1,00 € je Aktie an. Dies würde für die Stadt Siegen einen Ertrag von rd. 420.000,00 € im Haushaltsjahr 2024 bedeuten.

Der Börsenkurs der RWE-Stammaktie bewegte sich im Berichtszeitraum August 2022 bis Juli 2023 in einer Bandbreite zwischen 36,26 € (Tiefstkurs am 11.10.2022) und 43,96 € (Höchstkurs am 13.09.2022) und lag zuletzt bei rd. 39 € (s. Anlage).

Die stabile Entwicklung des Aktienkurses, die Dividendenzahlung für das Geschäftsjahr 2022 und der positive Dividendenausblick für 2023 legen nahe, die RWE-Aktien weiter zu halten.

Mit dem weiteren Ausbau der Kapazitäten für regenerative Stromerzeugung aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse wird sich der Schwerpunkt der Stromerzeugung bei RWE immer stärker weg von fossilen Energieträgern hin zu CO₂-armen bzw. CO₂-freien Energieträgern verlagern. RWE wird damit zu einem der größten Stromerzeuger aus regenerativen Quellen in Europa. Ziel des Unternehmens ist es, bis 2040 klimaneutral zu sein.

Im Zuge des vom deutschen Bundestag beschlossenen Kohleausstiegs war zunächst vorgesehen, dass RWE die Verstromung von Kohle in Deutschland bis spätestens 2038 beendet. Im Oktober 2022 wurde mit dem Bund und dem Land NRW vereinbart, die Braunkohleverstromung im rheinischen Revier bereits in 2030 einzustellen. Damit werden gegenüber der bisherigen Regelung 260 Mio. Tonnen Braunkohle nicht gefördert und durch die vermiedenen CO₂-Emissionen somit auch nicht klimawirksam. Die letzten beiden Steinkohlekraftwerke wurden in 2021 stillgelegt. Im Ergebnis werden die CO₂-Emissionen aus der Kohleverstromung bereits bis 2030 auf 0 zurückgeführt.

Im Jahr 2022 betrugen die CO₂-Emissionen der Stromerzeugung im RWE-Konzern 83,0 Millionen Tonnen (Vorjahr: 80,9 Mio. t). Dies entspricht 530 Gramm CO₂ je Kilowattstunde (Vorjahr: 500 g/kWh). Ursache für die Zunahme der Emissionen ist eine höhere Auslastung der Braunkohlekraftwerke. Diese kompensierten die geringere Stromerzeugung aus Erdgas, da hier die Gaslieferungen aus Russland entfallen sind.

Zum Vergleich: Die Siegener Versorgungsbetriebe haben im vergangenen Jahr zahlreiche Haushalte, Unternehmen und Kommunen in der Region – darunter auch die Stadt Siegen – auf Basis von insgesamt rd. 12.900 Abnahmeverträgen mit regenerativ erzeugtem Strom aus Sonne, Wind und Wasserkraft beliefert. CO₂-Emissionen: 0.

Die Abschaltung der letzten von RWE betriebenen Kernkraftwerke erfolgte am 15.04.2023.

Weitere Informationen sind dem Geschäftsbericht 2022 und den aktuellen Pressemitteilungen der RWE AG zu entnehmen, die auf der Internetseite des Unternehmens unter www.rwe.com abgerufen werden können.

Insgesamt ist festzustellen, dass RWE sich auf einem guten Weg befindet. Dies zeigt sich am Niveau des Aktienkurses und der Dividenden wie auch an den bereits umgesetzten und geplanten strukturellen Maßnahmen, die zu einer emissionsärmeren Stromerzeugung beitragen. Die Beteiligung der Stadt Siegen an RWE ist insoweit finanziell attraktiv und auch im Hinblick auf die Bedeutung des Themas Klimawandel verantwortbar.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz <div style="height: 100px;"></div>			

Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)

In Vertretung

gez.

Wolfgang Cavelius

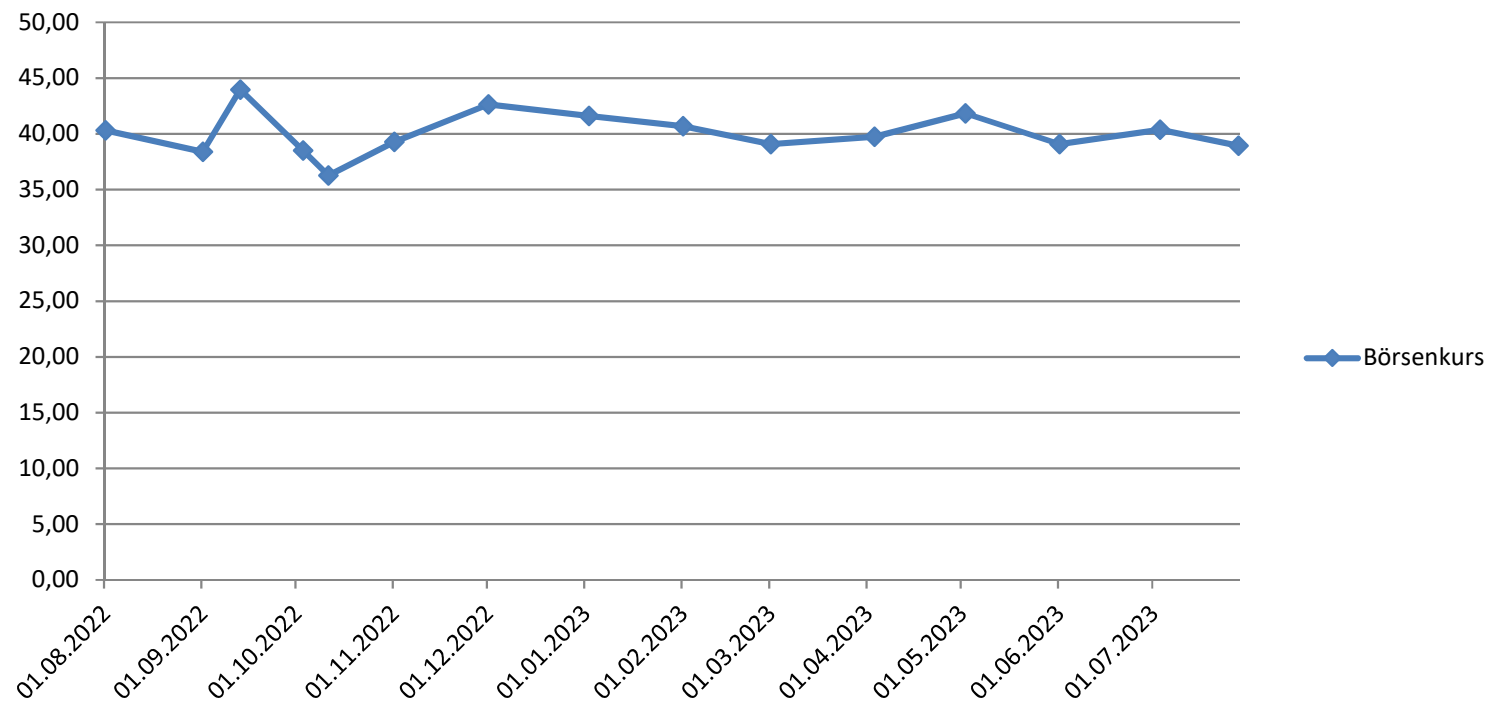
I Beigeordneter und Stadtkämmerer

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Berichtsvorlage Kursentwicklung](#)

RWE-Stammaktie - Kursentwicklung 2022/2023 (Schlusskurse Xetra)



VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 3
Bereich: Kämmerei
Bearbeitet von: Heiko Erner

Siegen, 14.08.2023

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

23.08.2023

Rat

06.09.2023

Kurzbezeichnung:

Bericht über den Haushaltsvollzug 2023

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.06.2023 zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

1. Ergebnisplan

Nachstehend wird ein Bericht über die Abwicklung der Haushaltswirtschaft 2023 zum Stand 30.06.2023 vorgelegt und gleichzeitig, auf Grundlage des derzeitigen Erkenntnisstandes, eine Prognose zum voraussichtlichen Jahresergebnis vorgenommen. Der Haushalt 2023 wurde vom Rat der Stadt am 22.02.2023 mit folgenden Eckwerten im Ergebnisplan beschlossen:

Ertrags- und Aufwandsarten in €	ANSATZ 2023
Ordentliche Erträge	363.725.800
Ordentliche Aufwendungen	374.366.750
Ordentliches Ergebnis	-10.640.950
Finanzerträge	5.386.800
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	5.498.600
Finanzergebnis	-111.800
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-10.752.750
Außerordentlicher Ertrag	11.018.000
Jahresergebnis	265.250

Das eigentliche Defizit beträgt also rd. -10,8 Mio. €. Nur durch den außerordentlichen Ertrag, der den prognostizierten „Corona/Ukraine-Schaden“ enthält, wird ein ausgeglichener Haushalt (Überschuss: knapp 0,3 Mio. €) erreicht.

Derzeit sind folgende wesentliche Veränderungen gegenüber den Planwerten zu erwarten:

1.1 Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit

1.1.1 Erträge

Die Haushaltsansätze bei der Einkommens- als auch bei der Umsatzsteuer werden wahrscheinlich nicht erfüllt werden können. Hier ist in Summe mit Mindererträgen von ca. 1 Mio. € zu rechnen. Demgegenüber wird der Haushaltsansatz bei der Gewerbesteuer jedoch übererfüllt. Bei der **Gewerbesteuer** beträgt das momentane Anordnungs-Soll mehr als 90 Mio. € und liegt damit um rd. 14 Mio. € über dem Haushalts-Soll.

Auch bei den Erträgen aus dem **Familienleistungsausgleich** werden rd. 0,25 Mio. € mehr erzielt.

In einigen Bereichen sind Mindererträge zu erwarten, wie z.B. im Bereich der **Verwaltungsgebühren für Bauanträge**. Hier sind aufgrund der gestiegenen Zins- und Baukosten und damit geringeren Anzahl von Bauanträgen Mindererträge von voraussichtlich 250 T€ zu erwarten.

Im **sozialen Bereich** kommt es sowohl auf der Ertrags- als auch auf der Aufwandsseite zu erheblichen Ansatzüberschreitungen. Hier werden ca. 1,1 Mio. € Mehrerträge für die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) sowie geschätzte Mehrerträge von 1,7 Mio. € resultierend aus zu berücksichtigenden Landeszuweisungen und FlüAG-Pauschalen erwartet.

Die **Gewinnabführung SVB** wird in 2023 (nach Abzug der Kapitalertragsteuer) mit einem Mehrertrag von 0,4 Mio. € abschließen.

In Summe ergeben sich Mehrerträge von **rd. 16,5 Mio. €**.

1.1.2 Aufwendungen

Bedingt durch das Plus bei der Gewerbesteuer fallen die Aufwendungen für die **Gewerbesteuerumlage** um rd. 1,0 Mio. € höher aus.

Bei der **Gebäudebewirtschaftung** kann dieses Jahr trotz der gestiegenen Energiepreise von einem Minderaufwand von 0,7 Mio. € ausgegangen werden, da die Kostenexplosion nicht so hoch wie ursprünglich erwartet ausgefallen ist.

Erfreulich ist die Entwicklung im Bereich Abfallentsorgung. Da die kalkulierte Kostensteigerung bei den **Deponiegebühren** nur in geringem Umfang eingetroffen ist, kann von Minderaufwendungen von 0,6 Mio. € ausgegangen werden.

Im Bereich der **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** wird es erfahrungsgemäß zu einer „pauschalen“ Einsparung von mindestens rd. 1,5 Mio. € kommen, die insbesondere aufgrund von verzögerten baulichen Maßnahmen eintritt.

Bei den **Personalaufwendungen** wird der Haushaltsansatz von rd. 85 Mio. € höchstwahrscheinlich nicht überschritten. Die Tarifierhöhung wurde größtenteils schon im Ansatz berücksichtigt. Zudem sorgen Personalverschiebungen und daraus resultierende Stellenvakanzen für einen auskömmlichen Ansatz.

Das Zinsniveau ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen, weshalb deutlich höhere Ansätze geplant wurden. Aufgrund der positiven Liquiditätsentwicklung mussten deutlich weniger Kassenkredite in Anspruch genommen werden. Daher werden die **Zinsaufwendungen** um rd. 0,3 Mio. € bei den Kassenkrediten geringer ausfallen. Auch bei den Zinsen für Investitionskredite werden rd. 0,5 Mio. € Minderaufwendungen erwartet.

Im Bereich der **Straßenunterhaltung** ist mit Mehraufwendungen von rd. 0,4 Mio. € zu rechnen. Hauptsächlich hierfür sind vor allem die hohen Kostensteigerungen im Baugewerbe.

Bei der **Schülerbeförderung** wird es dieses Jahr voraussichtlich in Summe zu einem Mehraufwand von insgesamt ca. 0,1 Mio. € aufgrund gestiegener Preise kommen.

Die meisten Mehraufwendungen (ca. 2,3 Mio. €) werden im **sozialen Bereich** entstehen, die insbesondere aus den erhöhten Ausgaben für Integrationshelfer (0,6 Mio. €), eines erforderlichen Securitydienstes (0,3 Mio. €) sowie den gestiegenen Kosten für die Unterbringung der UMA (1,2 Mio. €) resultieren. Diese werden jedoch durch Mehrerträge relativiert werden. (s. Ziffer 1.1.1)

Mehraufwendungen sind zudem bei der Beteiligung Umlage **Krankenhausfinanzierung** von 0,2 Mio. € sowie für **Niederschlagungen** (Ausbuchung von Forderungen) in Höhe von 0,5 Mio. € zu erwarten.

In Summe ergeben sich Mehraufwendungen von **ca. 1,0 Mio. €**.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass das „Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit“ 2023 voraussichtlich um rd. 15,5 Mio. € besser als geplant (+ 4,8 Mio. €) abschließt.

1.2 Außerordentlicher Ertrag – „Corona/Ukraine-Belastung“

Aufgrund des Gesetzes zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie und dem Krieg gegen die Ukraine folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land NRW (NKF-CUIG) sind Mindererträge und Mehraufwendungen, die im direkten Zusammenhang mit der Corona-Pandemie sowie dem Krieg in der Ukraine stehen, zu isolieren. Im Haushalt 2023 wurde eine Corona/Ukraine-Belastung von rd. 11 Mio. € etatisiert.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2023 ist die Summe der Haushaltsbelastungen infolge der COVID-19-Pandemie sowie des Krieges in der Ukraine zu ermitteln. Die enormen Mehrerträge bei der Gewerbesteuer werden

dazu führen, dass in 2023 voraussichtlich keine pandemie- oder kriegsbedingte Haushaltsbelastungen gemäß NKF-CUIG zu buchen sind. Dies würde auch eine Entlastung der Haushalte ab 2026 bedeuten.

in Mio. €	Ansatz 2023	Voraussichtliches Jahresergebnis	Differenz
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-10,7	4,8	15,5
Außerordentlicher Ertrag	11,0	0	-11,0
Jahresergebnis	0,3	4,8	4,5

Aus heutiger Sicht wird das prognostizierte Jahresergebnis um etwa 4,5 Mio. € besser ausfallen als geplant. (Prognose: + 4,8 Mio. €)

Dabei ist zu beachten, dass gerade die Prognose bei der Gewerbesteuer natürlich risikobehaftet ist. Zudem können die notwendigen Jahresabschlussbuchungen (z. B. Abschreibungen, Zuführungen zu Rückstellungen, etc.) das prognostizierte Jahresergebnis noch stark beeinflussen.

2. Finanzplan

Das **planmäßige Defizit** des Finanzplans beträgt im Haushaltsjahr 2023 rd. **9 Mio. €**. Von besonderer Bedeutung ist die **Investitionstätigkeit**. Am 07.08.2022 ergibt sich folgendes Bild:

in Mio. €	HH-Soll 2023	Übertragung aus 2022	Summe	angeordnet	Vormerkungen	offen
investive Einzahlungen	21,1		21,1	9,1		12,0
investive Auszahlungen	47,3	23,3	70,7	11,3	26,5	32,8

Das Investitionsvolumen 2023 beträgt rd. **70,7 Mio. €**. Die gebundenen Mittel betragen rd. **38 Mio. €**. Folglich wurden aktuell rd. **54 % der Auszahlungsmittel** bewirtschaftet.

Die Kreditermächtigung 2023 beträgt rd. 26 Mio. €. Da im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten 2022 eine Übertragung der verfügbaren Kreditmittel i. H. v. rd. 10 Mio. € vorgenommen wird, ergibt sich somit eine Gesamtermächtigung von rd. 36 Mio. €. In 2023 wurde bisher kein Investitionskredit aufgenommen.

Der Liquiditätsbedarf der Stadtkasse zur Sicherstellung der dauernden Zahlungsfähigkeit (**Kassenkreditbestand**) lag am 07.08.2023 bei rd. 190 Mio. €. Auch anhand dieses Wertes wird die positive Entwicklung des Ergebnisplanes deutlich (Vergleich Kassenkreditbestand zum 07.08.2022: rd. 212 Mio. €; zum 31.12.2022: 196,4 Mio. €). Die für 2023 vorgesehene zusätzliche Aufnahme von Kassenkrediten in Höhe von rd. 9 Mio. Euro wird aus heutiger Sicht nicht erforderlich sein.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

In Vertretung

gez.

Wolfgang Cavelius
Stadtkämmerer

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 3
Bereich: Kämmerei
Bearbeitet von: AG 3/1-1 Haushalt

Siegen, 10.08.2023

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss **23.08.2023**

Rat **06.09.2023**

Kurzbezeichnung:

Haushalt 2022
- Übertragung von Ermächtigungen in das Haushaltsjahr 2023

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die vorgenommenen Ermächtigungsübertragungen gemäß den Anlagen 1 a, 1 b (Ergebnisplan), 2 a und 2 b (Investitionen, Rückstellungen) zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Durch Beschluss vom 22.05.2013 (Verwaltungsvorlage 1845/2013) hat der Rat der Stadt Siegen der Grundsatzvorlage über Art, Umfang und Dauer der Übertragung von Haushaltsermächtigungen nach § 22 Absatz 1 KomHVO zugestimmt. Werden Ermächtigungen übertragen, ist dem Rat nach § 22 Absatz 4 KomHVO eine Übersicht der Übertragungen mit Angabe der Auswirkungen auf den Ergebnisplan und den Finanzplan des Folgejahres vorzulegen.

Die Gesamtsumme der Übertragungen im Ergebnisplan (siehe Anlage 1a und 1b) beträgt rd. 7,3 Mio. €. Die Übertragung dieser Summe in den Ergebnisplan 2023 bedeutet auch, dass entsprechende Auszahlungsmittel in den Finanzplan 2023 übertragen werden.

Im Bereich der Investitionen und Rückstellungen setzt sich die Gesamtsumme in Höhe von rd. 27,2 Mio. € (siehe Anlage 2a und 2b) wie folgt zusammen:

1.	Investitionen	23,3 Mio. €
2.	Konsumtive Auszahlungsermächtigungen für Rückstellungen, etc.	<u>3,9 Mio. €</u>
		27,2 Mio. €

Bei einigen Baumaßnahmen erfolgte im abgelaufenen Haushaltsjahr kein Baubeginn. Darüber hinaus wurde in vielen Fällen der eingeplante Zahlungsmittelabfluss nur zu einem geringen Teil ausgeschöpft, es lagen jedoch überwiegend bereits eingebuchte Bestellungen (Aufträge) vor.

Die Finanzrechnung in 2022 wird dadurch entsprechend entlastet (s. hierzu auch Verwaltungsvorlage „Haushalt 2022/ Vorläufiges Jahresabschlussergebnis“, Vorlage Nr. VL 1284/2023).

Die Übertragung der Auszahlungsermächtigungen führt dazu, dass in der Finanzrechnung des Jahres 2023 (und nicht wie ursprünglich geplant in 2022) ein entsprechender Liquiditätsabfluss und damit eine Belastung erfolgt. Jedoch ist zu berücksichtigen, dass den zusätzlichen Auszahlungen im investiven Bereich (rd. 23,5 Mio €) auch teilbereichlich zweckgebundene Einzahlungen in Form von Zuweisungen, Veräußerungserlösen und Beiträgen sowie übertragene Kreditermächtigungen in entsprechender Höhe gegenüberstehen.

Die Übertragung von Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen fließt in das Ergebnis 2023 ein und bedeutet faktisch eine Ausweitung der Haushaltsansätze 2023. Insofern enthalten die Anlagen jeweils auch das Haushalts-Soll 2023 der betroffenen Konten. Übertragen wurde i. d. R. die voraussichtlich noch benötigte Höhe der zur Verfügung stehenden Ermächtigung.

In Summe ergeben sich folgende fortgeschriebenen Aufwands- bzw. Auszahlungsermächtigungen in 2023:

	HH-Soll 2023	Übertragungen	fortgeschriebener Ansatz 2023
<u>Ergebnisplan</u>			
ordentliche Aufwendungen	374.366.750,00	7.343.146,66	381.709.896,66
<u>Finanzplan</u>			
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	356.171.648,00	11.218.642,21	367.390.290,21
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	47.347.000,00	23.306.428,61	70.653.428,61

Gegenüber dem Vorjahr konnten zumindest die Übertragungen im Ergebnisplan reduziert werden, sie liegen jedoch weiterhin auf relativ hohem Niveau.

Im Bereich des Ergebnisplans (Summe: rd. 7,3 Mio. €) entfällt über die Hälfte der Übertragungen auf Bauunterhaltungsmittel im Gebäudebereich. Hier wurden insgesamt rd. 3,7 Mio. € übertragen, die überwiegend bereits durch Aufträge gebunden waren, um die Finanzierung laufender Unterhaltungsmaßnahmen sicherzustellen.

Die Schwerpunkte der investiven Übertragungen („Reste“ rd. 23,3 Mio. €) liegen in folgenden Bereichen:

- | | |
|--|------------|
| - Baumaßnahmen der ZGW | 6,7 Mio. € |
| - Ausstattung der Schulen (u. a. WLAN-Ausbau, Glasfaser-Anbindung) | 2,9 Mio. € |
| - Stadtentwicklung | 2,6 Mio. € |
| - Straßenbau | 2,5 Mio. € |
| - Fahrzeuge in diversen Produkten | 4,2 Mio. € |

An dieser Stelle weise ich darauf hin, dass bei der Haushaltsberatung 2024 insbesondere im investiven Bereich Zurückhaltung angebracht ist. Die enorme Summe von rd. **70,7 Mio. €** (fortgeschriebener Ansatz, siehe Tabelle auf Seite 2) ist prioritär umzusetzen. Dies kann auch im Jahr 2023 nicht vollständig gelingen. Bei der Vielzahl von Baumaßnahmen, welche finanziert bzw. etatisiert werden, stößt die Bauverwaltung in personeller Hinsicht an ihre Grenzen, zumal vakante Stellen t. w. nur verzögert wiederbesetzt werden konnten.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja

Erläuterung Klimarelevanz
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)

In Vertretung

gez.

Wolfgang Cavelius
Stadtkämmerer

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Anlage 1a - Ermächtigungsübertragungen 2022 konsumtiv](#)
2. [Anlage 1b - Ermächtigungsübertragungen 2022 konsumtiv](#)
3. [Anlage 2a - Ermächtigungsübertragungen 2022 investiv](#)
4. [Anlage 2b - Ermächtigungsübertragungen 2022 konsumtive Auszahlungsmittel](#)

lfd. Nr.	Kostenträger	Sachkonto	Beschreibung	Übertragung aus 2021	zweckge-bundener Ertrag 2022	Bereitgestellt 2022	noch verfügbar 2022	Übertragung 2022 nach 2023	Ansatz 2023	Summe Aufwands-ermächtigung 2023
a) zweckgebundene Zuweisungen, Fördergelder, Spenden										
1	03010100	5431400	Billigkeitsleistung CO2-Messgeräte	- €	154.376,28 €	154.376,28 €	154.376,28 €	154.376,28 €	1.000	1.000
2	03010206	5317000	LZ OGS	231.379,14 €	2.429.770,54 €	3.543.846,20 €	67.898,56 €	67.898,56 €	4.000.000	4.231.379
3	03010204	5317000	Betreuungsangebote Grundschulen	280.000,00 €	41.758,50 €	605.000,00 €	425.189,20 €	0,00 €	118.000	398.000
4	03010304	5317000	LZ Geld oder Stelle	25.238,16 €	58.972,70 €	104.979,00 €	10.852,30 €	10.852,30 €	70.000	95.238
5	03010404	5317000	LZ Geld oder Stelle	23.897,31 €	109.905,25 €	127.897,31 €	8.966,02 €	8.966,02 €	207.000	230.897
6	03010604	5317000	LZ Geld oder Stelle	25.206,49 €	42.480,22 €	63.965,65 €	30.432,85 €	30.432,85 €	49.950	75.156
7	03010704	5317000	LZ Geld oder Stelle	14.769,62 €	34.598,28 €	51.169,62 €	16.571,34 €	16.571,34 €	37.400	52.170
8	03010804	5317000	LZ Geld oder Stelle	13.218,10 €	65.301,25 €	95.018,10 €	33.774,83 €	33.774,83 €	100.000	113.218
9	05010306	A050103900-5317800	Bundeszusweisungen BIWAQ/Zuwend. An Private Unternehmen	73.265,73	229.991,52	398.265,73	172.354,68	172.354,68	0	73.266
10	05010305	5399010 (früher: 5339110)	Beihilfen nach § 102 III SGB IX	54.693,36 €	50.178,00 €	145.493,36 €	104.058,95 €	63.436,95 €	91.000	145.693
11	06020101	5431400	Billigkeitsleistung CO2-Messgeräte	- €	59.032,34 €	59.032,34 €	59.032,34 €	59.032,34 €	0	0
12	06020101	5281000	Sachleistungen Familienzentrum	95.983,69 €	40.640,50 €	123.283,69 €	122.595,84 €	122.595,84 €		95.984
13	06030105	5281000	Kurse/Spenden	101.721,55 €	27.855,00 €	142.721,55 €	86.566,15 €	86.566,15 €	160.000	314.922
14			Projektbezogene Drittmittel Maßn. D. Einrichtung	49.653,61 €	89.775,29 €	55.053,61 €	90.694,90 €	90.694,90 €		
15			Elternbeiträge Fuchs	3.546,66 €	37.628,57 €	36.614,84 €	22.392,23 €	22.392,23 €		
16			OGS	- 3.561,50 €	- €	1.438,50 €	- 3.561,50 €	- 3.561,50 €		
17	06030105	5019000	13 Plus	12.640,28 €	49.243,20 €	53.040,28 €	29.543,26 €	29.543,26 €	159.600	172.240
								965.927,03	4.993.950,00	5.999.163,70

lfd. Nr.	Kostenträger	Sachkonto z.T. i. V. m. konsumtivem Auftrag	Beschreibung (kons. Auftrag oder Kostenträger-/Kontenbezeichnung)	Ansatz 2022 + Übertragung aus 2021 zzgl./abzgl. Verschiebung	verfügbar 2022	Übertragung 2022 nach 2023	Ansatz 2023	Summe Aufwands- ermächtigung 2023
b) sonstige konsumtive Ermächtigungen								
1	01010100	A010101001 / 5318800	Bezirksausschussmittel Siegen Geisweid / Zuschüsse an übrige Bereiche	9.009,92	4.749,27	4.749,27	7.500	12.249
2	01010100	A010101002 / 5318800	Bezirksausschussmittel Siegen Weidenau / Zuschüsse an übrige Bereiche	13.281,10	13.281,10	13.281,10	7.500	20.781
3	01010100	A010101003 / 5318800	Bezirksausschussmittel Siegen Ost / Zuschüsse an übrige Bereiche	10.650,00	2.650,00	2.650,00	7.500	10.150
4	01010100	A010101004 / 5318800	Bezirksausschussmittel Siegen Mitte/ Zuschüsse an übrige Bereiche	14.678,90	10.678,90	10.678,90	7.500	18.179
5	01010100	A010101005 / 5318800	Bezirksausschussmittel Siegen West/ Zuschüsse an übrige Bereiche	6.280,01	1.980,01	900,00	7.500	8.400
6	01010100	A010101006 / 5318800	Bezirksausschussmittel Siegen Eiserfeld / Zuschüsse an übrige Bereiche	9.300,07	4.140,07	4.140,07	7.500	11.640
7	01050100	5412010	Rechnungsprüfungsamt / Aufwendungen für Fortbildungen	8.000,00	5.385,00	4.000,00	8.000	12.000
8	01070100	5412010	Steuerverwaltung allgemein / Fortbildungskosten	7.500,00	2.713,01	2.700,00	2.000	4.700
9	01090100	5431050	Recht und Versicherungen / Sachverständigen-, Gerichtskosten	75.000,00	42.496,12	42.000,00	75.000	117.000
10	01100100	5412010	Personalmanagement Allgemein / Aufwendungen für Fortbildungen	282.299,35	84.313,20	82.500,00	192.600	275.100
11	01110100	5215000	Einrichtungen für die gesamte Verwaltung allg. / Unterhaltung Grundstücke und bauliche Anlagen	275.000,00	49.485,61	35.000,00	250.000	285.000
12	01120101	5291020	Organisationsberatung / Gutachter- / Beratungskosten	180.000,00	103.221,20	56.000,00	80.000	136.000
13	01120102	5291000	E-Government / Dienstleistungen	249.100,00	242.678,41	192.000,00	285.000	477.000
14	01130200	5215999	Bauunterhaltung ZGW					0
15		A011302000 - A011302100	Bauunterhaltung Schulen und sonstige Gebäude	6.298.700,00	2.212.868,11		7.826.000	7.826.000
16		davon:	Schulen	2.872.900,00	655.157,01	650.000,00	3.615.000	4.265.000
17			sonstige Gebäude	3.425.800,00	1.557.711,10	1.550.000,00	4.211.000	5.761.000

lfd. Nr.	Kostenträger	Sachkonto z.T. i. V. m. konsumtivem Auftrag	Beschreibung (kons. Auftrag oder Kostenträger-/Kontenbezeichnung)	Ansatz 2022 + Übertragung aus 2021 zzgl./abzgl. Verschiebung	verfügbar 2022	Übertragung 2022 nach 2023	Ansatz 2023	Summe Aufwands- ermächtigung 2023
18	01130200	A011302201/ 5215999	Kita Gläserstraße	6.842,76	3.265,49	3.265,49	0	3.265
19	01130200	A011302202/ 5215999	Kommlnv, Bertha-von-Suttner	72.434,78	12.052,08	12.052,08	0	12.052
20	01130200	A011302203/ 5215999	Kommlnv, Jung-Stilling-Schule, Erweiterungsbau	337.903,26	138.080,57	138.080,57	0	138.081
21	01130200	5291000	Herstellung, Unterhaltung und Abriss von Gebäuden und baulichen Anlagen / Aufw. für sonstige Dienstleistungen	317.100,00	103.550,66	100.000,00	374.100	474.100
22	02010100	5412030	Feuerschutz und techn. Hilfeleistungen / Aufwendungen für Fortbildung und Dienstreisen	60.000,00	9.390,88	2.500,00	65.000	67.500
23	03010200	5281000	Grundschulen/ Aufwendungen für sonst. Sachleistungen	505.416,15	130.469,53	130.000,00	30.350	160.350
24	03010x02	5271000	Schulen (schulformübergreifend)/ Lernmittel	673.585,08	342.075,17	150.000,00	730.000	880.000
25	04010100	5291000	Kulturförderung - Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	80.600,00	14.069,58	14.069,58	16.000	30.070
26	04010102	5291000	Kulturförderung - Stadtfest	152.000,00	31.125,19	16.469,60	152.000	168.470
27	04020100	A040201000/ 5281800	Erstellung einer "Siegener Stadtgeschichte"/ Aufwendungen für sonstige Sachleistungen	7.000,00	7.000,00	7.000,00	2.000	9.000
28	04020100	A040201000/ 5291800	Erstellung einer "Siegener Stadtgeschichte"/ Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	58.000,00	55.475,00	55.475,00	13.000	68.475
29	04020100	A040201001/ 5291800	Stadtjubiläum, Vortragsreihe mit Sammelband/ Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	6.000,00	6.000,00	6.000,00	6.000	12.000
30	04050100	A040501000/ 5215999	Oberes Schloss, Siegerlandmuseum/ Unterhaltung Gebäude	220.000,00	44.195,22	44.000,00	180.000	224.000
31	04050100	5019000	Museum - Aufwendungen für sonst. Besch.	68.100,00	21.511,59	21.500,00	58.000	79.500
32	04070100	5255000	Apollo Theater - Unterhalt. sonst. bew. Vermögen -	12.000,00	12.000,00	8.000,00	8.000	16.000

lfd. Nr.	Kostenträger	Sachkonto z.T. i. V. m. konsumtivem Auftrag	Beschreibung (kons. Auftrag oder Kostenträger-/Kontenbezeichnung)	Ansatz 2022 + Übertragung aus 2021 zzgl./abzgl. Verschiebung	verfügbar 2022	Übertragung 2022 nach 2023	Ansatz 2023	Summe Aufwands- ermächtigung 2023
33	05010200	A050102100/ 5215999 + 5241999	Sammelunterkünfte und Wohnungen/ Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung	607.958,65	100.789,78	100.000,00	628.000	728.000
34	05010303	A050103006/ 5317800	Zuweisungen für die Beratung ausländischer Mitbürger	13.800,00	13.800,00	13.800,00	13.800	27.600
35	06020102	A060201105/ 5215999	Kita Gläserstr., Sanierung Gebäude/Außenanlagen	70.073,13	8.817,64	8.800,00	0	8.800
36	06020203	5281000	Frühe Hilfen / Aufwendungen für sonstige Sachleistungen	27.000,00	24.193,83	24.190,00	15.000	39.190
37	08010100	5317000	Förderung des Breiten- und Leistungssports/Zuwendungen an Vereine	97.200,00	76.580,91	67.386,04	35.200	102.586
38	08020100	A080201000/ 5215999	Stadien und Sportplätze / Unterhaltung Gebäude	247.390,00	25.598,89	25.000,00	200.000	225.000
39	08030100	A080301000/ 5215999	Hallenbäder / Unterhaltung Gebäude	219.000,00	53.483,86	50.000,00	320.000	370.000
40	08030100	5255010	Hallenbäder / Unterhaltung von Betriebsvorrichtungen	19.000,00	16.790,93	16.000,00	1.000	17.000
41	08030200	A080302000/ 5215999	Freibäder / Unterhaltung Gebäude	460.100,00	127.264,78	120.000,00	470.000	590.000
42	09020100	5215000	Stadtentwicklung allg. / Unterhaltung Grundstücke und bauliche Anlagen	77.553,53	72.418,85	30.000,00	50.000	80.000
43	09020100	5291000	Stadtentwicklung allg. / Aufw. für sonstige Dienstleistungen	233.900,00	208.972,35	100.000,00	115.000	215.000
44	09020100	A090201112/ 5215999	Unterhaltung Gebäude/Bauunterhaltung, kons.Auftrag / RudS, 1. Bew., Erweiterung Aktives Museum	109.000,00	10.194,40	10.194,40	0	10.194
45	09020500	5291000	Verkehrsplanung allg. / Aufw. für sonstige Dienstleistungen	85.500,00	81.048,95	45.000,00	10.000	55.000
46	12010100	5291000	Verwaltung öffentlicher Verkehrsflächen allg. / Aufw. für sonstige Dienstleistungen	200.000,00	120.445,96	120.000,00	160.000	280.000
47	12020100	5215000	Gemeindestraßen allg. / Unterhaltung Grundstücke und bauliche Anlagen	171.534,76	161.622,63	160.000,00	70.000	230.000

lfd. Nr.	Kostenträger	Sachkonto z.T. i. V. m. konsumtivem Auftrag	Beschreibung (kons. Auftrag oder Kostenträger-/Kontenbezeichnung)	Ansatz 2022 + Übertragung aus 2021 zzgl./abzgl. Verschiebung	verfügbar 2022	Übertragung 2022 nach 2023	Ansatz 2023	Summe Aufwands- ermächtigung 2023
48	12020X00	5216010	Gemeinde-/Kreis-/Landesstraßen / Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze	1.091.611,14	173.415,59	170.000,00	1.090.000	1.260.000
49	12020X00	5216020	Gemeinde-/Kreis-/Landesstraßen / Unterhaltung Brücken	720.301,66	407.857,30	400.000,00	790.000	1.190.000
50	12020100	5216070	Gemeindestraßen allg. / Unterhaltung Lichtsignalanlagen	500.387,72	136.886,06	80.000,00	400.000	480.000
51	13020200	5291000	Städtische Wald- und Forstflächen allg. / Aufw. für sonstige Dienstleistungen	284.390,17	202.433,07	149.000,00	130.000	279.000
52	13030100	5412010	Friedhofs- und Bestattungswesen allg. / Aufwendungen für Fortbildung	21.000,00	10.517,53	10.517,53	7.000	17.518
53	14010100	A140101000/ 5291800	Klimaschutzmaßnahmen / Aufw.sonstige Dienstleist. m. konsumtiv. Auftrag	557.980,94	372.865,79	372.000,00	200.000	572.000
54	15010100	5291000	Wirtschaftsförderung / Aufw. für sonstige Dienstleistungen	165.000,00	146.152,28	90.000,00	125.500	215.500
55	15010100	5317000	Wirtschaftsförderung / Zuwendungen an priv. Unternehmen, Vereine	143.000,00	33.372,73	13.000,00	105.000	118.000
56	15020100	A150201000/ 5215999	Siegerlandhalle / Unterhaltung der Gebäude	1.685.000,00	771.766,21	771.700,00	750.000	1.521.700
57	15020100	5291000	Siegerlandhalle / Aufwendungen für Dienstleistungen	169.700,00	18.635,61	15.600,00	290.000	305.600
58	15020200	A150202000/ 5215999	Bismarckhalle / Unterhaltung der Gebäude	67.000,00	42.851,73	16.020,00	80.000	96.020
59	15020203	A150202003/ 5215999	Bismarckhalle Verpachtung / Unterhaltung der Gebäude	205.000,00	134.086,71	40.000,00	5.000	45.000
a) zweckgebundene Mittel:						965.927,03		
Summe der konsumtiven Aufwandsermächtigungsübertragungen						7.343.146,66		
Summe konsumtive Auszahlungsermächtigungen gem. Anlage 1a + 1b:						7.343.146,66		
Summe konsumtive Auszahlungsermächtigungen gem. Anlage 2b						3.875.495,55		
Summe der konsumtiven Auszahlungsermächtigungsübertragungen						11.218.642,21		

lfd. Nr.	Investitions-code	Kosten-träger	Investitionsbezeichnung	Bereit-gestellte Mittel 2022	zur Verfügung	Übertrag nach 2023	Ansatz 2023	Summe Ausz.-Mittel 2023 incl. beantr. Übertragung	
1	I	010201000	01020100	Verwaltungsleitung	8.326,96	5.037,98	5.000,00	6.000,00	11.000,00
2	I	010601000	01060100	Finanzmanagement	5.000,00	3.036,90	3.000,00	2.000,00	5.000,00
3	I	010602000	01060200	Zahlungsabwicklung	12.000,00	10.732,90	10.000,00	6.500,00	16.500,00
4	I	010901000	01090100	Recht und Versicherungen	7.000,00	4.656,14	2.500,00	3.500,00	6.000,00
5	I	011001000	01100100	Personalwirtschaft	30.243,97	9.622,13	2.700,00	3.000,00	5.700,00
6	I	011301001	01130100	Allgemeines Grundvermögen	742.450,58	648.947,31	631.108,16	815.000,00	1.446.108,16
7	I	011301002	01130100	Grunderwerb Gewerbeflächen	200.000,00	200.000,00	30.000,00	200.000,00	230.000,00
8	G	030101001	01130200	Gute Schule, Maßnahmen unter Wertgrenze div. Schulen	50.845,22	50.845,22	50.845,22	0,00	50.845,22
9	G	030104003	01130200	Gute Schule, GS Schießberg naturwissenschaftliche Räume	561.732,72	561.732,72	561.732,72	0,00	561.732,72
10	G	030105001	01130200	Gute Schule, Weiterbildungskolleg (ehem. HS Winch)	253.345,40	191.772,27	191.772,27	0,00	191.772,27
11	G	030106004	01130200	Gute Schule, Gym Löhrtor naturwissenschaftliche Räume	14.780,03	14.780,03	14.780,03	0,00	14.780,03
12	G	030106006	01130200	Gute Schule, FJM Erweiterung Sicherheitsbeleuchtung	36.545,32	36.545,32	36.545,32	0,00	36.545,32
13	G	030106007	01130200	Gute Schule, PPR Sportbodensanierung	36.173,72	36.173,72	36.173,72	0,00	36.173,72
14	G	030106008	01130200	Gute Schule, PPR Prallschutz und Hallentore	18.884,25	18.884,25	18.884,25	0,00	18.884,25
15	G	030106009	01130200	Gute Schule, PPR naturwissenschaftliche Räume	63.261,39	60.641,18	60.641,18	0,00	60.641,18
16	G	030106010	01130200	Gute Schule, Gymn. Löhrtor Sicherheitsbeleuchtungsanlage	11.303,50	11.303,50	11.303,50	0,00	11.303,50
17	H	011101100	01130200	RH Geisweid Archiv Ratskeller 2. BA	71.780,31	7.280,43	7.280,43	205.000,00	212.280,43
18	H	020101101	01130200	FW-Gerätehaus Oberschelden	435.593,19	224.321,61	224.321,61	0,00	224.321,61
19	H	030102103	01130200	Diesterwegschule, Erweiterungsbau	575.000,00	551.506,00	551.506,00	600.000,00	1.151.506,00
20	H	030102105	01130200	Albert-Schweitzer-Schule, Erweiterung 1. BA	1.860.000,00	105.829,01	105.829,01	0,00	105.829,01
21	H	030108008	01130200	Gesamtschule Eisfeld, Umbau Barrierefreiheit	35.000,00	35.000,00	35.000,00	0,00	35.000,00
22	H	030108101	01130200	Bertha-von-Suttner Gesamtschule, Aufenthaltsraum	112.000,00	30.582,58	30.582,58	0,00	30.582,58
23	H	030108102	01130200	Bertha-von-Suttner Gesamtschule, Erweiterung BMA	126.365,53	66.363,88	66.363,88	0,00	66.363,88
24	H	080201100	01130200	Leimbachstadion, Neubau WC-Anlage	176.000,00	164.588,75	164.588,75	166.000,00	330.588,75
25	H	080301100	01130200	Erweiterung und Sanierung Hallenbad Weidenau	1.304.500,00	1.156.864,67	1.156.864,67	1.500.000,00	2.656.864,67

lfd. Nr.	Investitions-code	Kosten-träger	Investitionsbezeichnung	Bereit-gestellte Mittel 2022	zur Verfügung	Übertrag nach 2023	Ansatz 2023	Summe Ausz.-Mittel 2023 incl. beantr. Übertragung
26	I 011302101	01130200	Hochbaumaßnahmen u. Betriebsvor. unter Wertgrenze	89.900,00	46.064,61	29.600,00	75.000,00	104.600,00
27	I 030100000	01130200	Schulbaumaßnahmen unter der Wertgrenze	172.000,00	45.324,00	14.300,00	292.000,00	306.300,00
28	K 030102001	01130200	Jung-Stilling-Schule, Erweiterungsbau	5.525.000,00	2.270.724,61	2.270.724,61	50.000,00	2.320.724,61
29	K 030106001	01130200	Komplettsanierung Rundsporthalle, Gym. Auf der Morgenröthe	1.795.000,00	491.766,96	491.766,96	50.000,00	541.766,96
30	K 030108005	01130200	Bertha-von-Suttner-GES, Umbau Barrierefreiheit	257.725,74	143.411,60	143.411,60	0,00	143.411,60
31	T 030102102	01130200	Montessorischule, Schulhoferneuerung	155.000,00	154.298,77	154.298,77	0,00	154.298,77
32	V 011302100	01130200	Photovoltaikanlagen auf städt. Gebäuden	295.000,00	244.738,01	244.738,01	250.000,00	494.738,01
33	I 020101000	02010100	Feuerschutz u. techn. Hilfeleistung	40.388,95	8.261,33	8.000,00	200.000,00	208.000,00
34	I 020101011	02010101	Alarmsystem	544.534,58	540.639,43	521.000,00	300.000,00	821.000,00
35	I 020101013	02010101	Maschinen und Geräte-FW	104.292,18	14.758,42	9.000,00	80.000,00	89.000,00
36	V 020101010	02010101	Fahrzeuge Feuerwehr	968.781,60	826.911,90	822.986,15	638.000,00	1.460.986,15
37	V 020201010	02020101	Fahrzeuge Rettungsdienst	1.151.329,26	1.052.234,57	1.047.845,46	0,00	1.047.845,46
38	I 020503000	02050300	Regelung d. Aufenth. v. Ausländern/Büromöbel	29.300,00	24.248,30	9.000,00	22.000,00	31.000,00
39	V 030102102	03010200	Jung-Stilling-Schule, Ausstattung Erweiterungsbau	120.000,00	120.000,00	120.000,00	0,00	120.000,00
40	V 030102104	03010200	Albert-Schweitzer-Schule, Ausstattung Containerbau	80.000,00	8.206,99	4.373,50	0,00	4.373,50
41	I 030102021	03010202	WLAN-Ausbau Grundschulen	166.115,14	113.542,28	73.000,00	70.000,00	143.000,00
42	I 030102023	03010202	Maßnahmen Digitalpakt Grundschulen	45.000,00	45.000,00	45.000,00	133.900,00	178.900,00
43	I 030104023	03010402	Maßnahmen Digitalpakt Realschulen	96.700,00	96.700,00	96.700,00	96.700,00	193.400,00
44	I 030106020	03010602	Medienentwicklungsplanung Gymnasien	152.300,00	94.760,85	47.000,00	120.000,00	167.000,00
45	I 030106023	03010602	Maßnahmen Digitalpakt Gymnasien	1.326.700,00	1.272.808,25	1.272.808,25	524.100,00	1.796.908,25
46	V 030108102	03010800	Gesamts. A.d.Schießberg, Naturwissenschaftl. Raum	180.000,00	180.000,00	180.000,00	0,00	180.000,00
47	I 030108010	03010800	Mobiliar Gesamtschulen	65.000,00	60.237,43	60.000,00	25.000,00	85.000,00
48	I 030108023	03010802	Maßnahmen Digitalpakt Gesamtschulen	1.279.100,00	1.019.918,54	1.019.918,54	640.600,00	1.660.518,54
49	V 030108021	03010802	Netzwerk Gesamtschule Auf dem Schießberg	11.200,00	11.200,00	11.200,00	0,00	11.200,00
50	I 040101000	04010100	Kultur-Veranstaltungen und Einrichtungen - Bibliothek - Inbetriebnahme Sicherungsgates	30.650,00	18.684,03	18.000,00	31.000,00	49.000,00
51	I 040301000	04030100	RFID	37.871,26	20.232,90	8.300,00	45.500,00	53.800,00
52	I 040501000	04050100	Museum	110.000,00	67.443,93	67.000,00	107.000,00	174.000,00
53	V 040501100	04050100	Museum - Lüftungsanlage Bischofhaus -	130.000,00	98.600,00	98.600,00	388.000,00	486.600,00
54	I 040601000	04060100	Musikschule - Instrumentenbeschaffung	57.400,00	3.885,07	3.800,00	6.000,00	9.800,00

lfd. Nr.	Investitions-code	Kosten-träger	Investitionsbezeichnung	Bereit-gestellte Mittel 2022	zur Verfügung	Übertrag nach 2023	Ansatz 2023	Summe Ausz.-Mittel 2023 incl. beantr. Übertragung	
55	I	040701000	04070100	Apollo Theater	160.000,00	110.118,87	87.000,00	185.000,00	272.000,00
56	I	060101000	06010100	Hilfe für junge Menschen und ihre Familien	12.320,96	10.710,15	10.700,00	23.500,00	34.200,00
57	H	060201106	06020100	Kita Breitscheidstr., Umbau ehem. Hüttentalschule	629.500,00	579.919,82	340.000,00	0,00	340.000,00
58	H	060201116	06020100	Hüttenstraße, Brückenprojekt Kinderbetreuung	457.000,00	237.542,28	237.542,28	0,00	237.542,28
59	H	060201119	06020100	Kita Waldesruh, Vereinsnutzung – Brandschutz	57.000,00	56.345,50	56.345,50	0,00	56.345,50
60	H	060201100	06020100	Kita Waldesruh, Erweiterung um 2 Gruppen	74.000,00	59.033,66	10.000,00	0,00	10.000,00
61	H	060201105	06020100	Kita Gläserstr., Erneuerung Innen- u. Außenbereich	25.354,68	17.674,19	17.600,00	0,00	17.600,00
62	H	060201117	06020100	Stadtteilzentrum Lindenberg	30.000,00	25.264,41	25.200,00	0,00	25.200,00
63	I	060202000	06020200	Frühe Hilfen für Familien allgem.	18.321,00	3.914,80	3.900,00	10.000,00	13.900,00
64	I	080101000	08010100	Förderung Breiten- und Leistungssport	7.064,33	6.654,42	6.000,00	1.500,00	7.500,00
65	I	080201000	08020100	Stadien und Sportplätze	42.435,67	32.664,14	32.000,00	20.000,00	52.000,00
66	V	080201107	08020100	LED-Technik Flutlicht Kaan Marienborn	36.000,00	36.000,00	32.000,00	0,00	32.000,00
67	V	080201108	08020100	Rekonstruktion Naturrasen Leimbachstadion	125.000,00	8.813,60	8.000,00	0,00	8.000,00
68	I	080302000	08030200	Freibäder	30.000,00	20.804,75	8.000,00	10.000,00	18.000,00
69	H	090201140	09020100	RudS,4.Bew., Rathaus Oberstadt, Barrierefreiheit	629.220,62	490.983,39	490.983,39	0,00	490.983,39
70	H	090201150	09020100	RudS, 5.Bew., Bunker Burgstraße (Planungskosten)	515.000,00	515.000,00	16.000,00	0,00	16.000,00
71	H	090201151	09020100	RudS, 5. Bew., Öffentliche WC-Anlage Schlosspark	5.000,00	5.000,00	5.000,00	420.000,00	425.000,00
72	H	090201200	09020100	DIEK, Bürgerhaus Seelbach, Außensanierung	90.000,00	30.748,60	29.000,00	0,00	29.000,00
73	T	090201080	09020100	Erfahrungsfeld Fischbacherberg	1.092.300,00	416.801,47	416.800,00	50.000,00	466.800,00
74	T	090201087	09020100	Dr.-Dudziak-Park Programm Stadtumbau West	35.000,00	14.418,19	14.400,00	0,00	14.400,00
75	T	090201088	09020100	Siegen zu neuen Ufern- Neugestaltung Herrengarten	1.600.000,00	1.165.557,28	1.165.500,00	2.180.000,00	3.345.500,00

lfd. Nr.	Investitions-code	Kosten-träger	Investitionsbezeichnung	Bereit-gestellte Mittel 2022	zur Verfügung	Übertrag nach 2023	Ansatz 2023	Summe Ausz.-Mittel 2023 incl. beantr. Übertragung
76	T 090201134	09020100	RudS, 3.Bew., Wiederherstellung Schlosspark	994.300,00	134.782,91	73.400,00	0,00	73.400,00
77	T 090201141	09020100	RudS, 5.Bew., Stadtmauer 4.BA	150.000,00	146.169,03	58.000,00	0,00	58.000,00
78	T 090201153	09020100	RudS, 5.Bew., Erweiterung Schlosspark Mehrkosten	204.000,00	204.000,00	23.000,00	0,00	23.000,00
79	T 090201160	09020100	RudS, 6. Bew., Stadtmauer 6. BA	122.654,90	34.435,07	34.435,07	1.085.000,00	1.119.435,07
80	T 090201170	09020100	RudS, 7. Bew., Stadtmauer 7. BA	171.000,00	171.000,00	171.000,00	8.000,00	179.000,00
81	T 090201180	09020100	RudS, 7. (vorher 8.) Bew., Stadtmauer 8. BA	60.000,00	60.000,00	60.000,00	8.000,00	68.000,00
82	T 090201200	09020100	Dorffinnenentwicklungskonzept Seelbach/Trupbach	50.000,00	42.865,92	42.000,00	95.000,00	137.000,00
83	I 100101000	10010100	Wohnraumförderung	11.330,46	8.200,00	8.200,00	1.000,00	9.200,00
84	I 110101001	11010100	Müllgefäße	51.000,00	12.085,93	10.000,00	35.000,00	45.000,00
85	V 110101001	11010100	Fahrzeuge Abfallentsorgung	2.576.655,11	1.455.379,08	1.450.000,00	390.000,00	1.840.000,00
86	H 120101000	12010100	Radabstellanlagen an Bahnhöfen	535.500,00	430.397,77	430.000,00	110.000,00	540.000,00
87	V 120101001	12010100	Fahrzeuge Straße und Verkehr	433.000,00	393.349,72	393.000,00	250.000,00	643.000,00
88	I 120201000	12020100	Ausbau von Gemeindestraßen	658.321,73	397.056,86	395.000,00	400.000,00	795.000,00
89	I 120201002	12020100	Verkehrssignalanlagen	263.195,61	103.092,87	100.000,00	500.000,00	600.000,00
90	I 120201100	12020100	Parkscheinautomaten	260.000,00	260.000,00	260.000,00	0,00	260.000,00
91	T 120201023	12020100	Adolf-Wurmbach-Straße	10.000,00	10.000,00	10.000,00	0,00	10.000,00
92	T 120201092	12020100	Gewerbegebiet Martinshardt und Leimbachtal	110.000,00	27.020,60	13.000,00	0,00	13.000,00
93	T 120201096	12020100	Ausbau Ludwig- Kenter-Straße	120.000,00	120.000,00	120.000,00	0,00	120.000,00
94	T 120201102	12020100	Erschließung Ober dem Feldgarten	360.000,00	360.000,00	358.000,00	50.000,00	408.000,00
95	T 120201112	12020100	Neubau Radweg Siegufer bis Heeserstraße	354.000,00	340.899,84	340.000,00	0,00	340.000,00
96	T 120201117	12020100	Neubau Radweg Siegtal IV, Niederschelden Siegauen	50.000,00	45.597,00	45.597,00	0,00	45.597,00
97	T 120201118	12020100	Neubau Ufermauer An der Alche	820.400,00	41.190,87	30.000,00	0,00	30.000,00
98	T 120201121	12020100	Ausbau Haardtstraße	96.000,00	86.259,01	86.000,00	0,00	86.000,00
99	T 120201126	12020100	Ausweiche Zum Pocheweiher	10.000,00	7.750,90	7.750,90	90.000,00	97.750,90
100	T 120203097	12020300	Ausbau L533 Siegerner Straße	85.000,00	85.000,00	85.000,00	200.000,00	285.000,00
101	T 120203100	12020300	Neubau Brücke 3001 Koblenzer Straße	1.031.900,00	269.861,44	269.850,00	250.000,00	519.850,00
102	T 120204083	12020400	B 62 Eiserfelder Straße 2.BA	1.500.000,00	581.903,35	315.000,00	0,00	315.000,00
103	T 120204084	12020400	Kreisverkehr Schleifmühlchen	1.875.000,00	1.765.997,37	250.000,00	2.308.000,00	2.558.000,00
104	I 120301001	12030100	Ausrüstung Straßenreinigung	6.700,00	6.417,59	5.000,00	9.000,00	14.000,00
105	V 120301001	12030100	Fahrzeuge Straßenreinigung	324.044,89	190.173,72	190.173,72	0,00	190.173,72
106	V 120301002	12030100	Aufbauten Fahrzeuge Winterdienst	186.000,00	16.544,00	16.000,00	60.000,00	76.000,00
107	I 130101000	13010100	Öffentliches Grün	219.237,08	100.149,85	79.000,00	220.000,00	299.000,00

lfd. Nr.	Investitions-code	Kosten-träger	Investitionsbezeichnung	Bereit-gestellte Mittel 2022	zur Verfügung	Übertrag nach 2023	Ansatz 2023	Summe Ausz.-Mittel 2023 incl. beantr. Übertragung
108	I	130101001	13010103 Öffentliches Grün- Aktion 800 Bäume für Siegen	8.074,31	2.306,18	2.306,18	0,00	2.306,18
109	I	130101002	13010102 Kinderspielplätze	370.000,00	163.950,95	160.000,00	200.000,00	360.000,00
110	I	130101003	13010100 Spielgeräte auf Schulhöfen	117.000,00	113.208,70	110.000,00	70.000,00	180.000,00
111	I	130101100	13010100 Kleingartenanlagen	45.000,00	36.164,84	36.000,00	20.000,00	56.000,00
112	V	130101004	13010100 Fahrzeuge Grünflächen	111.954,45	99.068,31	99.000,00	180.000,00	279.000,00
113	I	130202000	13020200 Städtische Wald- und Forstflächen	18.894,22	9.756,79	9.000,00	17.000,00	26.000,00
114	T	130203001	13020300 Renaturierung Pocheweiher	30.000,00	30.000,00	30.000,00	0,00	30.000,00
115	T	130203013	13020300 Verrohrung Sohlbach, Brücke 3083	100.000,00	100.000,00	100.000,00	240.000,00	340.000,00
116	T	130203088	13020300 Wehrrückbau Weiß Lothar-Irle-Straße	1.293.000,00	67.539,96	15.312,93	0,00	15.312,93
117	T	130203089	13020300 Weiß, Renaturierung im Bereich Haus der Musik	20.000,00	20.000,00	20.000,00	450.000,00	470.000,00
118	T	130203094	13020300 Deichanlage Siegufer Niederschelden	150.000,00	58.685,36	55.000,00	500.000,00	555.000,00
119	I	130301000	13030100 Friedhofs- und Bestattungswesen	303.900,00	146.377,29	121.000,00	228.000,00	349.000,00
120	V	130301001	13030100 Fahrzeuge Bestattungswesen	506.126,97	143.951,92	143.000,00	125.000,00	268.000,00
121	I	140101001	14010101 Klimaschutzmaßnahmen	624.987,78	529.935,89	529.900,00	101.000,00	630.900,00
122	I	150101000	15010100 Wirtschaftsförderung	1.800,00	1.800,00	1.800,00	300,00	2.100,00
123	V	150101004	15010100 Projekt Redidron (ehem. Kodrona)	255.000,00	255.000,00	25.000,00	0,00	25.000,00
124	V	150201003	15020100 Siegerlandhalle, LGS, Audioanlage	92.536,49	92.536,49	92.536,49	0,00	92.536,49
125	I	150202000	15020200 Bismarckhalle	7.000,00	7.000,00	7.000,00	10.000,00	17.000,00
126	V	150202001	15020200 Bismarckhalle, Notstromaggregat	55.000,00	55.000,00	55.000,00	0,00	55.000,00
127	I	150401000	15040100 Märkte	101.200,00	66.277,90	52.500,00	40.200,00	92.700,00
				45.345.652,06	27.051.762,08	23.306.428,61	18.802.300,00	42.108.728,61

Kosten-träger	Sach-konto	Produktbeschreibung	Kontobeschreibung	Ansatz 2022 + Übertragung aus 2021 zzgl. / abzgl. Verschiebung	zur Verfügung	Übertrag nach 2023	Ansatz 2023	Summe Ausz.-Mittel 2023
01060100	2811726/ 7291000	Finanzmanagement	Sonst. Rückstellung GPA- Prüfung § 105, Auszahlung für sonst. Dienstleistungen	107.000,00	54.860,00	51.100,00	0,00	51.100,00
01130200	2710006/ 7215090	Herstellung u. Unterhaltung v. Gebäuden u. baul. Anlagen	Instandhaltungsrückstellungen Gebäude	851.308,73	766.163,04	703.800,00	700.000,00	1.403.800,00
01130200	2811706/ 7215080	Herstellung u. Unterhaltung v. Gebäuden u. baul. Anlagen	Sonstige Rückstellungen für Verpflichtungen	2.260.926,72	1.509.501,69	1.455.300,00	1.100.000,00	2.555.300,00
02010101	2811606/ 7421000	Brandschutz, technische Hilfeleistung und Katastrophenschutz allg.	Sonstige Rückstellung Treueprämie FFW	61.600,00	39.008,34	39.000,00	50.000,00	89.000,00
05010200	2811706/ 7215080	Hilfen nach dem AsylbLG allg.	Sonstige Rückstellungen für Verpflichtungen	14.000,00	14.000,00	14.000,00	0,00	14.000,00
05010200	2811906/ 7499040	Hilfen nach dem AsylbLG allg.	Andere sonstige Rückstellun- gen (Rückzahlung FlüAG- Pauschale)	60.620,00	60.620,00	60.620,00	0,00	60.620,00
08020100	2710006/ 7215090	Sportplätze und Stadien	Instandhaltungsrückstellungen Gebäude	146.800,00	146.800,00	146.800,00	0,00	146.800,00
08030100	2710006/ 7215090	Hallenbäder	Instandhaltungsrückstellungen Gebäude	336.200,00	336.200,00	336.200,00	0,00	336.200,00
12020100	2811736/ 7216090	Gemeindestraßen	Sonstige Rückstellung Beteiligungsmaßnahmen Straßen	741.152,54	741.152,54	741.152,54	0,00	741.152,54
12020200	2811736/ 7216090	Kreisstraßen	Sonstige Rückstellung Beteiligungsmaßnahmen Straßen	327.523,01	327.523,01	327.523,01	0,00	327.523,01
Summe "konsumtive" Auszahlungsmittel, Rückstellungen:					3.995.828,62	3.875.495,55	1.850.000,00	5.725.495,55

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4

Siegen, 31.05.2023

Bereich: Straße- und Verkehr

Bearbeitet von: Frau Bauman, Herr Thomas, Herr Hinkel

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Bauausschuss	14.06.2023
Haupt- und Finanzausschuss	23.08.2023
Rat	06.09.2023

Kurzbezeichnung:

Straßenmanagementsystem - Straßenzustandserfassung; Fortschreibung Sanierungs- und Bauprogramm für Straßen und Brücken; Straßen- und Wegekonzept für das Kommunalabgabengesetz NRW

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Neuerfassung des Zustands für Straßen, Straßenmanagementsystem, gemäß §29 KomHVO NRW alle 10 Jahre, für das Jahr 2026.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, die in Anlage 1 aufgeführte Prioritätenliste für die Abarbeitung von Deckenerneuerungen für die Jahre 2025 bis 2029, abhängig vom Planungs- und Finanzierungsstand, sowie der Personaldecke.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, die in Anlage 2 aufgeführte Prioritätenliste für die Abarbeitung des Bauprogramms für die Jahre 2025 bis 2029, abhängig vom Planungs- und Finanzierungsstand, sowie der Personaldecke.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, die in Anlage 3 aufgeführte Prioritätenliste als Straßen- und Wegekonzept für das Kommunalabgabengesetz NRW.

Sachverhalt / Begründung:

Vorgeschichte

Mit den Vorlagen 2358/2009 und 239/2010 sind erstmalig Prioritätenlisten durch den Rat der Universitätsstadt Siegen beschlossen worden. Die in diesen Vorlagen aufgeführten 50 Straßen- und 7 Brückenmaßnahmen wurden umgesetzt.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragte am 09.03.2011 die Verwaltung ein Erhaltungsmanagementsystem und die damit einhergehende Zustandserfassung der Straßen neu aufzustellen. Mit der Vorlage 2523/2019 wurden die Ergebnisse der Zustandserfassung und das Erhaltungsmanagementsystem vorgestellt und mit einer Fortschreibung der Prioritätenlisten beschlossen.

Die Ergebnisse dieser Zustandserfassung bilden die fachliche Basis der Prioritäten im Bereich der Instandhaltung sowie für das Bauprogramm im Straßenneubau.

Prioritätenlisten Deckenerneuerungen und Bauprogramm 2023

Für die Aufstellung bzw. Fortschreibung der Prioritätenlisten sind neben der sachlich, fachlichen Grundlage der Zustandserfassung verschiedene weitere Einflussfaktoren zu berücksichtigen, weshalb die Prioritätenlisten der Deckenerneuerungen (Anlage 1) und des Bauprogramms (Anlage 2) nicht deckungsgleich mit den Ergebnissen der Zustandserfassung sind.

Die Prioritäten berücksichtigen dabei die Maßnahmen aller Ver- und Entsorger, die jährlich aktualisiert über das Jahresbauprogramm koordiniert und abgestimmt werden.

Ebenso werden die zeitlichen Abläufe der Baumaßnahmen anderer Baulastträger berücksichtigt, die Einfluss auf die verkehrlichen Abläufe im Stadtgebiet haben.

Eine weitere Einflussgröße sind die Finanzierbarkeiten durch beispielsweise Zuwendungen und deren Bewilligungen.

In den vergangenen Jahren erschwerte zudem der Fachkräftemangel eine mittelfristige Zeitplanung deutlich. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, Fachkräfte zu gewinnen und Fachkräfte zu halten, ist die Entwicklung und die Erweiterung der Angebote der Stadtverwaltung als familienfreundlicher Arbeitgeber positiv.

Allerdings ergeben sich durch das Angebot des Mobilen Arbeitens und auch die höhere Anzahl von Teilzeitkräften neue Arbeitsabläufe und damit einhergehend die Digitalisierungsstrategie der Stadtverwaltung.

Gerade im Straßenbau sind die Projektakten enorm umfangreich. Alle Daten und Unterlagen müssen für die Kollegen digital und zentral bereitgestellt werden. Hierfür sind die Grundlagen zu erarbeiten und bereitzustellen. Die Erfahrungen der angeordneten Heimarbeit während der Pandemie bilden für Straße und Verkehr aktuell die Grundlagen für die Aufarbeitung neuer Arbeitsabläufe, um den aktuell hohen Koordinierungsaufwand der Führungskräfte zu reduzieren.

Inventur / Neuerfassung des Zustands für Straßen und Fortschreibung des Erhaltungsmanagements

Aufgrund einer Änderung der Kommunalen Haushaltsverordnung ist eine Zustandserfassung nicht mehr wie bisher alle 5 Jahre notwendig, der Zeitraum einer Neuerfassung ist auf 10 Jahre ausgeweitet worden.

Folglich ergibt sich eine Änderung zur Vorlage 2523/2019 in der eine erneute Zustandserfassung für das Jahr 2021 beschlossen wurde.

Die nächste Zustandserfassung ist für das Jahr 2026 vorgesehen.

Straßen- und Wegekonzept für das Kommunalabgabengesetz NRW (KAG)

Über die Förderrichtlinie Straßenausbaubeiträge können die beitragspflichtigen Grundstückseigentümer finanziell entlastet werden. Voraussetzung für die Beantragung von Zuwendungen bei KAG – Maßnahmen ist ein politisch beschlossenes Straßen- und Wegekonzept, welches eine mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung abdeckt. Das Konzept ist bei Bedarf, jedoch mindestens alle zwei Jahre, fortzuschreiben.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
-	-	-	-	

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode - Sachkonto -
-	-		-	

Klimaschutz

Klimarelevanz <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input checked="" type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

--

In Vertretung

gez.

Henrik Schumann
Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Anlage 1 Deckenprogramm 2024 bis 2029](#)
2. [Anlage 2 Straßenbauprogramm 2024 bis 2029](#)
3. [Anlage 3 Straßen- und Wegekonzept 2024 bis 2029](#)

Straße	Art der Sanierung	Abschnitt	Jahr
Koblenzer Straße	Deckensanierung	Koch`s Ecke bis Obergraben	2024
Achenbacher Straße	Deckensanierung	Achenbacher Furt bis OD nach Gosenbach	2024
Gießereistraße	Tragdeckschicht (abhängig Beprobung)	Gesamt	2024
Oranienstraße	Pflasteroberbau, Ecoprec	Gesamt	2024
Birlenbacherstraße	Asphaltoberbau Förderantrag gemäß FöRi-kom-Stra	Haus-Nr. 37 bis 112	2024
Frankfurter Straße	Binder und Decke	Haus-Nr. 101 bis obere Einmündung Idsteiner Straße/OD	2024
Seelbacher Weg	Tragdeckschicht	Trupbacher Straße bis Radweg	2024
Untere Dorfstraße	Asphaltoberbau Förderantrag gemäß FöRi-kom-Stra	Hausnummer 23 bis 109	2024
Stockweg / Tiefenbacher Straße	Binder und Decke Förderantrag mit Straßen NRW	Einmündung Schultestraße - Kreuzung K4/K5 - Tiefenbacher Str. OD	2025
Allensteiner Straße	Deckensanierung	Kreisel Ypernstraße bis Einmündung Gleiwitzer Straße	2025
Am Eichenhang	Decke und Binder	Hochschulstraße bis HTS	2025
Buchener Straße (aus Liste 2009-13)	Deckensanierung	bis Ongelsgrob	2025
Eiserntalstraße	Decke und Binder	Eiserfelder Hütte bis 161	2025
Eiserntalstraße	Decke und Binder	Am Tiefbau Schulstraße, 3 Teilabschnitte	2025
Im Söntchen	Deckensanierung	komplette Länge ca. 330 m inkl. Wende	2025
Zum Wildgehege	Sanierung in Tragdeckschicht	Geisweider Straße bis Ludwig-Kenter-Straße	2025
Adolf-Sänger Straße	Tragdeckschicht	Ziegeleistraße bis Elsa-Brandström-Straße	2026
Hauptmarkt	Deckensanierung	Fahrspur vor dem Mehrfamilienhaus	2026
Münkershütten	Deckensanierung	PP Wagner bis Bismarckstraße	2026
Ziegeleistraße	Tragdeckschicht	Tannenburgstraße bis Ulmenweg	2026
Wetzlarer Straße	Tragdeckschicht (abhängig Beprobung)	Gesamt	2026
Hainer Hütte	Asphaltoberbau Förderantrag gemäß FöRi-kom-Stra	Giersbergstraße bis Am Jähen Hain	2027
Lothar-Irle-Straße	Deckensanierung	Gesamt	2027
Tiergartenstraße	Asphaltoberbau Förderantrag gemäß FöRi-kom-Stra	LSA bis Freudenberger Straße, ca. 620 m	2027
Sohlbacher Straße	Binder und Decke Förderantrag	Geisweider Str. bis einschl Bachstr.	2028
Sohlbacher Straße	Binder und Decke Förderantrag	Altenzentrum bis Am Rückelchen	2028
Rosterstraße	Asphaltoberbau Förderantrag gemäß FöRi-kom-Stra	Hermann Klaas Str. bis OD	2028
Fischbacherbergstraße	Decke und Binder Förderantrag	Diemstraße bis Hubertusweg	2029
Freudenberger Straße	Deckensanierung	Galerie bis Tiergartenstraße	2029
Giersbergstraße	Deckensanierung	Hohler Weg bis Batterieweg	2029
Hamburgstraße	Tragdeckschicht	Friedrich-Wilhelm-Straße bis Am Schwarzen Barth?	2029

Alle Kalkulationen ohne Bohrkernbefunde. Preisbildung aktuell. Preisentwicklung Folgejahre berücksichtigt.

Straßenbaumaßnahmen

Lfd.Nr.	Straßenname	Abschnitt von - bis	Konkrete Straßenausbaumaßnahme	Jahr
1	Hengsbachstraße	Gesamt	Neubau	2024/2025
2	Siegener Straße	Gesamt	Neubau	2025
3	Haardtstraße	Gesamt	Neubau	2025
4	Ludwig-Kenter-Straße	Gesamt	Neubau	2025
5	Im Samelsfeld	Gesamt	Neubau	2025
6	Maccostraße Teilstück	Gesamt	Neubau	2025
7	Am Winkel / Schmittenberg	Gesamt	Neubau	2026
8	Trupbacherstraße	Gesamt	Neubau	2026
9	Heckenbergstraße	Gesamt	Neubau	2027
10	Vor den Birken	Gesamt	Neubau	2027
11	Oberschelder Straße	Gesamt	Neubau	2028
12	Spandauer Straße / Frankfurter Straße	Gesamt	Neubau	2028
13	Hagener Straße	Gesamt	Neubau	2028
14	Dreisbacher Straße	Gesamt	Neubau	2029
15	Höllenwaldstraße	Gesamt	Neubau	2029
16	Heuper Straße	Gesamt	Neubau	2029

Brückenbaumaßnahmen

Lfd.Nr.	Straßenname	Abschnitt von - bis	Konkrete Straßenausbaumaßnahme	Jahr
1	Hubacher Weg	Gesamt	Neubau	2024
2	Berliner Straße	Gesamt	Neubau	2025
3	Achenbacher Straße	Gesamt	Neubau	2025

a) Geplante voraussichtlich beitragsfreie Straßenunterhaltungsmaßnahmen

Die nachfolgende Tabelle bezieht sich auf den 5-jährigen Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung. Die geplanten Unterhaltungsmaßnahmen unterliegen voraussichtlich nicht der anteiligen Finanzierung durch Grundstückseigentümer.

Lfd.Nr.	Straßenname	Abschnitt von - bis	Geplante Unterhaltungsmaßnahme	Jahr
1	Koblenzer Straße	Koch's Ecke bis Obergraben	Deckensanierung	2024
2	Achenbacher Straße	Achenbacher Furt bis OD Gosenbach	Deckensanierung	2024
3	Gießereistraße	Gesamt	Tragdeckschicht	2024
4	Oranienstraße	Gesamt	Pflasteroberbau	2024
5	Birlenbacherstraße	Haus-Nr. 37 bis 112	Asphaltoberbau	2024
6	Frankfurter Straße	Haus-Nr. 101 bis obere Einmündung Idsteiner Straße/OD	Decken- und Bindersanierung	2024
7	Seelbacher Weg	Trupbacher Straße bis Radweg	Tragdeckschicht	2024
8	Untere Dorfstraße	Hausnummer 23 bis 109	Asphaltoberbau	2024
9	Stockweg / Tiefenbacher Straße	Einmündung Schultestraße - Kreuzung K4/K5 - Tiefenbacher Str. OD	Decken- und Bindersanierung	2025
10	Allensteiner Straße	Kreisel Ypernstraße bis Einmündung Gleiwitzer Straße	Deckensanierung	2025
11	Am Eichenhang	Hochschulstraße bis HTS	Decken- und Bindersanierung	2025
12	Buchener Straße	bis Ongelsgrub	Deckensanierung	2025
13	Eiserntalstraße	Talsbachstraße bis 161	Asphaltoberbau	2025
14	Eiserntalstraße	Am Tiefbau Schulstraße, 3 Teile	Decken- und Bindersanierung	
15	Im Söntchen	komplette Länge ca. 330 m inkl. Wende	Deckensanierung	2025
16	Zum Wildgehege	Geisweider Straße bis Ludwig-Kenter-Straße	Sanierung in Tragdeckschicht	2025
17	Adolf-Sänger Straße	Ziegeleistraße bis Elsa-Brandström-Straße	Tragdeckschicht	2026
18	Hauptmarkt	Fahrspur vor dem Mehrfamilienhaus	Deckensanierung	2026
19	Münkershütten	Parkplatz Wagner bis Bismarckstraße	Deckensanierung	2026
20	Ziegeleistraße	Tannenburgstraße bis Ulmenweg	Tragdeckschicht	2026
21	Wetzlarer Straße	Gesamt	Tragdeckschicht	2026
22	Hainer Hütte	Giersbergstraße bis Am Jähen Hain	Asphaltoberbau	2027
23	Lothar-Irle-Straße	Gesamt	Deckensanierung	2027
24	Tiergartenstraße	LSA bis Freudenberger Straße	Asphaltoberbau	2027
25	Sohlbacher Straße	Geisweider Str. bis einschl. Bachstr.	Decken- und Bindersanierung	2028
26	Sohlbacher Straße	Altenzentrum bis x Am Rückelchen	Decken- und Bindersanierung	2028
27	Rosterstraße	Hermann Klaas Str. bis OD	Asphaltoberbau	2028
28	Fischbacherbergstraße	Diemstraße bis Hubertusweg	Decken- und Bindersanierung	2029
29	Freudenberger Straße	Galerie bis Tiergartenstraße	Deckensanierung	2029
30	Giersbergstraße	Hohler Weg bis Batterieweg	Deckensanierung	2029
31	Hambergstraße	Friedrich-Wilhelm-Straße bis Am Schwarzen Barth	Deckensanierung	2029

b) Beabsichtigte beitragspflichtige Straßenbaumaßnahmen

Die nachfolgende Tabelle bezieht sich auf den 5-jährigen Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und benennt die derzeit vorgesehenen grundhaften Erneuerungen oder Verbesserungen an Straßen, Wegen, Plätzen, die eine Beitragspflicht auslösen.

Lfd.Nr.	Straßenname	Abschnitt von - bis	Konkrete Straßenausbaumaßnahme	Jahr
1	Siegener Straße	Gesamt	Neubau	2025
2	Haardtstraße	Gesamt	Neubau	2025
3	Ludwig-Kenter-Straße	Gesamt	Neubau	2025
4	Im Samelsfeld	Gesamt	Neubau	2025
5	Am Winkel / Schmittenberg	Gesamt	Neubau	2026
6	Trupbacherstraße	Gesamt	Neubau	2026
7	Heckenbergstraße	Gesamt	Neubau	2027
8	Vor den Birken	Gesamt	Neubau	2027
9	Oberschelder Straße	Gesamt	Neubau	2028
10	Spandauer Straße / Frankfurter Straße	Gesamt	Neubau	2028
11	Hagener Straße	Gesamt	Neubau	2028
12	Dreisbacher Straße	Gesamt	Neubau	2029
13	Höllenwaldstraße	Gesamt	Neubau	2029
14	Heuper Straße	Gesamt	Neubau	2029



An die Universitätsstadt Siegen
Herrn Bürgermeister
Steffen Mues
Rathaus Siegen
Markt 2

EINGANG BÜRGERMEISTER	
22. Aug. 2023	
GB	PR
Abt.	INSTITUTE

Handwritten: 4, 4/1

57072 Siegen

Datum:

22.08.2023

Antrag zum Tagesordnungspunkt 12.

„Straßenmanagementsystem – Straßenzustandserfassung; Fortschreibung Sanierungs- und Bauprogramm für Straßen und Brücken; Straßen- und Wegekonzept für das Kommunalabgabengesetz NRW“ der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 23.08.2023.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,

die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Universitätsstadt Siegen bitten, nachfolgenden Antrag unter dem TOP 12. der o.g. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zur Abstimmung zu stellen:

Beschlussvorschlag:

Die in VL 1428/2023 / Anlage 1 aufgeführte Prioritätenliste für die Abarbeitung der Deckenerneuerungen für die Jahre 2025 – 2029, wird wie folgt geändert:

Die geplante Sanierung der Tragdeckschicht in der Hambergstraße wird über die Bergkuppe hinaus, bis zum Ende der Hambergstraße = Beginn der Straße: „In der Winchenbach“ erweitert und endet nicht, wie in der Anlage aufgeführt, bereits bei der Einmündung zur Straße „Am Schwarzen Barth“.

Begründung:

In diesem abschüssigen Bereich schlägt die Fahrbahndecke Falten (Kriechen der Fahrbahndecke bergabwärts), was zu extremen Vibrationen im Fahrzeug führt, auch schon bei geringen Geschwindigkeiten.

Mit freundlichen Grüßen

Marc Klein
(Fraktionsvorsitzender der CDU)

Detlef Rujanski
(Fraktionsvorsitzender der SPD)

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4

Siegen, 21.07.2023

Bereich: Stadtentwicklung

Bearbeitet von: Herr Daschke, Frau Krippendorf, Herr Meier

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Bauausschuss	16.08.2023
Haupt- und Finanzausschuss	23.08.2023
Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften	24.08.2023
Rat	06.09.2023

Kurzbezeichnung:

**Änderung des Landesentwicklungsplans NRW für den Ausbau der Erneuerbaren Energien
hier: Stellungnahme der Stadt Siegen**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Stellungnahme gemäß der Anlage zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Die Verwaltung hat mit Vorlage 1438/2023 informiert, dass die Landesregierung am 02.06.2023 den Entwurf zur Änderung des Landesentwicklungsplans NRW (LEP) beschlossen und das Beteiligungsverfahren bekannt gemacht hat.

Der Beteiligungszeitraum wurde zwischenzeitlich neu bekanntgemacht. Die Öffentlichkeit und die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen haben während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs vom 23. Juni 2023 bis zum 28. Juli 2023 die Möglichkeit, Stellungnahmen in das Verfahren einzubringen.

Der Antrag auf eine Fristverlängerung, die eine Beratung in den politischen Gremien ermöglicht hätte, wurde durch das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen am 03.07.2023 abgelehnt.

Die Stellungnahme wurde am 21.07.2023 an das zuständige Ministerium verschickt und den im Rat der Stadt Siegen vertretenen Fraktionen per Mail zur Kenntnis gegeben.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

i. A.

gez.

Andree Schmidt
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Stellungnahme der Stadt Siegen zum LEP-Entwurf EE](#)

Stadt Siegen • Postfach 10 03 52 • 57003 Siegen

Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz
und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen

per E-Mail an landesentwicklungsplan@mwike.nrw.de

Rathaus Geisweid

Lindenplatz 7
57078 Siegen

AG 4-5/1 Stadtentwicklung

Auskunft Herr Meier

Zimmer 127

Telefon 0271 404-3283

Telefax 0271 40436-3283

Zeichen VM

E-Mail v.meier@siegen.de

Internet www.siegen.de

Siegen, 14.07.2023

Änderungsverfahren für den Landesentwicklungsplan NRW Stellungnahme der Stadt Siegen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadt Siegen nimmt zum Entwurf zur Änderung des Landesentwicklungsplanes – Erneuerbare Energien wie folgt Stellung:

A. Allgemein

Die Stadt Siegen begrüßt den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Es ist klar, dass dies auch bedeutet, dass innerhalb des Stadtgebietes Flächen dafür zur Verfügung stehen müssen.

Die Stellungnahme setzt sich formal und sachlich mit der Änderung des Landesentwicklungsplanes und den Grundlagen vor dem Hintergrund der Rechtssicherheit auseinander. Aufgrund der neuen gesetzlichen Regelungen und den damit verbundenen Rechtsfolgen zum Stichtag **31.12.2027** ist eine Umsetzung, die einer gerichtlichen Überprüfung standhält, zwingend erforderlich.

Sowohl rechtlich als auch inhaltlich sind hier Aspekte zu benennen, die diese Anforderung nicht erfüllen und Konsequenzen für sämtliche Kommunen bedeuten können.

Die Anforderungen durch die Rechtsprechung an die Flächennutzungsplanung einschließlich der Datengrundlagen zur Darstellung von Windkraftkonzentrationszonen gemäß § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB (Ausschlusswirkung) sind sehr hoch, da darüber konkretes Baurecht begründet wird. Dies wird zukünftig durch die Ausweisung von Windenergiebereichen im Regionalplan gemäß dem Landesentwicklungsplan ebenfalls mit Ausschlusswirkung begründet. Es ist zu erwarten, dass die Rechtsprechung hier ähnliche Maßstäbe verlangt.

Forderungen:

- 1. Es wird gefordert, dass die Landesregierung NRW dieser Verantwortung gerecht wird.**



Sprechzeiten

Montag bis Freitag
Dienstag
Donnerstag
keine Sprechzeit

08.30 - 12.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr
14.00 - 18.00 Uhr

Busverbindung

Linie R 10, R 51, C 130

Haltestelle

Haltestelle Geisweid Rathaus

Parkmöglichkeit

Parkhaus

B. Abhängigkeiten von noch nicht in Kraft getretenen Bundesgesetzen / Erlass „Ziele in Aufstellung“

Das Raumordnungsgesetz (ROG) wurde im ersten Quartal 2023 geändert. Die Änderung soll zum 28. September 2023 in Kraft treten. Durch die Änderung des Raumordnungsgesetzes in § 3 Abs. 4a werden bereits in Aufstellung befindliche Ziele, also der Stand zu Beginn des Beteiligungsverfahrens, maßgeblich. Dies stellt u. a. die rechtliche Grundlage für Ziel 10.2-13, aber auch für den Erlass „Ziele in Aufstellung“ dar.

Laut Gesetzesbegründung handelt es sich hinsichtlich der in Aufstellung befindlichen Ziele um eine Klarstellung. Ob diese Einschätzung zutrifft, müsste einer rechtlichen Überprüfung unterzogen werden. Wäre diese Einschätzung jedoch korrekt, sind in Aufstellung befindliche Ziele schon immer maßgebend, auch wenn die Bezirksregierung Arnsberg dies bisher anders angewendet hat.

Es ist unklar, warum dies für die Ziele des LEP-Entwurfes und angekündigt für die Übergangsregelung in **Ziel 10.2-13** zusätzlich durch einen Erlass geregelt werden muss. Es kann nicht im Sinne des Gesetzgebers sein, dass Landesregierungen per Erlass Bundesgesetze steuern und regeln, wann in Aufstellung befindliche Ziele maßgebend sind und wann nicht.

Das Raumordnungsgesetz sieht zudem vor, dass für diese in Aufstellung befindlichen Ziele die Beteiligung vollständig durchgeführt sein muss. Es überrascht, dass für die Übergangsregelung bereits eine Karte auf der Internetseite des Ministeriums (MWIKE) veröffentlicht wurde, die diese Anforderung nachweislich nicht erfüllt. Die Gesetzesbegründung zur Änderung des ROG (ROGÄndG) führt dazu eindeutig aus:

„Wenn die planaufstellende Stelle den Planentwurf nach der (ersten) Beteiligung in geänderter oder ergänzter Fassung in die erneute Beteiligung gibt, ist die Voraussetzung der vollständigen Durchführung des Beteiligungsverfahrens insoweit noch nicht erfüllt. Soweit aber bestimmte Teile des Planentwurfs nicht Gegenstand der erneuten Beteiligung sind, sondern in der Fassung aus der vorausgehenden Beteiligungsrunde weitergeführt werden, ist insoweit § 3 Absatz 1 Nummer 4a – unter den darin genannten weiteren Voraussetzungen (Veröffentlichung eines die Ergebnisse der Beteiligung berücksichtigenden Planentwurfs) – anwendbar.“

Aus Sicht der Stadt Siegen wird angezweifelt, dass für Windenergiebereiche aus der Neuaufstellung des Regionalplanes - räumlicher Teilplan Märkischer Kreis, Kreis Olpe und Kreis Siegen-Wittgenstein – die Beteiligung, die 2019 stattfand, vollständig durchgeführt wurde. Die gesetzlichen Regelungen und daraus resultierende Rechtsfolgen haben sich diesbezüglich grundlegend geändert, es besteht zu einem Windenergiebereich im Stadtgebiet Siegen, Gemarkung Obersetzen, eine kritische Stellungnahme zur Abgrenzung und es wird eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit und der in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen geben, die auch das Thema der Erneuerbaren Energien neu betrachten muss. **Die Voraussetzungen gemäß der Änderung des Raumordnungsgesetzes, welches ab dem 28. September 2023 maßgeblich ist, sind somit aus Sicht der Stadt Siegen nicht erfüllt.**

Für Kommunen besteht zudem hoher Handlungsbedarf für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Landesplanerische Anfragen gemäß § 34 Landesplanungsgesetz (LPlG) sollten die Änderung des Raumordnungsgesetzes einpreisen, damit bereits jetzt mit der Bauleitplanung, die sich über einen längeren Zeitraum bis nach dem 28. September 2023 erstreckt, begonnen werden kann.

Forderungen:

1. Es wird gefordert, dass das Raumordnungsgesetz rechtssicher für alle in Aufstellung befindlichen Ziele gleichermaßen angewendet wird.
2. Es wird aus Gründen der Rechtssicherheit gefordert, dass zunächst die Änderung des Raumordnungsgesetzes am 28. September 2023 in Kraft tritt.
3. Es wird zudem gefordert, dass in Aufstellung befindliche Ziele der Raumordnung bereits jetzt bei landesplanerischen Anfragen gemäß § 34 LPlG für Wohnbaulandentwicklungen Ziele der Raumordnung darstellen, wenn die Bauleitpläne absehbar erst nach dem 28. September 2023 in Kraft treten und die Bezirksregierungen entsprechend angewiesen werden.

C. Abhängigkeiten von noch nicht in Kraft getretenen Landesgesetzen

In der Pressemitteilung zur Vorstellung der LEP-Änderungen wird die Abschaffung der 1000-Meter-Abstandsregelung gemäß BauGB-AG NRW als Konsequenz daraus bezeichnet:

„Mit diesen nun vorgelegten Änderungen des LEP schafft die Landesregierung eine unerlässliche Voraussetzung für eine breit getragene Energiewende. Als Konsequenz daraus kann auch der im Baurecht geregelte Mindestabstand von 1.000 Metern zu Wohngebäuden bereits jetzt aufgehoben werden.“

(Quelle: Landesregierung NRW, Pressemitteilung vom 06.06.2023, <https://www.land.nrw/pressemitteilung/landesregierung-beschliesst-entwurf-der-aenderung-des-landesentwicklungsplans>)

Es handelt sich um zwei voneinander getrennte Vorgänge. Die Abschaffung der 1.000-Meter-Abstandsregelung kann aus Sicht der Stadt Siegen erst erfolgen, wenn für alle Planungsregionen das Regionalplanverfahren abgeschlossen ist oder das Thema Windenergie eine verfestigte, rechtssichere Planungsreife erlangt hat. Es bestehen zudem rechtliche Zweifel, dass mit **Ziel 10.2-13** die Steuerungswirkung erreicht wird (vgl. F zu Ziel 10.2-13).

Die zeitlichen Vorgaben gemäß **Grundsatz 10.2-5** können zudem bei der Abwägung mit anderen relevanten Belangen überwunden werden. Aufgrund der unterschiedlichen Planungsvoraussetzungen (vgl. F zu Grundsatz 10.2-5) besteht keine Garantie, dass alle Planungsregionen im Jahr 2024 die Beteiligung und im Jahr 2025 das Regionalplanverfahren abgeschlossen haben.

Forderungen:

1. Es wird eine Garantie gefordert, dass die in Abhängigkeit gebrachte Änderung des BauGB-AG NRW erst in Kraft tritt, wenn in allen Planungsregionen das Regionalplanverfahren abgeschlossen ist oder das Thema Windenergie eine verfestigte, rechtssichere Planungsreife erlangt hat.

D. Verfahren

Das Land NRW möchte Vorreiter sein und die Zielvorgaben des Bundes bereits 2025 erfüllen. Dies findet Zustimmung, darf aber nicht zu Verfahrensfehlern führen.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie den in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen gemäß § 9 Raumordnungsgesetz (ROG) wurde zweimal mit unterschiedlichen Beteiligungszeiträumen bekannt gemacht. Mit der zweiten Bekanntmachung wird die erste aufgehoben, somit ist verfahrensrechtlich allein der zweite Beteiligungszeitraum maßgebend ([Ministerialblatt \(MBL. NRW.\), Ausgabe 2023 Nr. 22 vom 15.6.2023 Seite 549 bis 568](#)).

Bereits der erste Beteiligungszeitraum war rechtlich zu kritisieren, da mit einem Zeitraum vom

14. Juni bis zum 21. Juli 2023 der überwiegende Teil der Beteiligung, bis auf 6 Werktage zu Beginn, innerhalb der Schulferien gelegen hätte. Der zweite, maßgebliche Beteiligungszeitraum vom 23. Juni bis zum 28. Juli 2023 verschärft diese rechtlichen Bedenken, da die Beteiligung nun ausschließlich in den Schulferien liegt. Zudem wurde der Zeitraum von 38 auf 36 Tage reduziert.

Diese Art und Weise geht vor allem zu Lasten der Öffentlichkeit, die in dieser Zeit nur in Teilen erreicht werden kann. Es wird an dieser Stelle auf die einschlägige Kommentierung verwiesen, die die Auslegung in der allgemeinen Schulferienzeit äußerst kritisch bewertet und daher zu dem Ergebnis kommt, dass diese als Auslegungszeitraum ausscheiden dürfte. (Spannowsky/Runkel/Goppel/Runkel, 2. Aufl. 2018, ROG § 9 Rn. 37). Es wird beispielhaft auf die rege Beteiligung der Öffentlichkeit zur Neuaufstellung des Regionalplanes - räumlicher Teilplanes Märkischer Kreis, Kreis Olpe und Kreis Siegen-Wittgenstein – verwiesen. Nach Auskunft der Bezirksregierung Arnsberg sind bei diesem Verfahren ca. 4.000 private Stellungnahmen abgegeben worden.

Das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen hat die Kommunen am 14.06.2023 informiert und die Abgabe einer Stellungnahme bis zum 28.07.2023 erbeten. Zudem wurde auf das Beteiligungsportal NRW verwiesen, dass seit dem 14.06.2023 zur Verfügung steht, auf dem aber zunächst die aufgehobene Bekanntmachung veröffentlicht wurde.

Zudem hat die Bezirksregierung Arnsberg die Kommunen am 20.06.2023 über das Verfahren informiert und zusätzlich den Erlass „Ziele in Aufstellung“ angehängt, in dem auf einen weiteren Erlass zu Ziel 10.2-13 hingewiesen wird. Der Erlass zu 10.2.13 ist aber elementar für die Beurteilung des Zieles selbst, zumal auch die Frage zu stellen sein wird, ob die Inhalte nicht im LEP selbst zu regeln wären. Die Inhalte werden somit der Beteiligung der Öffentlichkeit entzogen. Selbst wenn der Erlass noch während des Beteiligungszeitraumes erlassen wird, stehen die Inhalte nicht während der gesamten Beteiligung den Kommunen zur Verfügung. Aus Sicht der Stadt Siegen bestehen hier erhebliche materiell-rechtliche und formell-rechtliche Bedenken.

Mit dieser Vorgehensweise wird den Städten und Gemeinden die Möglichkeit genommen, den LEP-Entwurf (LEP-E) in den kommunalen Gremien zu beraten und ihre Stellungnahme kommunalpolitisch abzustimmen. Gerade weil der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energie über das Mindestmaß hinaus auf kommunalpolitische Unterstützung angewiesen ist, trägt dies nicht zur Akzeptanz bei.

Gemäß § 3 Abs. 3 Windflächenbedarfsgesetz (WindBG) ist die Änderung des LEP bis spätestens zum 31.05.2024 abzuschließen. Dieser Stichtag allein kann eine solche Vorgehensweise nicht begründen.

Ein Antrag auf Fristverlängerung wurde am 03.07.2023 abgelehnt. In der Antwort, also während die Beteiligung bereits mehrere Tage lief, wurde auf verfügbare Geodaten unter https://www.opengeodata.nrw.de/produkte/umwelt_klima/klima/ee/potentiale/ verwiesen. Diese sind zwar nicht Bestandteil der ausgelegten Unterlagen, **enthalten aber weitere, für die Beurteilung der LEP-Änderungen wichtige Daten**. Neben den Abgrenzungen der Potentiale mit und ohne BSN-Flächen, die zuvor auch zur Verfügung standen, steht auch eine Excel-Liste zum Download, die die Potentiale in Hektar für jede Kommune benennt. Allerdings stimmen die ausgewiesenen Potentiale nicht mit den Abgrenzungen der Geodaten, die deutlich größer sind, überein. Hier bedarf es zwingend einer Aufklärung (vgl. E).

Gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG sind **Ziele der Raumordnung** verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbaren, vom Träger der Landes- oder Regional-

planung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums. Sie sind von den in § 4 Abs. 1 ROG aufgeführten Adressaten zu beachten, d. h. es handelt sich um Festlegungen, die eine strikte Bindung auslösen und nicht durch Abwägung überwindbar sind. Es ist daher zu bezweifeln, dass Ziele über angekündigte Erlasse konkretisiert werden und gleichzeitig abschließend abgewogen sein können (**Ziel 10.2-13**).

Forderungen:

1. Es wird gefordert, dass das Verfahren rechtssicher umgesetzt wird.
2. Es wird gefordert, dass Ziele der Raumordnung abschließend abgewogen sind.
3. Es wird gefordert, dass Regelungen nicht über Erlasse, sondern in den Erläuterungen im Landesentwicklungsplan konkretisiert werden.
4. Es wird gefordert, dass für die Beurteilung erforderliche Unterlagen gebündelt an einem Ort zur Verfügung gestellt werden.

E. Flächenanalyse Wind

Die Flächenanalyse Wind stellt die Grundlage für die ermittelten Potenziale dar und somit auch für die Änderung des Landesentwicklungsplanes (LEP) zum Ausbau der Erneuerbaren Energien. Es wird kritisiert, dass diese sehr umfangreiche Flächenanalyse erst mit der Beteiligung zur Änderung des LEP - und dies auch nicht in Gänze - zur Verfügung gestellt wurde. Die Ergebnisse des Zwischenberichtes vom 07.03.2023 wurden allesamt bestätigt, so dass diese Vorgehensweise nicht nachvollzogen werden kann.

Aber auch mit Veröffentlichung des Berichtes gibt es Punkte, die zu kritisieren sind. Die Daten wurden nicht während des gesamten Beteiligungszeitraums zum Download und zur Verwendung in eigenen GIS-Systemen zur Verfügung gestellt. Damit wurde die Analyse dieser grundlegenden Daten in unnötiger Weise erschwert. Auch weicht die Darstellung der Planungskarte Wind im Energieatlas von den Darstellungen des Abschlussberichtes ab. So werden beispielsweise die Flächenpotenziale online nur für ganz NRW und nicht wie im Bericht für jeden Kreis dargestellt. Der Bericht sieht zudem keine genaue Flächenangabe, sondern nur eine Flächenspanne beispielsweise für den Kreis Siegen-Wittgenstein von 1.000 bis 5.000 ha vor. Das Potenzial bewegt sich bei einer Fläche des Kreisgebietes von 113.300 ha folglich zwischen weniger als einem Prozent und 4,4 %. Die Einteilung in solche Cluster scheint mehr als fraglich.

Vor diesem Hintergrund ist die spätere Darstellung von Windenergiebereichen gemäß **Ziel 10.2-2** im Regionalplan hinsichtlich der Verteilung in der Planungsregion inhaltlich nur unzureichend zu beurteilen. Auch ist die Betroffenheit von **Grundsatz 10.2-11** nicht zweifelsfrei zu klären.

Zudem definiert die Flächenanalyse den planungsrechtlichen Innenbereich über die landesweite Datengrundlage „AX_Ortslage“ des Basis DLM (Abschlussbericht, Kapitel 3.1, Seite 19 ff). Diese enthält allein im Stadtgebiet Siegen **mindestens fünf Fehler**, von denen vier Auswirkungen auf die Potenzialermittlung haben, da keine Überlagerung von anderen Ausschlusskriterien vorliegt, bzw. Potentialflächen vorliegen. Aufgrund der kurzen Beteiligungsdauer ist eine abschließende Analyse nicht möglich.

Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf Ziel **10.2-13**, da der Regionalplan-Entwurf zur Neuaufstellung des räumlichen Teilplanes Märkischer Kreis, Kreis Olpe und Kreis Siegen-Wittgenstein sich auf die gleiche Datengrundlage stützt. Die Abgrenzung des Innenbereiches kann nur verläss-

lich durch die Kommunen ermittelt werden und selbst dann bestehen aufgrund diverser Rechtsprechungen Unwägbarkeiten. Es wird kritisiert, dass die Kommunen hieran nicht beteiligt wurden. Somit ist völlig unklar, wie belastbar die Flächenanalyse tatsächlich ist. Hinsichtlich der Ermittlung der Abstände zur Wohnbebauung werden erhebliche Bedenken geäußert.

Wie unter Punkt D erläutert, wurde am 03.07.2023 in einem Antwortschreiben des NRW-Wirtschaftsministerium auf

https://www.opengeodata.nrw.de/produkte/umwelt_klima/klima/ee/potentiale/ verwiesen. Die dort verfügbaren Daten sind nicht konsistent, wie die folgenden Tabellen zeigen.

NRW

Quelle	Potentiale ohne BSN-Flächen	Potentiale mit BSN-Flächen
Excel-Liste (opendata nrw, Bericht LANUV)	106.802 ha	126.249 ha
Shape-Dateien (opendata nrw, Geoportal NRW, per Mail vom LANUV)	127.461 ha	153.008 ha

Siegen

Quelle	Potentiale ohne BSN-Flächen	Potentiale mit BSN-Flächen
Excel-Liste (opendata nrw)	221 ha	272 ha
Shape-Dateien (opendata nrw, Geoportal NRW, per Mail vom LANUV)	314 ha	388 ha

Die Shape-Dateien stellen deutliche größere Potentiale als der LANUV-Bericht dar. Durch diese starken Abweichungen ist zum einen eine seriöse Beurteilung der Flächenanalyse Wind nicht möglich und erschwert zum anderen unnötiger Weise die Beurteilung der später im Regionalplannentwurf dargestellten Windenergiebereiche.

Forderungen:

1. Es wird gefordert, dass den Kommunen ausreichend Zeit für eine abschließende Analyse der Flächenanalyse Wind eingeräumt wird.
2. Es wird gefordert, dass die zur Verfügung gestellten Daten konsistent sind und eine sachgerechte Analyse ermöglichen.
3. Es wird gefordert, dass die Flächenpotenziale in Form von Hektarangaben für jede Kommune eindeutig benannt werden.
4. Es wird gefordert, dass fehlerhafte Einstufungen zum planungsrechtlichen Innenbereich, die durch die Kommunen per Stellungnahme im LEP-Änderungsverfahren eingebracht werden, korrigiert und die Potenziale daraufhin aktualisiert werden (die bekannten Fehler sind als Anlagen beigefügt).

F. Änderungen zur Windenergie

Zu Ziel 10.2-3 Unvereinbarkeit von Höhenbeschränkungen mit Windenergiebereichen

Diese Regelung ist überflüssig. Nach § 4 Abs. 1 WindBG sind Flächen, die in Plänen ausgewiesen werden, die nach dem 1. Februar 2023 wirksam geworden sind und Bestimmungen zur Höhe baulicher Anlagen enthalten, nicht anzurechnen.

Die regionalplanerischen Windenergiegebiete werden nach diesem Stichtag festgelegt und eine Bestimmung zur Höhe der baulichen Anlagen scheidet somit aus. Eine Regelung im LEP ist somit nicht erforderlich.

Forderungen:

- 1. Es wird gefordert, dass Ziel 10.2-3 ersatzlos gestrichen wird.**

Zu Grundsatz 10.2-5 Landes- und Regionalplanänderungen parallel durchführen und abschließen

Mit dieser Regelung wird unmittelbar zeitlicher Druck auf die Bezirksregierungen ausgeübt und lässt die unterschiedlichen Planungsvoraussetzungen der einzelnen Planungsregionen außer Acht.

Im Regierungsbezirk Arnsberg wird seit 2018 der Regionalplan – räumlicher Teilplan Märkischer Kreis, Kreis Olpe und Kreis Siegen-Wittgenstein – neu aufgestellt, in den die Umsetzung zum Ausbau der erneuerbaren Energien nach den neuen gesetzlichen Regelungen integriert werden soll. Dies bedeutet, dass das Kapitel 8 des Regionalplanentwurfes insgesamt einen neuen Betrachtungshorizont bekommt. Hier wurden im Rahmen der Beteiligung teils sehr kritische Stellungnahmen vorgebracht und es ist bis heute unklar, wie diese im Entwurf Eingang finden können oder sollen und aus Sicht der Kommunen müssen. Es liegen nach Auskunft der Bezirksregierung Arnsberg 111 Stellungnahmen von Verfahrensbeteiligten zu ca. 4.000 Teilaspekten sowie ca. 4.000 Stellungnahmen der Öffentlichkeit vor.

Mit der kompletten Neuausrichtung zu den Themen der erneuerbaren Energien und auch der Zugrundelegung neuer Siedlungsbedarfe ist davon auszugehen, dass hierdurch der Entwurf des Regionalplanes einer eingehenden Überarbeitung bedarf und damit die Stellungnahmen nur zum Teil ihre Gültigkeit behalten. Dies wird vermutlich erhebliche Auswirkungen auf die Abstimmungen mit den Kommunen haben und damit auf die zeitliche Umsetzung des Verfahrens.

Grundsätzlich hat das Windflächenbedarfsgesetz (WindBG) Stichtage und somit eine zeitliche Vorgabe gesetzt. Eine schnellere Umsetzung ist wünschenswert, sollte aber nicht erzwungen werden.

Der Grundsatz bezieht sich auf das Kapitel zur Energieversorgung und kann daher auch nur zu diesen Inhalten zeitliche Vorgaben machen. Es wird bezweifelt, dass daraus rechtssicher zeitliche Vorgaben für andere Themenfelder oder gar eine komplette Neuaufstellung abgeleitet werden können. Um das zeitliche Ziel nicht zu gefährden, sollte das Kapitel Energieversorgung in einen Teil-Regionalplan ausgelagert werden. Auch das Thema der Rechtsunsicherheit könnte dadurch minimiert werden, da ansonsten wegen einer Vielzahl von Themenfeldern eine rechtliche Überprüfung angestrebt werden kann.

Forderungen:

- 1. Es wird gefordert, dass Grundsatz 10.2-5 die unterschiedlichen Planungsvoraussetzungen der einzelnen Planungsregionen berücksichtigt und kein zeitlicher Umsetzungsdruck über den Landesentwicklungsplan ausgeübt wird, der die Rechtssicherheit gefährdet.**

2. **Es wird gefordert, klarzustellen, dass Grundsatz 10.2-5 nur auf Änderungen oder räumliche und sachliche Teil-Regionalpläne zu Inhalten zu Kapitel 10 LEP Anwendung finden kann.**

Zu Grundsatz 10.2-9 Berücksichtigung bestehender Windenergiestandorte und kommunaler Windenergieplanungen

Es ist zu kritisieren, dass in den sechs Planungsregionen die Kriterien für die Berücksichtigung bestehender Windenergiestandorte und kommunaler Windenergieplanungen unterschiedlich ausfallen können. Aufgrund der Rechtsfolgen durch das Windflächenbedarfsgesetz (WindBG) wird darüber konkretes Baurecht für Windenergieanlagen begründet. Gerade im Hinblick auf bestehende Windenergiestandorte, für die Baurecht besteht, werden bei deren Nichtberücksichtigung rechtliche Bedenken geäußert.

Forderungen:

1. **Es wird gefordert, dass durch unterschiedliche Kriterien für die Berücksichtigung bestehender Windenergiestandorte und kommunale Windenergieplanungen keine Rechtsunsicherheiten entstehen.**

Zu Ziel 10.2-10 Monitoring der Windenergiebereiche

Laut der Bezirksregierung Arnsberg liegt dem Regionalplan ein Planungshorizont von ca. 20 bis 25 Jahren zu Grunde. Grundsätzlich wird die Erforderlichkeit gesehen, diesen Planungshorizont in Bezug auf das aktuelle Thema zu reduzieren.

In der Konsequenz bedeutet Ziel 10.2-10 jedoch, dass dieses Thema ständig diskutiert werden muss. Dies verlangt den Einsatz von Personalressourcen auf allen Seiten. Es wird zudem bezweifelt, dass in Abständen von 5 Jahren grundlegend neue Erkenntnisse bestehen, die diese zeitliche Abfolge erfordern. Auch im Hinblick auf die Verlässlichkeit und Planbarkeit ist diese Regelung auf Ebene der Regionalplanung zu kritisieren und widerspricht dem formulierten Ziel einer langfristigen Sicherung.

Es bleibt unklar, wie Ziel 10.2-10 inhaltlich gemeint ist. Die Überprüfung erfolgt hinsichtlich der technischen Entwicklungen und der Ausnutzbarkeit zur Energieerzeugung. Die Beurteilung von nach Ziel 10.2.10 ungeeigneten Flächen muss vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass durch die Ausweisung von Windenergiebereichen und der damit verbundenen Rechtsfolgen konkretes Baurecht begründet wird (Zulässigkeit gemäß § 35 Absatz 1 Nr. 5 BauGB). Die Streichung von nach Ziel 10.2.10 ungeeigneten Flächen muss rechtssicher sein und kann daher keine Flächen betreffen, die (nur) weniger gut geeignet sind. Aufgrund der Interpretationsmöglichkeiten wird das Ziel den formalen Ansprüchen nicht gerecht (Endabgewogenheit).

Forderungen:

1. **Es wird gefordert, dass Ziel 10.2-10 in Grundsatz 10.2-10 geändert wird**
2. **Es wird gefordert, dass der Fortschreibungszyklus für die Darstellung von Windenergiebereichen in Regionalplänen auf mindestens 10 Jahre erhöht wird.**
3. **Es wird gefordert, dass die Streichung von Windenergiebereichen in Regionalplänen rechtssicher ist.**

Zu Grundsatz 10.2-11 Inanspruchnahme von Kommunen mit Windenergiebereichen

Bei der regionalplanerischen Festlegung von Windenergiebereichen sind die Belange der betroffenen Kommunen besonders in den Blick zu nehmen. Es überrascht, dass in den Erläuterungen die Belange betroffener Kommunen darauf reduziert werden, dass in einzelnen Kommunen nicht mehr als 15 % ihrer Fläche als regionalplanerische Windenergiebereiche dargestellt werden sollen.

Zwar ist grundsätzlich eine Obergrenze zu begrüßen. Es muss jedoch in Frage gestellt werden, ob damit den zu schützenden Belangen einer Kommune insgesamt Rechnung getragen werden kann, wie es die Formulierung vorsieht. Allein eine Beurteilung anhand des Verhältnisses der Windenergiebereiche, gemessen an der Gemeindefläche, stellt nur ein Kriterium dar. Unter „3.9 Sonstiges“ der Flächenanalyse Windenergie wird diese Obergrenze näher erläutert (Seite 46) und vor allem die Vermeidung der Umzingelungen von Ortslagen angeführt. Diese kann jedoch nicht durch die Verhältnisvorgabe der Windenergiebereiche zur Gemeindefläche vermieden werden, **sondern vor allem durch andere Kriterien wie ihrer Lage, Häufung und/oder Streuung**. Auch kann eine Umzingelung durch Darstellungen von Windenergiebereichen in den Nachbarkommunen erfolgen, was mit Grundsatz 10.2-11 gänzlich ohne Betrachtung bleibt und deutlich zu kritisieren ist.

Weiterhin wird darauf abgestellt, dass der Wert von max. 15 % der jeweiligen Gemeindefläche auch deshalb festgelegt werden soll, weil dies in etwa **den größten Flächenanteilen** entspricht, die Gemeinden in NRW bislang tatsächlich planerisch für die Windenergienutzung gesichert haben. Dies allein stellt kein sachlich begründetes Argument dar. Die Planungsvoraussetzungen der Kommunen können stark voneinander abweichen, was unmittelbar Auswirkungen auf die Flächenanteile haben kann, die der Windenergie überhaupt zur Verfügung gestellt werden können. Die Belange der betroffenen Kommunen lediglich mit einem Höchstwert zu berücksichtigen, ist daher unangemessen.

Es wird zudem kritisiert, dass die Flächenanalyse Wind vom LANUV die Potenziale der einzelnen Kommunen nicht benennt und somit die Betroffenheit von dieser Regelung nicht zweifelsfrei geklärt werden kann. Es kann damit auch nicht beurteilt werden, ob diese Regelung wirklich Belange von Kommunen in den Blick nimmt oder nur auf dem Papier existiert.

Forderungen:

1. **Es wird gefordert, dass die Schutzkriterien für die Belange der betroffenen Kommunen deutlich weitergefasst werden und auch Aspekte wie Lage, Häufung und/oder Streuung umfassen.**
2. **Es wird gefordert, dass die Umzingelungswirkung in den Erläuterungen zu Grundsatz 10.2-11 aufgenommen wird und nicht nur auf die jeweilige Kommune bezogen wird.**
3. **Es wird gefordert, dass dargelegt wird, auf wie viele Kommunen dieser Grundsatz Anwendung findet.**

Zu Ziel 10.2-12 Windenergienutzung in Industrie- und Gewerbegebieten

Diese Regelung wird ausdrücklich aufgrund des Mangels an Gewerbeflächen begrüßt, so dass diese Flächen in erster Linie gewerblich entwickelt werden können.

Zu Ziel 10.2-13 Steuerung der Windenergienutzung im Übergangszeitraum

Es wird auf die Ausführungen unter Punkt B, D und E verwiesen. Diese Übergangsregelung ist von besonderer Bedeutung, da parallel die Abschaffung der 1.000-Meter-Abstandsregelung aus dem Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuches in NRW (BauGB-AG NRW) als Konsequenz der LEP-Änderung damit einhergehen soll. Die Regelung wurde im BauGB-AG NRW erst am 15.07.2021 eingeführt, am 01.06.2022 geändert und soll nun abgeschafft werden. Aus Gründen der Planbarkeit und auch der Verlässlichkeit ist dies zu kritisieren.

Es wird rechtlich bezweifelt, dass die Übergangsregelung die Steuerungswirkung erzielen wird. Die Erläuterungen besagen, dass ein raumbedeutsamer Anlagenzubau außerhalb der unter die Regelung von Ziel 10.2-13 fallenden Flächen (nur) im begründeten Einzelfall jeweils mit Maßnahmen des Raumordnungsrechts (§§ 12 des Raumordnungsgesetzes, § 36 des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen) begegnet werden soll. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass im Regelfall ein raumbedeutsamer Anlagenzubau außerhalb der unter die Regelung von Ziel 10.2-13 fallenden Flächen möglich ist. Dies läuft dem eigentlichen Steuerungsziel zuwider. Hierzu bedarf es weiterer Erläuterungen im LEP, was ein begründeter Einzelfall sein soll und welche Maßnahmen gemeint sind, da ansonsten das Ziel nicht abschließend beurteilt werden kann. Dies wird durch die Rechtsprechung jedoch verlangt. Landesplanerische Aussagen, die eine Regel-Ausnahme-Struktur aufweisen, können danach die Merkmale eines Ziels der Raumordnung erfüllen, wenn der Planungsträger neben den Regel- auch die Ausnahmenvoraussetzungen mit hinreichender tatbestandlicher Bestimmtheit oder doch wenigstens Bestimmbarkeit festlegt (vgl. BVerwGE 119, 54; BayVGH DVBl 2005, 80).

Es wird beanstandet, dass die Landesplanungsbehörde weitere Einzelheiten mit gesondertem Erlass regeln wird, was den Vorgaben des Bundesverwaltungsgerichtes nicht entspricht. Ohne Kenntnis der Inhalte können die Auswirkungen nicht beurteilt werden. Zudem ist fraglich, ob damit das Ziel 10.2-13 abschließend abgewogen sein kann. Dem für eine Zielfestlegung charakteristischen Erfordernis abschließender Abwägung ist genügt, wenn die Planaussage auf der landesplanerischen Ebene keiner Ergänzung mehr bedarf.

Wie unter Punkt B erläutert, wird die auf der Internetseite des MWIKE veröffentlichte Karte mit der Darstellung von Flächen für den Übergangszeitraum kritisiert.

Die Karte stellt in Siegen einen Windenergiebereich in Obersetzen aus dem in Aufstellung befindlichen Regionalplanentwurf dar. Da die Abstandsermittlung an dieser Stelle auf einer fehlerhaften Ermittlung des Innenbereiches fußt, hat dies zur Folge, dass der Windenergiebereich nicht den eigenen Abstandsvorgaben des Regionalplanentwurfes entspricht. Dadurch entsteht eine Ungleichbehandlung von Kommunen, was im Hinblick auf die Rechtsfolgen, die konkretes Bau-recht begründen (Zulässigkeit von Windkraftanlagen gemäß § 35 (1) BauGB), rechtlich zu beanstanden ist.

Es ist folglich zu hinterfragen, ob die Festlegung der Fläche in seiner dargestellten Abmessung als Windenergiebereich tatsächlich zu erwarten ist, da die Stadt zu der Abgrenzung der Fläche eine kritische Stellungnahme im Rahmen des Regionalplanes abgegeben hat. Zudem haben sich die rechtlichen Regelungen und damit verbundene Rechtsfolgen grundlegend verändert und das Thema der Windenergie wird bei der erneuten Offenlage neu zu bewerten sein.

Auch widerspricht die Karte zur Steuerung der Windenergienutzung im Übergangszeitraum der wirksamen 28. FNP-Änderung, die Vorrangflächen für Windkraftanlagen gemäß § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB darstellt (Ausschlusswirkung) und verstößt damit gegen Ortsrecht.

Grundsätzlich bestehen gegen den Windenergiebereich in Obersetzen, bzw. wenn die Abgrenzung auf den planungsrechtlichen Innenbereich gemäß § 34 BauGB abgestimmt wird, keine Bedenken.

Forderungen:

1. Es wird gefordert, dass die Landesregierung eine rechtssichere Übergangsregelung vorlegt, die die Steuerungswirkung erzielt.
2. Es wird gefordert, dass ein raumbedeutsamer Anlagenzubau außerhalb der vorbezeichneten Gebiete im Regelfall nicht erfolgen kann.
3. Es wird gefordert, dass die Abstandsermittlungen zu Windenergiebereichen sich auf den tatsächlichen planungsrechtlichen Innenbereich gemäß § 34 BauGB beziehen.
4. Es wird gefordert, dass unter Ziel 10.2-13 fallende Flächen nicht gegen Ortsrecht, insbesondere eine wirksame FNP-Änderung, die Vorrangflächen für Windkraftanlagen gemäß § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB darstellt (Ausschlusswirkung), verstoßen.
5. Es wird gefordert, dass für Windenergiebereiche für die Übergangszeit gleiche Maßstäbe, wie es das Konzept zur Aufstellung des Regionalplanes vorgibt, eingehalten werden.
6. Es wird gefordert, dass mindestens die Fläche im Stadtgebiet Siegen, Gemarkung Obersetzen, in der veröffentlichten Karte zur Steuerung der Windenergienutzung im Übergangszeitraum korrigiert wird, besser aber die Veröffentlichung eingestellt wird, da die Flächen der Regionalplan-Neuaufstellung den Anforderungen des geänderten Raumordnungsgesetzes nicht entsprechen und die Frage, ob für einen Windenergiebereich die Beteiligung vollständig durchgeführt wurde, nur im jeweiligen Einzelfall beurteilt werden kann.

G. Änderungen zur Solarenergie

Grundsätzlich besteht für das Themenfeld der Solarenergie für die Kommunen mehr Möglichkeiten, den Ausbau zu gestalten und zu steuern. Dies wird ausdrücklich begrüßt.

Durch die Teilprivilegierung des § 35 Abs. 1 Nr. 8b BauGB für Freiflächen bis zu einer Entfernung von bis zu 200 m entlang von Autobahnen oder Schienenwegen des übergeordneten Netzes im Sinne des § 2b des Allgemeinen Eisenbahngesetzes mit mindestens zwei Hauptgleisen stehen Teilräume im Außenbereich auch ohne Bebauungsplanung für die Solarenergie zur Verfügung. Durch das Bebauungsplan-Erfordernis darüber hinaus können Kommunen den weiteren Ausbau sinnvoll steuern und alle öffentlichen Belange gegeneinander abwägen.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung



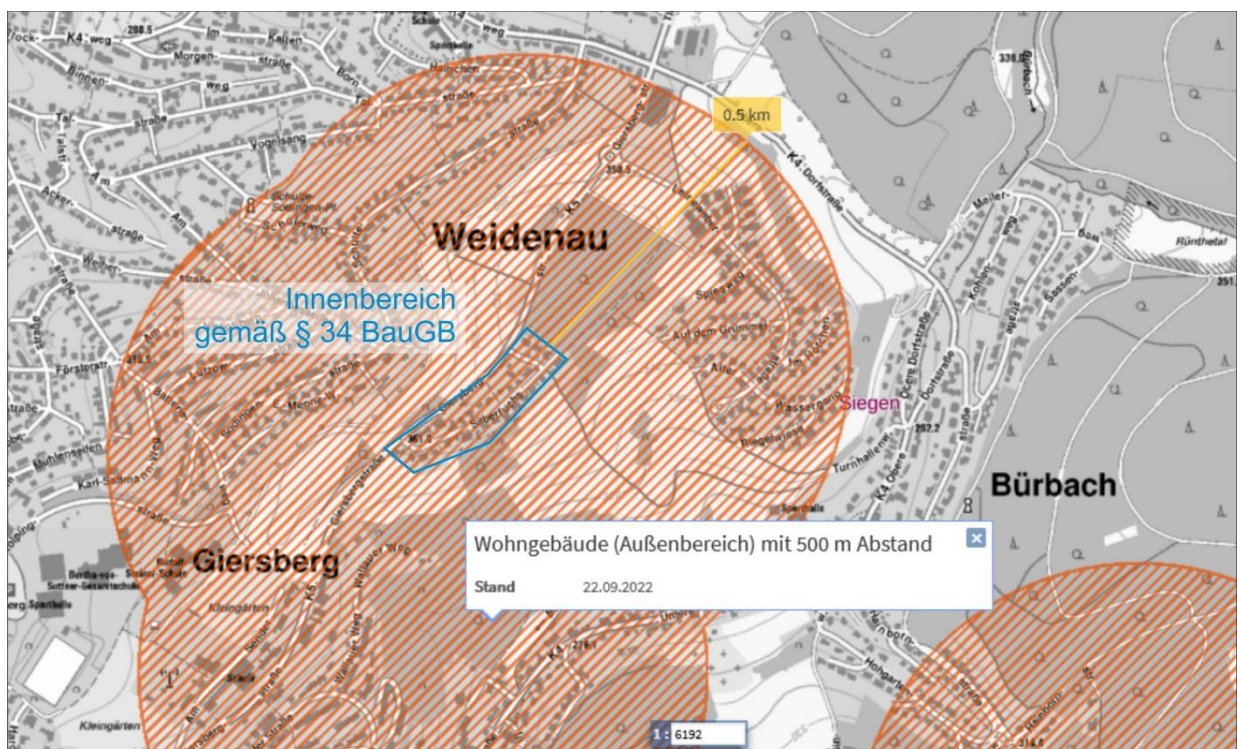
Henrik Schumann
Stadtbaurat

Anlagen

1. Fehlerhafte Ermittlung des Innenbereiches gemäß § 34 BauGB und der daraus ermittelten Abstände
 - a. Gemarkung Bürbach
 - b. Gemarkung Eiserfeld
 - c. Feuersbach
 - d. Gemarkung Obersetzen
2. Fehlerhafte Ermittlung der Wohnnutzung gemäß § 30 BauGB und der daraus ermittelten Abstände
 - a. Gemarkung Feuersbach

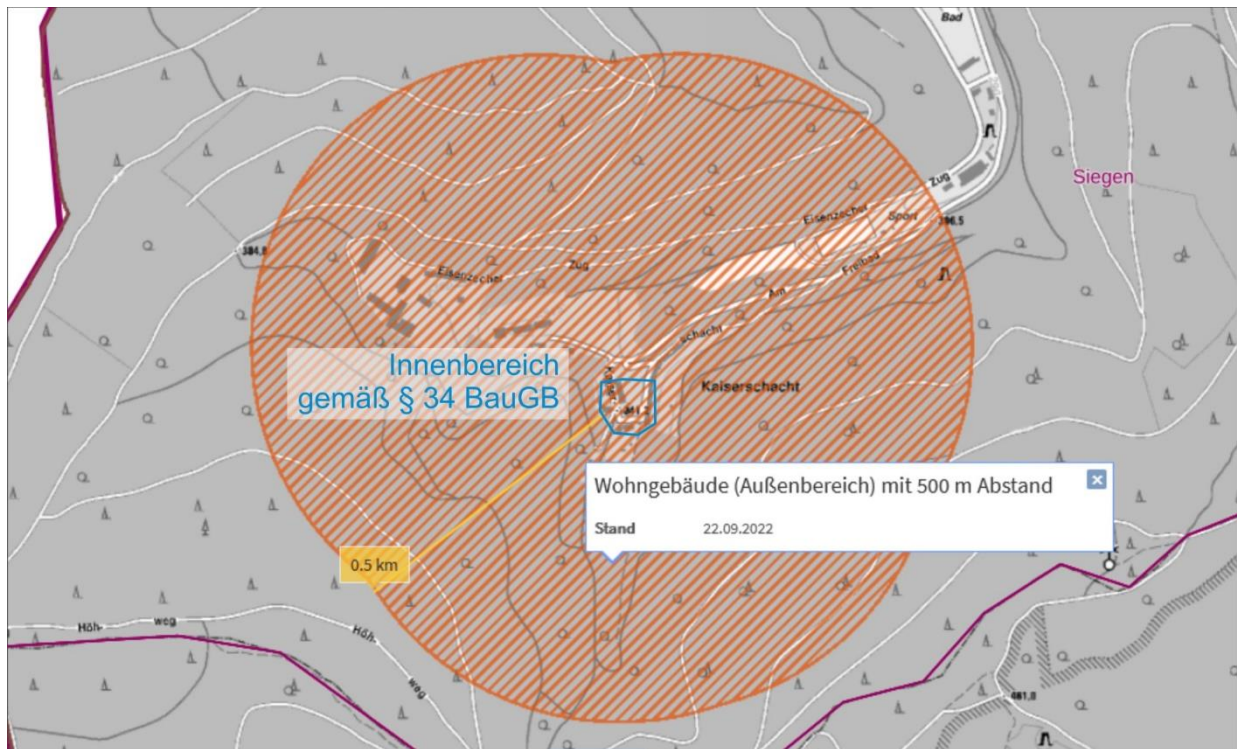
1. Fehlerhafte Ermittlung des Innenbereiches gemäß § 34 BauGB und der daraus ermittelten Abstände

a. Gemarkung Bürbach



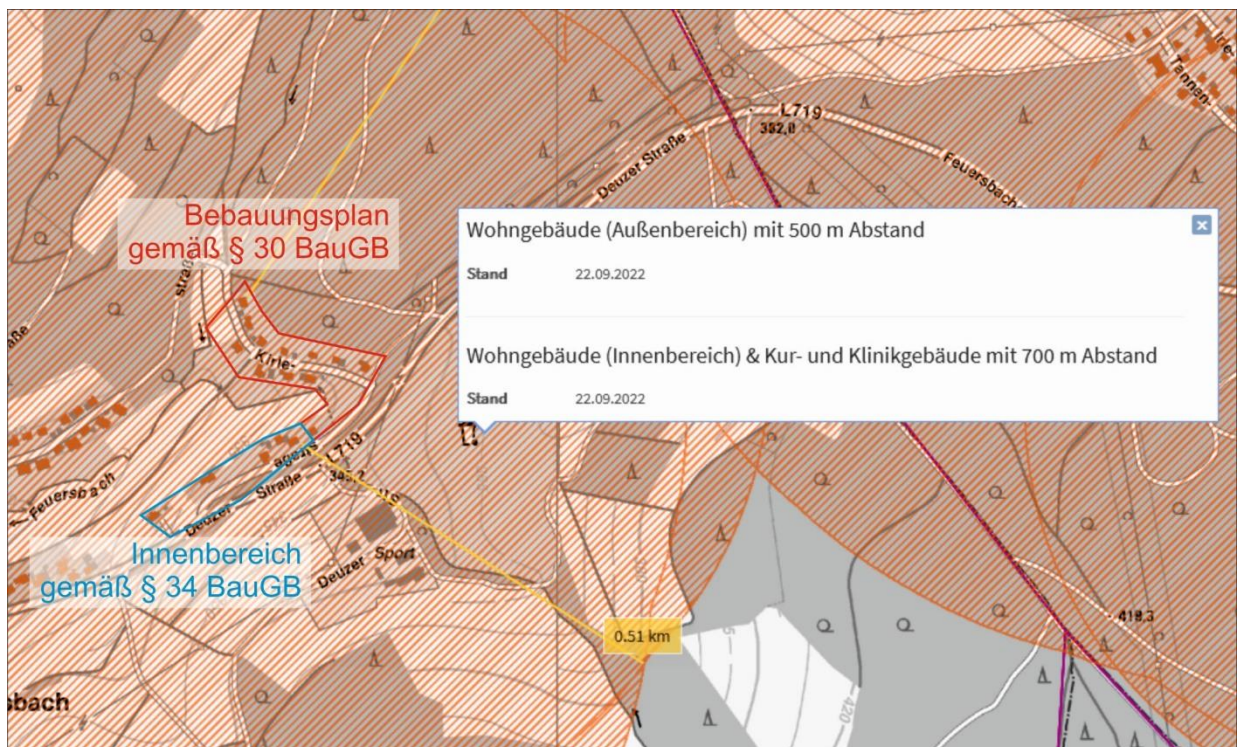
Satzung gemäß § 34 BauGB.

b. Gemarkung Eiserfeld



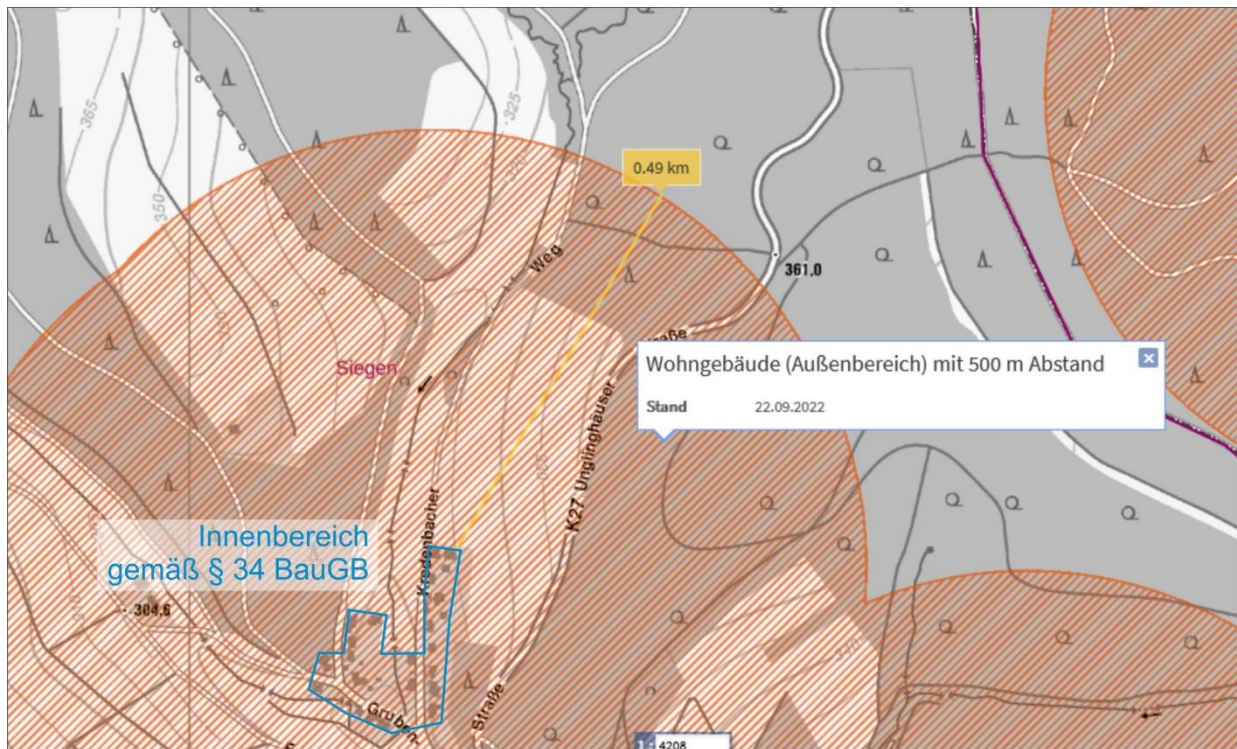
Satzung gemäß § 34 BauGB.

c. Gemarkung Feuersbach



Satzung gemäß § 34 BauGB

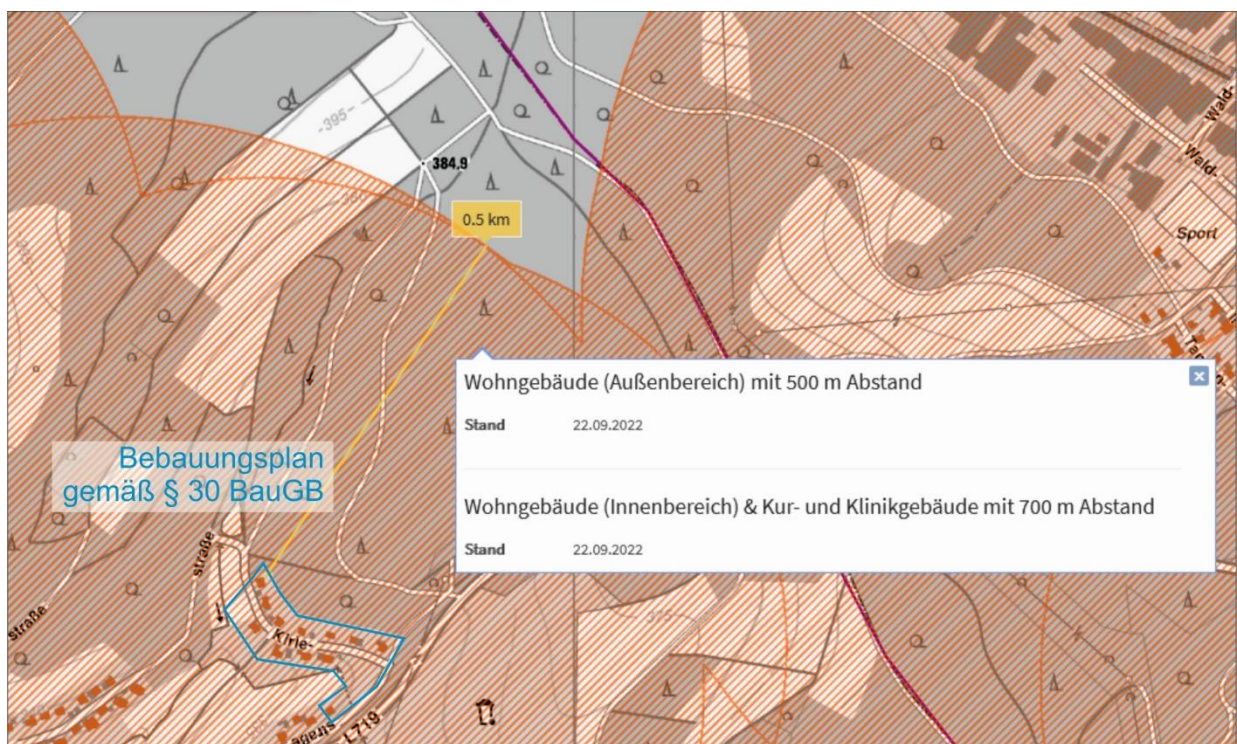
d. Gemarkung Übersetzen



Satzung gemäß § 34 BauGB.

2. Fehlerhafte Ermittlung der Wohnnutzung gemäß § 30 BauGB und der daraus ermittelten Abstände

a. Gemarkung Feuersbach



Der Bebauungsplan weist ein allgemeines Wohngebiet (WA) aus.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Stadtplanung
Bearbeitet von: Herrn Emken, Herrn Schneider

Siegen, 11.07.2023

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Bauausschuss	16.08.2023
Haupt- und Finanzausschuss	23.08.2023
Rat	06.09.2023

Kurzbezeichnung:

**Solartechnische Nutzung von Dachflächen innerhalb von städtischen Gestaltungssatzungen
(Antrag von CDU/SPD im Rat am 27.10.2021)
Hier: Anpassungen der Gestaltungssatzungen**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Änderung folgender Gestaltungssatzungen gemäß Anlage 1: „Langholdinghausen“, „Waldenburger Weg“, „Eiserfeld Ortsmitte“, „Hintere Wenscht“, „Obere Wenscht“ sowie „Vordere Wenscht“, „Innenstadt“.

Sachverhalt / Begründung:

Im April 2022 wurden, bezugnehmend auf den Antrag von CDU/SPD im Rat vom 27.10.2021, dem Bauausschuss die Regelungen der sieben städtischen Gestaltungssatzungen¹ hinsichtlich solartechnischer Anlagen dargelegt (vgl. Vorlage 872/2022). Hierbei wurde ersichtlich, dass teilweise einschränkende Vorgaben bestehen oder insbesondere bei älteren Satzungen gar keine diesbezüglichen gestalterischen Vorgaben vorhanden sind. Es wurde daher seitens der Verwaltung empfohlen, für alle Satzungen standardisierte gestalterische Regelungen zu formulieren, um diese „Lücke“ zu schließen. Gerade für solartechnische Anlagen auf Nebengebäuden oder Balkonen, die aktuell sehr nachgefragt werden, besteht Handlungsbedarf.

¹ „Langholdinghausen“, „Waldenburger Weg“, „Eiserfeld Ortsmitte“, „Hintere Wenscht“, „Obere Wenscht“, „Vordere Wenscht“, „Innenstadt“.

Dieser ist spezifisch festzulegen, um die Möglichkeit der Energiegewinnung nur insoweit einzuschränken, als dass es in Bezug auf die Gestaltung des jeweiligen Quartiers geboten ist. Bei der Ausarbeitung der Inhalte zeigte sich, dass aufgrund unterschiedlicher Anforderungen der Satzungen eine differenzierte Betrachtung erforderlich ist. Dies soll auch im Hinblick der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) Rechtssicherheit im Umgang mit Regelung zu solartechnischen Anlagen in Gestaltungssatzungen schaffen. Daher wurden anhand des jeweiligen Schutzzweckes und -grades der einzelnen Satzungen drei Kategorien für die zu regulierenden Inhalte herausgearbeitet: Einfache, erhöhte und strenge Anforderungen (siehe Anlage 2).

Einfache Anforderungen	Erhöhte Anforderungen	Strenge Anforderungen
<ul style="list-style-type: none"> • Innenstadt (ohne Teilbereiche) • Langenholdinghausen • Waldenburger Weg 	<ul style="list-style-type: none"> • Innenstadt (Teilbereich: A, B, C, E) • Eiserfeld Ortsmitte • Wenscht (Hintere, Obere, Vordere) 	<ul style="list-style-type: none"> • Innenstadt (Teilbereich: D „Altstadt“)

Übersicht der Anforderungen der einzelnen Gestaltungssatzungen

Bedingt durch den technischen Fortschritt und die steigende Nachfrage werden aktuell und zukünftig zu der „üblichen“ Gestaltung von Dächern mit solartechnischen Anlagen weitere regulierungswürdige Inhalte, wie die Anbringung dieser Anlagen auf Garagen, Fassaden und Balkonen, relevant. So sollen für insgesamt sechs Bauteile/Elemente gestalterische Regelungen vorgesehen werden:

- Dach/Dachaufbauten
- Nebengebäuden/-anlagen (u.a. Garagen und Carports)
- Balkone
- Fassaden
- außenstehende Nutzbereiche (u.a. Überdachungen)
- Einfriedungen/Zäune

Das Ziel dieser Regulierung ist, zum einen Klarheit für die Anbringung von solartechnischen Anlagen innerhalb von Gestaltungssatzungen zu schaffen und zum anderen ein stadtbildverträgliches Einfügen dieser Anlagen in (besonders) schutzwürdigen Bereichen zu ermöglichen. In diesem Spannungsfeld bewegen sich die einzelnen Inhalte, die das gestalterisch Notwendige regeln und gleichwohl eine umsetzungsfähige und nach hiesiger Einschätzung wirtschaftliche Installation von solartechnischen Anlagen ermöglichen. Zusätzlich zu den konkreten Satzungsinhalten wird ein Handout erstellt, in dem die wesentlichen Regelungen graphisch aufbereitet werden (siehe Anlage 3). Die relevanten Inhalte der geplanten Regulierungen wurden bereits am 30.03.2023 im Arbeitskreis Stadtentwicklung vorgestellt, diskutiert und Fragen aufgeklärt. Insgesamt wurde der Vorschlag der Verwaltung bestätigt. Eine verwaltungsinterne Nachjustierung erfolgte bezüglich der Kombination von Solaranlagen und Photovoltaikanlagen, die in den Gebieten mit erhöhten Anforderungen und strengen Anforderungen grundsätzlich nicht zulässig sein sollen und lediglich als Ausnahme im Rahmen einer Einzelfallprüfung ermöglicht werden können.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz Die Errichtung von solartechnischen Anlagen leistet durch die Stromerzeugung einen erheblichen Beitrag zur CO ² -Reduktion. Durch die Anpassung wird die solartechnische Nutzung in den Vordergrund gestellt und eine Errichtung gefördert.			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

i.A.

gez.

Henrik Schumann
 Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Satzungstexte der Gestaltungssatzung](#)
2. [Übersicht über die Regelungen für solartechnische Anlagen](#)
3. [Handout Regelungen für solartechnische Anlagen](#)

Gestaltungssatzung „Langenholdinghausen“

1. Änderung

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat folgende Satzungsänderung aufgrund des § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086), in Kraft getreten am 22. September 2021 in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1072), in Kraft getreten am 1. Juni 2022 beschlossen:

§ 1 Geltungsbereich

Der räumliche und sachliche Geltungsbereich dieser Änderung ist identisch mit den Geltungsbereichen der o.g. Gestaltungssatzung.

§ 2 Inhalt

Diese Anpassungen werden in der Gestaltungssatzung vorgenommen:

Folgende Regelung wird in die Satzung aufgenommen:

§ 6a

Solartechnische Anlagen (Photovoltaik, Solarthermie)

Zielsetzung

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupteinfriedungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

Folgende Regelungen beziehen sich auf die Geltungsbereiche I und II der Gestaltungssatzung:

Gestalterische Vorgaben

a) Dachflächen

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie deren Dachaufbauten, wie Gauben, zulässig. Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen ist zulässig, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt sind. Das heißt die Modulgröße ist einheitlich zu wählen, ebenso wie die Ausrichtung als rechteckige Anordnung (Modulreihen unter- bzw. nebeneinander). Auf geneigten Dachflächen ist nur eine plane Anbringung, d.h. der Dachneigung entsprechend, zulässig. Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module zulässig. Die Module dürfen nicht über die Dachfläche herausragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

b) Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen

Solartechnische Anlagen sind auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen zulässig. Bei geneigten Dächern sind die Vorgaben aus Punkt a) „Dachflächen“ zu beachten. Bei Flachdächern sind nur liegende Module mit einer maximalen Neigung von 20° und einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es ist ein Abstand von 0,30 m von den jeweiligen äußeren Gebäudekanten einzuhalten. Geringfügige Über- bzw. Unterschreitungen können aufgrund technischer Gründe ausnahmsweise zugelassen werden, sofern das Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Abweichung können

aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

c) Balkone

Solartechnische Anlagen an Balkonen sind nur als sogenannte Stecker-Solaranlage, Mini PV-Anlagen oder Balkonkraftwerke zulässig, d.h. der gewonnene Strom ist direkt in das Hausstromnetz einzuspeisen. Sie sind in planer Ausführung, also direkt am Balkon oder an einer Halterung / Aufständerung anzubringen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine maximale Neigung von 5° und eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige technisch bedingte Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden. Die maximale Höhe der Anlage hat die Brüstungshöhe sowie andere prägende Bauelemente (z.B. Bodenplatte) nicht zu überschreiten. Bei mehreren Modulen ist eine lückenlose Anordnung (Wahrnehmung als eine Einheit) zu wählen. Technisch bedingte Abweichungen hiervon können ausnahmsweise zugelassen werden. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module zulässig. Integrierte Systeme, die auch als Sichtschutz dienen können, sind zu bevorzugen.

d) Fassaden

Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden sind zulässig. Sie sind nur in planer Ausführung, d.h. direkt an der Fassade oder an einer Halterung / Aufständerung ohne Neigungswinkel anzubringen. Die Anordnung ist im Format sowie in Ausrichtung einheitlich als geschlossene Panelwand (lückenlose Anordnung) auszuführen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn eine technische Begründung vorliegt. Von der Außenkante der Fassade sowie zur Traufe, zum Ortgang und zu Öffnungen, insbesondere Fenstern, sind mindestens 0,20 m Abstand einzuhalten.

e) Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen

Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) sind zulässig. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich und plan auszuführen. Aufständerungen sind unzulässig.

f) Einfriedungen, Zäune und Zaunanlagen

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind zulässig. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich, plan und direkt am Zaunelement auszuführen. Module oberhalb von Einfriedungen und Zaunanlagen sind unzulässig. Technisch bedingte geringfügige Höhenüberschreitungen der Module können ausnahmsweise zugelassen werden. Integrierte solartechnische Anlagen, d.h. Komplettsysteme, sind zu bevorzugen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten.

§ 3 Inkrafttreten

Diese Änderung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

Gestaltungssatzung „Waldenburger Weg“

1. Änderung

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat folgende Satzungsänderung aufgrund des § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086), in Kraft getreten am 22. September 2021 in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1072), in Kraft getreten am 1. Juni 2022 beschlossen:

Folgende Regelung wird in die Satzung aufgenommen:

§ 5a

Solartechnische Anlagen (Photovoltaik, Solarthermie)

Zielsetzung

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupteinfriedungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

Gestalterische Vorgaben

a) Dachflächen

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie deren Dachaufbauten, wie Gauben, zulässig. Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen ist zulässig, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt sind. Das heißt die Modulgröße ist einheitlich zu wählen, ebenso wie die Ausrichtung als rechteckige Anordnung (Modulreihen unter- bzw. nebeneinander). Auf geneigten Dachflächen ist nur eine plane Anbringung, d.h. der Dachneigung entsprechend, zulässig. Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module zulässig. Die Module dürfen nicht über die Dachfläche herausragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

b) Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen

Solartechnische Anlagen sind auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen zulässig. Bei geneigten Dächern sind die Vorgaben aus Punkt a) „Dachflächen“ zu beachten. Bei Flachdächern sind nur liegende Module mit einer maximalen Neigung von 20° und einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es ist ein Abstand von 0,30 m von den jeweiligen äußeren Gebäudekanten einzuhalten. Geringfügige Über- bzw. Unterschreitungen können aufgrund technischer Gründe ausnahmsweise zugelassen werden, sofern das Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

c) Balkone

Solartechnische Anlagen an Balkonen sind nur als sogenannte Stecker-Solaranlage, Mini PV-Anlagen oder Balkonkraftwerke zulässig, d.h. der gewonnene Strom ist direkt in das Hausstromnetz einzuspeisen. Sie sind in planer Ausführung, also direkt am Balkon oder an einer Halterung / Aufständigung anzubringen. Bei Halterungen / Aufständigungen ist eine maximale Neigung von 5° und eine Tiefe von maximal 0,25 m

nicht zu überschreiten. Geringfügige technisch bedingte Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden. Die maximale Höhe der Anlage hat die Brüstungshöhe sowie andere prägende Bauelemente (z.B. Bodenplatte) nicht zu überschreiten. Bei mehreren Modulen ist eine lückenlose Anordnung (Wahrnehmung als eine Einheit) zu wählen. Technisch bedingte Abweichungen hiervon können ausnahmsweise zugelassen werden. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module zulässig. Integrierte Systeme, die auch als Sichtschutz dienen können, sind zu bevorzugen.

d) Fassaden

Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden sind zulässig. Sie sind nur in planer Ausführung, d.h. direkt an der Fassade oder an einer Halterung / Aufständering ohne Neigungswinkel anzubringen. Die Anordnung ist im Format sowie in Ausrichtung einheitlich als geschlossene Panelwand (lückenlose Anordnung) auszuführen. Bei Halterungen / Aufständeringen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn eine technische Begründung vorliegt. Von der Außenkante der Fassade sowie zur Traufe, zum Ortgang und zu Öffnungen, insbesondere Fenstern, sind mindestens 0,20 m Abstand einzuhalten.

e) Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen

Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) sind zulässig. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich und plan auszuführen. Aufständeringen sind unzulässig.

f) Einfriedungen und Zaunanlagen

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind zulässig. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich, plan und direkt am Zaunelement auszuführen. Module oberhalb von Einfriedungen und Zaunanlagen sind unzulässig. Technisch bedingte geringfügige Höhenüberschreitungen der Module können ausnahmsweise zugelassen werden. Integrierte solartechnische Anlagen, d.h. Komplettsysteme, sind zu bevorzugen. Bei Halterungen / Aufständeringen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten.

§ 3 Inkrafttreten

Diese Änderung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

Gestaltungssatzung „Ortsmitte Eiserfeld“

2. Änderung

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat folgende Satzungsänderung aufgrund des § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086), in Kraft getreten am 22. September 2021 in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1072), in Kraft getreten am 1. Juni 2022 beschlossen:

§ 8 der Gestaltungssatzung wird aufgehoben bzw. durch folgende Regelung ersetzt:

§ 8 Sende- und Empfangsanlagen, technische Anlagen

Empfangsanlagen für Fernseh- und Rundfunkempfang sind, wenn dies den Empfang nicht beeinträchtigt, auf der straßenabgewandten Seite des Gebäudes unterhalb des Firstes oder an der Fassade anzubringen. Antennenanlagen für Mobilfunk, Mobiltelefon und andere drahtlose Medien sind, wenn dies den Empfang nicht beeinträchtigt, auf der straßenabgewandten Seite des Gebäudes unterhalb des Firstes oder an der Fassade anzubringen. Sende- und Empfangsanlagen, gleich welcher Art, sind oberhalb der Firstlinie des Gebäudes sowie auf Flachdächern generell unzulässig.

Die Gestaltungssatzung wird durch folgende Regelung ergänzt:

§ 8a

Solartechnische Anlagen (Photovoltaik, Solarthermie)

Zielsetzung

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupteinfriedungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

Gestalterische Vorgaben

a) Dachflächen

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie ausnahmsweise auf Schleppgauben zulässig. Die Module sind in der Ausrichtung grundsätzlich rechteckig anzuordnen und eine Auskragung, ein Versprung oder Versatz einzelner Module ist unzulässig. Abweichungen können ausnahmsweise aufgrund technisch bedingter Erfordernisse (Einschnitte, Schornsteinen, etc.) zugelassen werden. Das heißt die Modulgröße ist einheitlich zu wählen, ebenso wie die Ausrichtung als rechteckige Anordnung (Modulreihen unter- bzw. nebeneinander). Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen kann im Rahmen einer Einzelfallprüfung ausnahmsweise zugelassen werden, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt ist und das Ortsbild nicht beeinträchtigt wird. Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Die Module dürfen nicht über die Dachfläche herauszuragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erfordernisse im Einzelfall zugelassen werden.

b) Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen

Solartechnische Anlagen sind auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen zulässig. Bei geneigten Dächern sind die Vorgaben aus Punkt a) „Dachflächen“ zu beachten. Bei Flachdächern sind nur liegende Module mit einer maximalen Neigung von 20° und einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es ist ein Abstand von 0,30 m von den jeweiligen äußeren Gebäudekanten einzuhalten. Geringfügige Über- bzw. Unterschreitungen können aufgrund technischer Gründe ausnahmsweise zugelassen werden, sofern das Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

c) Balkone

Solartechnische Anlagen an Balkonen sind nur als sogenannte Stecker-Solaranlage, Mini PV-Anlagen oder Balkonkraftwerke ausnahmsweise zulässig, d.h. der gewonnene Strom ist direkt in das Hausstromnetz einzuspeisen. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich. Die Anlagen sind in planer Ausführung, also direkt am Balkon oder an einer Halterung / Aufständerung anzubringen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine maximale Neigung von 5° und eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige technische bedingte Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden. Die maximale Höhe der Anlage hat die Brüstungshöhe sowie andere prägende Bauelemente (z.B. Bodenplatte) nicht zu überschreiten. Bei mehreren Modulen ist eine lückenlose Anordnung (Wahrnehmung als eine Einheit) zu wählen. Technische bedingte Abweichungen hiervon können ausnahmsweise zugelassen werden. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Integrierte Systeme, die auch als Sichtschutz dienen können, sind zu bevorzugen.

d) Fassaden

Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind nur in planer Ausführung, d.h. direkt an der Fassade oder an einer Halterung bzw. Aufständerung ohne Neigungswinkel anzubringen. Die Anordnung ist im Format sowie in Ausrichtung einheitlich als geschlossene Panelwand (lückenlose Anordnung) auszuführen. Bei Halterungen bzw. Aufständerungen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn eine technische Begründung vorliegt. Von der Außenkante der Fassade sowie zur Traufe, zum Ortgang und zu Öffnungen, insbesondere Fenstern, sind mindestens 0,20 m Abstand einzuhalten.

e) Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen

Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich und plan auszuführen. Aufständerungen sind unzulässig.

f) Einfriedungen und Zaunanlagen

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind unzulässig.

§ 3 Inkrafttreten

Diese Änderung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

Gestaltungssatzung „Hinteres Wensch“

1. Änderung

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat folgende Satzungsänderung aufgrund des § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086), in Kraft getreten am 22. September 2021 in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1072), in Kraft getreten am 1. Juni 2022 beschlossen:

§ 4 (2) Dächer 5. Dacheindeckung 4. Absatz wird aufgehoben:

„Bei Photovoltaik- und Solaranlagen sind spiegelnde und stark strukturierte Oberflächen der Kollektoren unzulässig; bei nicht flächenbündigen Systemen hat der seitliche Abstand zu Traufe und Ortgang mindestens 1,25 m zu betragen. Auf geneigten Dächern sind abweichende Aufstellwinkel unzulässig.“

Folgende Regelung wird in die Satzungen aufgenommen:

§ 4a

Solartechnische Anlagen (Photovoltaik, Solarthermie)

Zielsetzung

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupteinfriedungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

Gestalterische Vorgaben

a) Dachflächen

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie ausnahmsweise auf Schleppgauben zulässig. Die Module sind in der Ausrichtung grundsätzlich rechteckig anzuordnen und eine Auskragung, ein Versprung oder Versatz einzelner Module ist unzulässig. Abweichungen können ausnahmsweise aufgrund technisch bedingter Erfordernisse (Einschnitte, Schornsteinen, etc.) zugelassen werden. Das heißt die Modulgröße ist einheitlich zu wählen, ebenso wie die Ausrichtung als rechteckige Anordnung (Modulreihen unter- bzw. nebeneinander). Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen kann im Rahmen einer Einzelfallprüfung ausnahmsweise zugelassen werden, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt ist und das Ortsbild nicht beeinträchtigt wird. Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Die Module dürfen nicht über die Dachfläche herausragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erfordernisse im Einzelfall zugelassen werden.

b) Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen

Solartechnische Anlagen sind auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen zulässig. Bei geneigten Dächern sind die Vorgaben aus Punkt a) „Dachflächen“ zu beachten. Bei Flachdächern sind nur liegende Module mit einer maximalen Neigung von 20° und einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es ist ein Abstand von 0,30 m von den jeweiligen äußeren Gebäudekanten einzuhalten. Geringfügige Über- bzw. Unterschreitungen können aufgrund technischer Gründe ausnahmsweise zugelassen werden, sofern das Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Abweichung können

aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

c) Balkone

Solartechnische Anlagen an Balkonen sind nur als sogenannte Stecker-Solaranlage, Mini PV-Anlagen oder Balkonkraftwerke ausnahmsweise zulässig, d.h. der gewonnene Strom ist direkt in das Hausstromnetz einzuspeisen. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich. Die Anlagen sind in planer Ausführung, also direkt am Balkon oder an einer Halterung / Aufständerung anzubringen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine maximale Neigung von 5° und eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige technische bedingte Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden. Die maximale Höhe der Anlage hat die Brüstungshöhe sowie andere prägende Bauelemente (z.B. Bodenplatte) nicht zu überschreiten. Bei mehreren Modulen ist eine lückenlose Anordnung (Wahrnehmung als eine Einheit) zu wählen. Technische bedingte Abweichungen hiervon können ausnahmsweise zugelassen werden. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Integrierte Systeme, die auch als Sichtschutz dienen können, sind zu bevorzugen.

d) Fassaden

Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind nur in planer Ausführung, d.h. direkt an der Fassade oder an einer Halterung bzw. Aufständerung ohne Neigungswinkel anzubringen. Die Anordnung ist im Format sowie in Ausrichtung einheitlich als geschlossene Panelwand (lückenlose Anordnung) auszuführen. Bei Halterungen bzw. Aufständerungen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn eine technische Begründung vorliegt. Von der Außenkante der Fassade sowie zur Traufe, zum Ortgang und zu Öffnungen, insbesondere Fenstern, sind mindestens 0,20 m Abstand einzuhalten.

e) Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen

Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich und plan auszuführen. Aufständerungen sind unzulässig.

f) Einfriedungen und Zaunanlagen

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind unzulässig.

§ 3 Inkrafttreten

Diese Änderung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

Gestaltungssatzung „Oberes Wensch“

1. Änderung

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat folgende Satzungsänderung aufgrund des § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086), in Kraft getreten am 22. September 2021 in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1072), in Kraft getreten am 1. Juni 2022 beschlossen:

§ 4 (2) Dächer 5. Dacheindeckung 4. Absatz wird aufgehoben:

„Bei Photovoltaik- und Solaranlagen sind spiegelnde und stark strukturierte Oberflächen der Kollektoren unzulässig; bei nicht flächenbündigen Systemen hat der seitliche Abstand zu Traufe und Ortsgang mindestens 1,25 m zu betragen. Auf geneigten Dächern sind abweichende Aufstellwinkel unzulässig.“

Folgende Regelung wird in die Satzungen aufgenommen:

§ 4a

Solartechnische Anlagen (Photovoltaik, Solarthermie)

Zielsetzung

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupterschließungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

Gestalterische Vorgaben

a) Dachflächen

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie ausnahmsweise auf Schleppgauben zulässig. Die Module sind in der Ausrichtung grundsätzlich rechteckig anzuordnen und eine Auskragung, ein Versprung oder Versatz einzelner Module ist unzulässig. Abweichungen können ausnahmsweise aufgrund technisch bedingter Erfordernisse (Einschnitte, Schornsteinen, etc.) zugelassen werden. Das heißt die Modulgröße ist einheitlich zu wählen, ebenso wie die Ausrichtung als rechteckige Anordnung (Modulreihen unter- bzw. nebeneinander). Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen kann im Rahmen einer Einzelfallprüfung ausnahmsweise zugelassen werden, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt ist und das Ortsbild nicht beeinträchtigt wird. Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Die Module dürfen nicht über die Dachfläche herauszuragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erfordernisse im Einzelfall zugelassen werden.

b) Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen

Solartechnische Anlagen sind auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen zulässig. Bei geneigten Dächern sind die Vorgaben aus Punkt a) „Dachflächen“ zu beachten. Bei Flachdächern sind nur liegende Module mit einer maximalen Neigung von 20° und einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es ist ein Abstand von 0,30 m von den jeweiligen äußeren Gebäudekanten einzuhalten. Geringfügige Über- bzw. Unterschreitungen können aufgrund technischer Gründe ausnahmsweise zugelassen werden, sofern das Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Abweichung können

aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

c) Balkone

Solartechnische Anlagen an Balkonen sind nur als sogenannte Stecker-Solaranlage, Mini PV-Anlagen oder Balkonkraftwerke ausnahmsweise zulässig, d.h. der gewonnene Strom ist direkt in das Hausstromnetz einzuspeisen. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich. Die Anlagen sind in planer Ausführung, also direkt am Balkon oder an einer Halterung / Aufständerung anzubringen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine maximale Neigung von 5° und eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige technische bedingte Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden. Die maximale Höhe der Anlage hat die Brüstungshöhe sowie andere prägende Bauelemente (z.B. Bodenplatte) nicht zu überschreiten. Bei mehreren Modulen ist eine lückenlose Anordnung (Wahrnehmung als eine Einheit) zu wählen. Technische bedingte Abweichungen hiervon können ausnahmsweise zugelassen werden. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Integrierte Systeme, die auch als Sichtschutz dienen können, sind zu bevorzugen.

d) Fassaden

Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind nur in planer Ausführung, d.h. direkt an der Fassade oder an einer Halterung bzw. Aufständerung ohne Neigungswinkel anzubringen. Die Anordnung ist im Format sowie in Ausrichtung einheitlich als geschlossene Panelwand (lückenlose Anordnung) auszuführen. Bei Halterungen bzw. Aufständerungen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn eine technische Begründung vorliegt. Von der Außenkante der Fassade sowie zur Traufe, zum Ortgang und zu Öffnungen, insbesondere Fenstern, sind mindestens 0,20 m Abstand einzuhalten.

e) Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen

Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich und plan auszuführen. Aufständerungen sind unzulässig.

f) Einfriedungen und Zaunanlagen

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind unzulässig.

§ 3 Inkrafttreten

Diese Änderung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

Gestaltungssatzung „Vorderes Wensch“

1. Änderung

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat folgende Satzungsänderung aufgrund des § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086), in Kraft getreten am 22. September 2021 in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1072), in Kraft getreten am 1. Juni 2022 beschlossen:

§ 1 Geltungsbereich

Der räumliche und sachliche Geltungsbereich dieser Änderung ist identisch mit den Geltungsbereichen der o.g. Gestaltungssatzungen.

§ 2 Inhalt

Die Anpassungen werden in den Gestaltungssatzungen vorgenommen:

§ 4 (2) Dächer 5. Dacheindeckung 4. Absatz wird aufgehoben:

„Bei Photovoltaik- und Solaranlagen sind spiegelnde und stark strukturierte Oberflächen der Kollektoren unzulässig; bei nicht flächenbündigen Systemen hat der seitliche Abstand zu Traufe und Ortgang mindestens 1,25 m zu betragen. Auf geneigten Dächern sind abweichende Aufstellwinkel unzulässig.“

Folgende Regelung wird in die Satzungen aufgenommen:

§ 4a

Solartechnische Anlagen (Photovoltaik, Solarthermie)

Zielsetzung

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupteinfriedungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

Gestalterische Vorgaben

a) Dachflächen

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie ausnahmsweise auf Schleppgauben zulässig. Die Module sind in der Ausrichtung grundsätzlich rechteckig anzuordnen und eine Auskragung, ein Versprung oder Versatz einzelner Module ist unzulässig. Abweichungen können ausnahmsweise aufgrund technisch bedingter Erfordernisse (Einschnitte, Schornsteinen, etc.) zugelassen werden. Das heißt die Modulgröße ist einheitlich zu wählen, ebenso wie die Ausrichtung als rechteckige Anordnung (Modulreihen unter- bzw. nebeneinander). Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen kann im Rahmen einer Einzelfallprüfung ausnahmsweise zugelassen werden, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt ist und das Ortsbild nicht beeinträchtigt wird. Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Die Module dürfen nicht über die Dachfläche herausragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erfordernisse im Einzelfall zugelassen werden.

b) Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen

Solartechnische Anlagen sind auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen zulässig. Bei geneigten Dächern sind die Vorgaben aus Punkt a) „Dachflächen“ zu beachten. Bei Flachdächern sind nur liegende Module mit einer maximalen Neigung von 20° und einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es ist ein Abstand von 0,30 m von den jeweiligen äußeren Gebäudekanten einzuhalten. Geringfügige Über- bzw. Unterschreitungen können aufgrund technischer Gründe ausnahmsweise zugelassen werden, sofern das Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

c) Balkone

Solartechnische Anlagen an Balkonen sind nur als sogenannte Stecker-Solaranlage, Mini PV-Anlagen oder Balkonkraftwerke ausnahmsweise zulässig, d.h. der gewonnene Strom ist direkt in das Hausstromnetz einzuspeisen. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich. Die Anlagen sind in planer Ausführung, also direkt am Balkon oder an einer Halterung / Aufständerung anzubringen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine maximale Neigung von 5° und eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige technische bedingte Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden. Die maximale Höhe der Anlage hat die Brüstungshöhe sowie andere prägende Bauelemente (z.B. Bodenplatte) nicht zu überschreiten. Bei mehreren Modulen ist eine lückenlose Anordnung (Wahrnehmung als eine Einheit) zu wählen. Technische bedingte Abweichungen hiervon können ausnahmsweise zugelassen werden. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Integrierte Systeme, die auch als Sichtschutz dienen können, sind zu bevorzugen.

d) Fassaden

Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind nur in planer Ausführung, d.h. direkt an der Fassade oder an einer Halterung bzw. Aufständerung ohne Neigungswinkel anzubringen. Die Anordnung ist im Format sowie in Ausrichtung einheitlich als geschlossene Panelwand (lückenlose Anordnung) auszuführen. Bei Halterungen bzw. Aufständerungen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn eine technische Begründung vorliegt. Von der Außenkante der Fassade sowie zur Traufe, zum Ortgang und zu Öffnungen, insbesondere Fenstern, sind mindestens 0,20 m Abstand einzuhalten.

e) Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen

Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) können ausnahmsweise zugelassen werden. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich und plan auszuführen. Aufständerungen sind unzulässig.

f) Einfriedungen und Zaunanlagen

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind unzulässig.

§ 3 Inkrafttreten

Diese Änderung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

Gestaltungssatzung „Innenstadt“

1. Änderung

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat folgende Satzungsänderung aufgrund des § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086), in Kraft getreten am 22. September 2021 in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1072), in Kraft getreten am 1. Juni 2022 beschlossen:

§ 10 Abs. 4 - Abs. 6 der Gestaltungssatzung werden aufgehoben und folgende Regelungen eingefügt:

§ 10 Sonnenkollektoren, Photovoltaikanlagen und technische Anlagen

Abs. 4

Zielsetzung

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupteinfriedungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

Gestalterische Vorgaben

a) Dachflächen

Für den Geltungsbereich ohne Teilbereiche:

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie deren Dachaufbauten, wie Gauben, zulässig. Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen ist zulässig, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt sind. Das heißt die Modulgröße ist einheitlich zu wählen, ebenso wie die Ausrichtung als rechteckige Anordnung (Modulreihen unter- bzw. nebeneinander). Auf geneigten Dachflächen ist nur eine plane Anbringung, d.h. der Dachneigung entsprechend, zulässig. Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module zulässig. Die Module dürfen nicht über die Dachfläche herausragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erfordernisse (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

Für die Teilbereiche A, B, C und E:

Solartechnische Anlagen sind auf dem Haupt- und Nebendach sowie ausnahmsweise auf Schleppgauben zulässig. Die Module sind in der Ausrichtung grundsätzlich rechteckig anzuordnen und eine Auskragung, ein Versprung oder Versatz einzelner Module ist unzulässig. Abweichungen können ausnahmsweise aufgrund technisch bedingter Erfordernisse (Einschnitte, Schornsteinen, etc.) zugelassen werden. Die Module sind in ihrem Format (Modulgröße) einheitlich und in der Ausrichtung geordnet, d.h. unter- bzw. nebeneinander, auszuführen. Eine Kombination von PV- und ST-Anlagen kann im Rahmen einer Einzelfallprüfung ausnahmsweise zugelassen werden, wenn sie in der Ausrichtung geordnet und aufeinander abgestimmt ist und das Ortsbild nicht beeinträchtigt wird. Eine Aufständigung ist nur bei Flach- und Pultdächern bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module sowie Rahmen zulässig. Die Module haben nicht über die Dachfläche herauszuragen. Die Oberfläche der Module hat entspiegelt bzw. matt zu sein. Die Module sind in einer geschlossenen Panelreihung, d.h. in lückenloser Anordnung, anzuordnen. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erfordernisse (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

Zusätzlich: Bei Neueindeckungen von Dachflächen und gleichzeitiger Installation von solartechnischen Anlagen sind ausnahmsweise Kunstschiefer oder flache bzw. gering profilierte Dachsteine bzw. Tonziegel zulässig. Dies gilt nur, wenn die solartechnische Anlage mindestens 50 % der von der Installation betroffenen Dachfläche überdeckt.

Für den Teilbereich D:

Anforderung entsprechend „Für die Teilbereiche A, B, C und E“ und zusätzlich: Im Denkmalbereich „Altstadt“ ist bei der Anbringung von solartechnischen Anlagen eine Einzelfallprüfung nach denkmalrechtlichen Anforderungen erforderlich.

b) Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen

Für den Geltungsbereich ohne Teilbereiche:

Solartechnische Anlagen sind auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen zulässig. Bei geeigneten Dächern sind die Vorgaben aus Punkt a) „Dachflächen“ zu beachten. Bei Flachdächern sind nur liegende Module mit einer maximalen Neigung von 20° und einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zulässig. Es ist ein Abstand von 0,30 m von den jeweiligen äußeren Gebäudekanten einzuhalten. Geringfügige Über- bzw. Unterschreitungen können aufgrund technischer Gründe ausnahmsweise zugelassen werden, sofern das Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Abweichung können aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten (z.B. bei Dachbegrünung) im Einzelfall zugelassen werden.

Für die Teilbereiche A, B, C und E:

Anforderung entsprechend „Für den Geltungsbereich ohne Teilbereiche“.

Für den Teilbereich D:

Anforderung entsprechend „Für Geltungsbereich ohne Teilbereiche“ sowie ergänzend: Solartechnische Anlagen auf Dachflächen von Nebengebäuden und Nebenanlagen können ausnahmsweise zugelassen werden. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich.

c) Balkone

Für den Geltungsbereich ohne Teilbereiche:

Solartechnische Anlagen an Balkonen sind nur als sogenannte Stecker-Solaranlage, Mini PV-Anlagen oder Balkonkraftwerke zulässig, d.h. der gewonnene Strom ist direkt in das Hausstromnetz einzuspeisen. Sie sind in planer Ausführung, also direkt am Balkon oder an einer Halterung / Aufständerung anzubringen. Bei Halterungen / Aufständerungen ist eine maximale Neigung von 5° und eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige technisch bedingte Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden. Die maximale Höhe der Anlage hat die Brüstungshöhe sowie andere prägende Bauelemente (z.B. Bodenplatte) nicht zu überschreiten. Bei mehreren Modulen ist eine lückenlose Anordnung (Wahrnehmung als eine Einheit) zu wählen. Technisch bedingte Abweichungen hiervon können ausnahmsweise zugelassen werden. Es sind nur schwarze oder anthrazit-farbige Module zulässig. Integrierte Systeme, die auch als Sichtschutz dienen können, sind zu bevorzugen.

Für die Teilbereiche A, B, C und E:

Anforderung entsprechend „Für Geltungsbereich ohne Teilbereiche“ sowie abweichend und ergänzend: Solartechnische Anlagen an Balkonen können unter Berücksichtigung von schwarzen oder anthrazit-farbenen Modulen sowie Rahmen ausnahmsweise zugelassen werden. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich.

Für den Teilbereich D:

Anforderung entsprechend „Für Teilbereiche A, B, C und E“.

d) Fassaden

Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden sind zulässig. Sie sind nur in planer Ausführung, d.h. direkt an der Fassade oder an einer Halterung / Aufständigung ohne Neigungswinkel anzubringen. Die Anordnung ist im Format sowie in Ausrichtung einheitlich als geschlossene Panelwand (lückenlose Anordnung) auszuführen. Bei Halterungen / Aufständigungen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten. Geringfügige Überschreitungen können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn eine technische Begründung vorliegt. Von der Außenkante der Fassade sowie zur Traufe, zum Ortgang und zu Öffnungen, insbesondere Fenstern, sind mindestens 0,20 m Abstand einzuhalten.

Für die Teilbereiche A, B, C und E:

Anforderung entsprechend „Für Geltungsbereich ohne Teilbereiche“ und ergänzend: Solartechnische Anlagen an Fassaden an Haupt- und Nebengebäuden können ausnahmsweise zugelassen werden. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich.

Für den Teilbereich D:

Anforderung entsprechend „Für Teilbereiche A, B, C und E“.

e) Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen

Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) sind zulässig. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich und plan auszuführen. Aufständigungen sind unzulässig.

Für die Teilbereiche A, B, C und E:

Anforderung entsprechend „Für Geltungsbereich ohne Teilbereiche“ und abweichend: Solartechnische Anlagen an oder als Überdeckungen von außenstehenden Nutzbereichen (u.a. Terrassenüberdachung, Vordächern, etc.) können ausnahmsweise zugelassen werden. Eine Einzelfallprüfung ist erforderlich.

Für den Teilbereich D:

Anforderung entsprechend „Für Teilbereiche A, B, C und E“.

f) Einfriedungen und Zaunanlagen

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind zulässig. Sie sind im Format und Ausrichtung einheitlich, plan und direkt am Zaunelement auszuführen. Module oberhalb von Einfriedungen und Zaunanlagen sind unzulässig. Technisch bedingte geringfügige Höhenüberschreitungen der Module können ausnahmsweise zugelassen werden. Integrierte solartechnische Anlagen, d.h. Komplettsysteme, sind zu bevorzugen. Bei Halterungen / Aufständigungen ist eine Tiefe von maximal 0,25 m nicht zu überschreiten.

Für die Teilbereiche A, B, C und E:

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind unzulässig.

Für den Teilbereich D:

Solartechnische Anlagen an Einfriedungen, Zäunen oder als eigenständige Zaunanlagen sind unzulässig.

§ 3 Inkrafttreten

Diese Änderung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

Übersicht über die Regelungen für solartechnische Anlagen¹ im Geltungsbereich von Gestaltungssatzungen²

Einfache Anforderungen	Erhöhte Anforderungen	Strenge Anforderungen
<ul style="list-style-type: none"> • Innenstadt (ohne Teilbereiche) • Langenholdinghausen • Waldenburger Weg 	<ul style="list-style-type: none"> • Innenstadt (Teilbereiche A, B, C und E) • Eiserfeld Ortsmitte • Wensch (Hintere, Obere, Vordere) 	<ul style="list-style-type: none"> • Innenstadt (Teilbereich D „Altstadt“)
Dachflächen		
<ul style="list-style-type: none"> • Auf dem Haupt + Nebendach + Dachaufbauten (Gauben) • Einheitliches Format, Ausrichtung und Neigungswinkel an der jeweiligen Dachfläche • Bei Kombination von PV+ST aufeinander abgestimmte Anordnung und Format • Aufständigung unzulässig. Bei Flach- und Pultdächern zulässig (Anforderung wie bei Nebengebäuden) • matt, entspiegelt • einheitliche Module in schwarz/anthrazit • Keine Überschreitung der Dachflächen • Geschlossene Panelreihung („Keine Lücken“) • Abweichung aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten im Einzelfall möglich 	<ul style="list-style-type: none"> • Wie „Einfache Anforderungen“ abweichend • Auf dem Haupt- oder Nebendach, ausnahmsweise auf Schlepp-Gauben • Grundsätzlich geschlossene, rechteckig angeordnete Modulflächen, keine Auskragung einzelner Module (kein Versatz / Versprung der Module) • Einheitliche Module und Rahmen in schwarz/anthrazit • Kombination von PV+ST als Ausnahme zulässig → Einzelfallprüfung ergänzend • GS Innenstadt: Bei Neueindeckung, v.a. bei Schieferdächern; Kompensation mit flachen Dachsteinen möglich, wenn mind. 50 % der betroffenen Dachfläche überdeckt wird 	<ul style="list-style-type: none"> • Wie „Erhöhte Anforderungen“ ergänzend • Im Denkmalbereich (Altstadt) ist eine Einzelfallprüfung erforderlich

¹ Photovoltaik und Solarthermie

² Diese Übersicht gibt nur die wesentlichen Inhalte der Regelungen wieder. Es gelten die Regelungen in den einzelnen Gestaltungssatzungen.

Dachflächen auf Nebengebäuden und -anlagen

<ul style="list-style-type: none"> • Bei Flachdächern „liegende“ Ausführung • Bei geneigten Dächern Vorgaben für Dachflächen zu beachten • Sichtbare Aufbauhöhe von ca. 0,40 m • Max. Neigung = 20° • 0,30 m Abstand zur Außenkanten • Abweichungen nur aufgrund technisch bedingter Anforderungen und wenn Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird 	<ul style="list-style-type: none"> • Wie „Einfache Anforderungen“ 	<ul style="list-style-type: none"> • Wie „Einfache Anforderungen“ ergänzend • Als Ausnahme (kann zugelassen werden) → Einzelfallprüfung
---	--	--

Balkone

<ul style="list-style-type: none"> • „Plane“ Ausführung (direkt am Balkon oder an Halterung) • Neigung bis 5° zulässig • Max. Tiefe 0,25 m (Halterung bzw. Aufständigung) • aufeinander abgestimmte Gliederung • Keine Kompensation von Dachflächen-PV • Module einheitlich + schwarz, anthrazit • max. Modulhöhe = Brüstungshöhe • Keine Überschreitung der prägenden Bauelemente (v.a. Bodenplatte) 	<ul style="list-style-type: none"> • Wie „Einfache Anforderungen“ abweichend • Rahmen und Module einheitlich + schwarz, anthrazit ergänzend • Als Ausnahme (kann zugelassen werden) → Einzelfallprüfung 	<ul style="list-style-type: none"> • Wie „Erhöhte Anforderungen“
---	--	---

Fassaden		
<ul style="list-style-type: none"> • Auf Haupt- und Nebengebäude • „Plane“ Ausführung (direkt an der Fassade oder an Halterung / Aufständerung ohne Neigungswinkel) • Einheitliches Format und Ausrichtung (senk- oder waagrecht aufeinander abgestimmte Bahnen) • Geschlossene aufeinander abgestimmte Gliederung • Max. Tiefe 0,25 m (Halterung bzw. Aufständerung) • Abstand von Außenkante der Fassade, Traufe, Ortgang, Öffnungen (Fenster, Türen) mind. 0,20 m 	<ul style="list-style-type: none"> • Wie „Einfache Anforderungen“ ergänzend • Als Ausnahme (kann zugelassen werden) → Einzelfallprüfung 	<ul style="list-style-type: none"> • Wie „Erhöhte Anforderungen“
Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen		
<ul style="list-style-type: none"> • Plane Ausführung • Einheitliches Format und Ausrichtung • Keine Aufständerung 	<ul style="list-style-type: none"> • Wie „Einfache Anforderungen“ ergänzend • Als Ausnahme (kann zugelassen werden) → Einzelfallprüfung 	<ul style="list-style-type: none"> • Wie „Erhöhte Anforderungen“
Einfriedungen, Zäune und Zaunanlagen		
<ul style="list-style-type: none"> • Plane Ausführung • Einheitliches Format und Ausrichtung • Module nur innerhalb der Einfriedung • Max. Tiefe 0,25 m (Halterung bzw. Aufständerung) 	<ul style="list-style-type: none"> • Unzulässig 	<ul style="list-style-type: none"> • Wie „Erhöhte Anforderungen“

Handout

Regulierungen von solartechnischen Anlagen innerhalb von städtischen Gestaltungssatzungen

Zielsetzung

Solartechnische Anlagen (STA) im Sinne dieser Satzung sind Sonnenkollektoren zur Stromerzeugung oder Wärmeenergiegewinnung, also insbesondere Photovoltaik (PV) und Solarthermie (ST). Städtebauliche Relevanz erhalten diese Anlagen, sobald Sie auf Gebäuden, Gebäudeteilen oder Einfriedungen errichtet werden und vom öffentlichen Raum wahrgenommen werden können. Hierunter fallen insbesondere solartechnische Anlagen auf Dächern, an Fassaden, Balkonen, Einfriedungen oder auf Nebengebäuden, insbesondere, wenn sie an der Haupteinfriedungsstraße liegen. Für all diese solartechnischen Anlagen werden daher im Weiteren gestalterische Vorgaben vorgenommen, um den Schutzzweck der jeweiligen Satzung zu unterstützen und den Umgebungscharakter zu wahren.

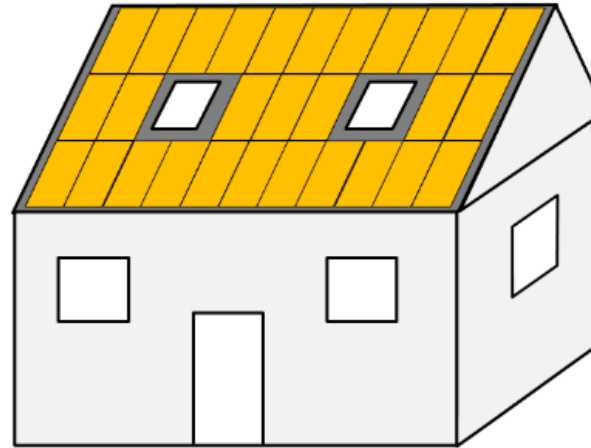
Die folgenden skizzenhaften Darstellungen dienen lediglich als Hilfsmittel zur Veranschaulichung der Regelungen der städtischen Gestaltungssatzungen über die Anbringung von solartechnischen Anlagen. Grundsätzlich gelten die konkreten Festsetzungen in der jeweiligen Satzung.

Dachflächen

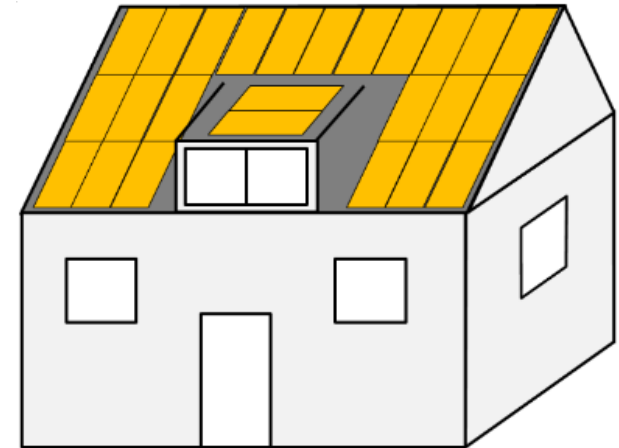
• Innenstadt (ohne Teilbereiche)

- Auf dem Haupt- + Nebendach + Dachaufbauten (Gauben)
- Einheitliches Format, Ausrichtung und Neigungswinkel an der jeweiligen Dachfläche
- Bei Kombination von PV+ST aufeinander abgestimmte Anordnung und Format
- Aufständerung unzulässig. Bei Flach- und Pultdächern zulässig (Anforderung wie bei Nebengebäuden)
- matt, entspiegelt
- einheitliche Module in schwarz/anthrazit
- Keine Überschreitung der Dachflächen
- Geschlossene Panelreihung („Keine Lücken“)
- Abweichung aufgrund technisch bedingter Erforderlichkeiten im Einzelfall möglich

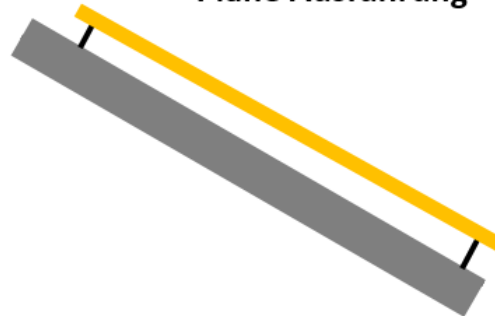
• Langenholdinghausen

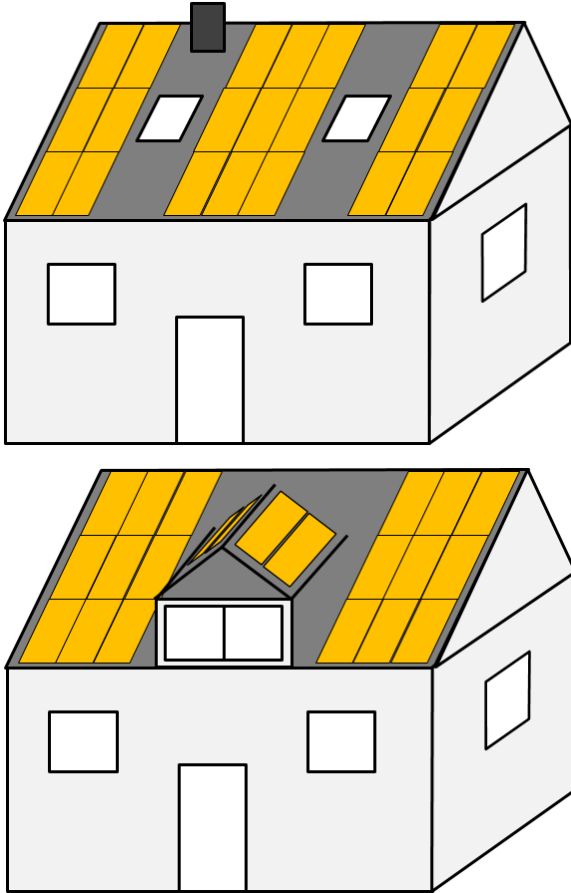
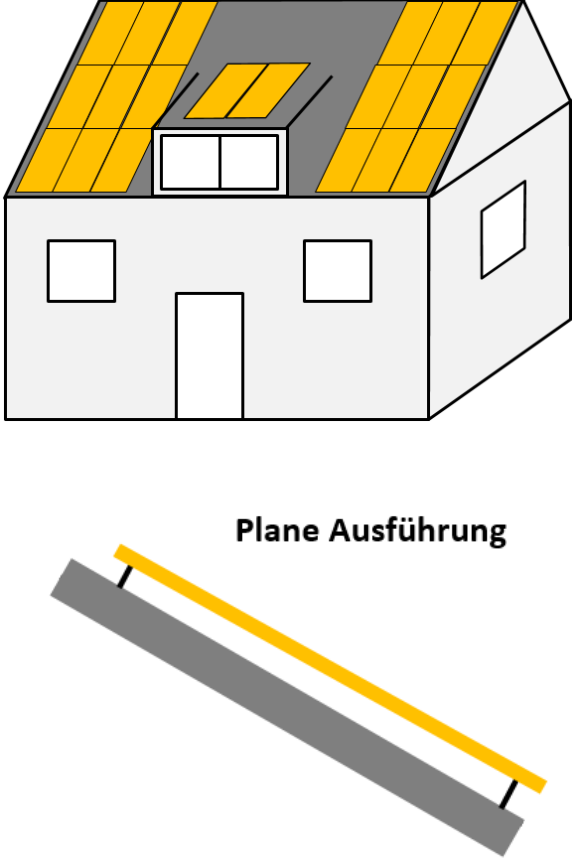


• Waldenburger Weg



Plane Ausführung

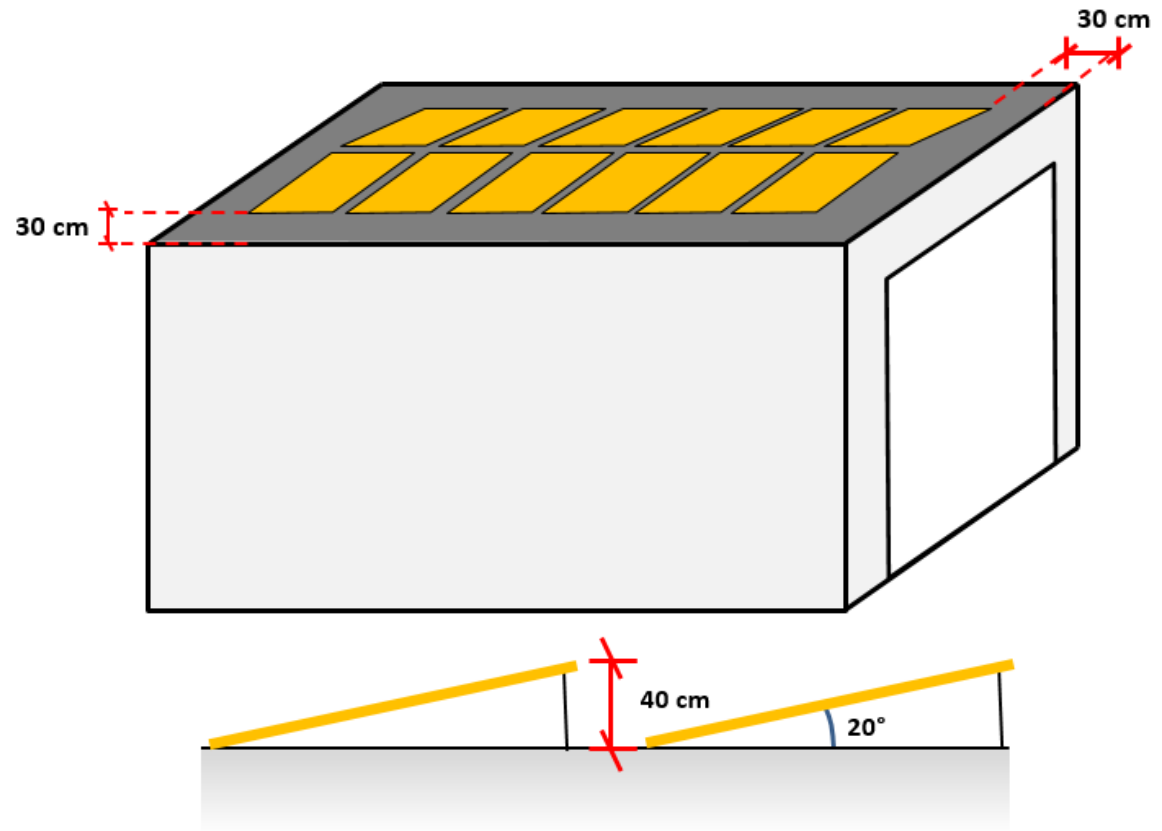


• Eiserfeld Ortsmitte	• Innenstadt (Teilbereiche A, B, C und E)	• Wenscht (Hintere, Obere, Vordere)
<ul style="list-style-type: none"> Wie „Einfache Anforderungen“ abweichend Auf dem Haupt- oder Nebendach, ausnahmsweise auf Schlepp-Gauben Grundsätzlich geschlossene, rechteckig angeordnete Modulflächen, keine Auskrugung einzelner Module (kein Versatz / Versprung der Module) Einheitliche Module und Rahmen in schwarz/anthrazit Kombination von PV+ST als Ausnahme zulässig → Einzelfallprüfung ergänzend GS Innenstadt: Bei Neueindeckung, v.a. bei Schieferdächern; Kompensation mit flachen Dachsteinen möglich, wenn mind. 50 % der betroffenen Dachfläche überdeckt wird 		 <p>Plane Ausführung</p>
• Innenstadt (Teilbereich D „Altstadt“)		
<ul style="list-style-type: none"> Wie „Erhöhte Anforderungen“ ergänzend Im Denkmalbereich (Altstadt) ist eine Einzelfallprüfung erforderlich 		

Dachflächen auf Nebengebäuden und -anlagen

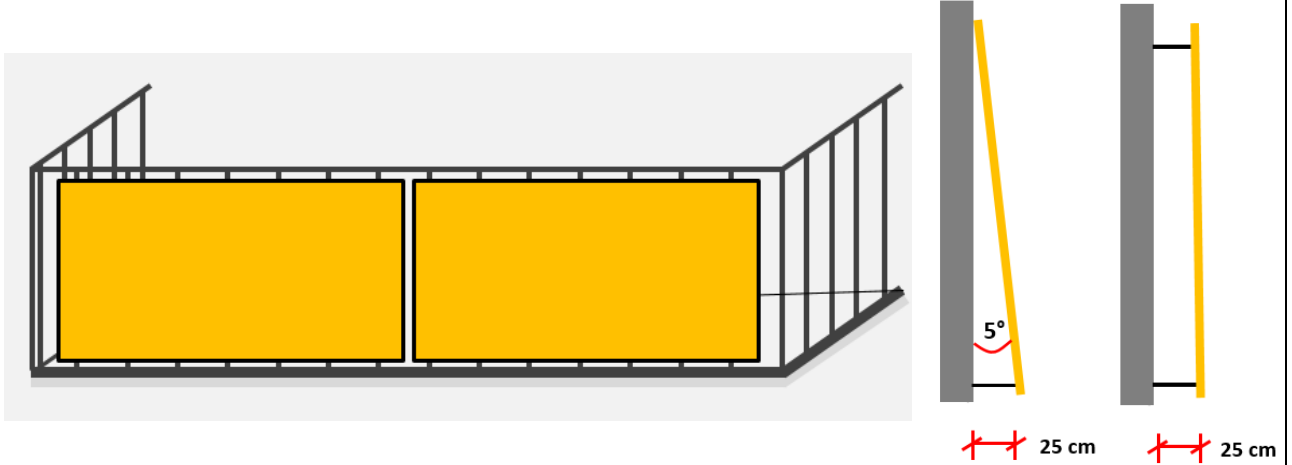
- | | | |
|---|--|---|
| • Innenstadt (ohne Teilbereiche) | • Langenholdinghausen | • Waldenburger Weg |
| • Eiserfeld Ortsmitte | • Innenstadt (Teilbereiche A, B, C und E) | • Wensch (Hintere, Obere, Vordere) |

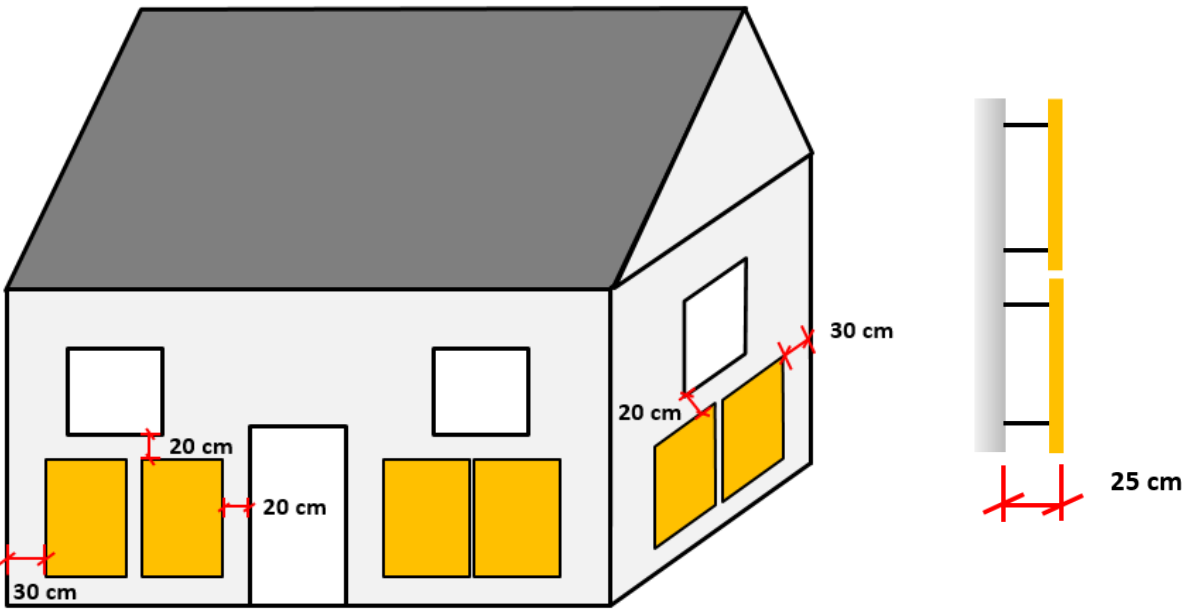
- Bei Flachdächern „liegende“ Ausführung
- Bei geneigten Dächern Vorgaben für Dachflächen zu beachten
- Sichtbare Aufbauhöhe von ca. 0,40 m
- Max. Neigung = 20°
- 0,30 m Abstand zur Außenkanten
- Abweichungen nur aufgrund technisch bedingter Anforderungen und wenn Ortsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird



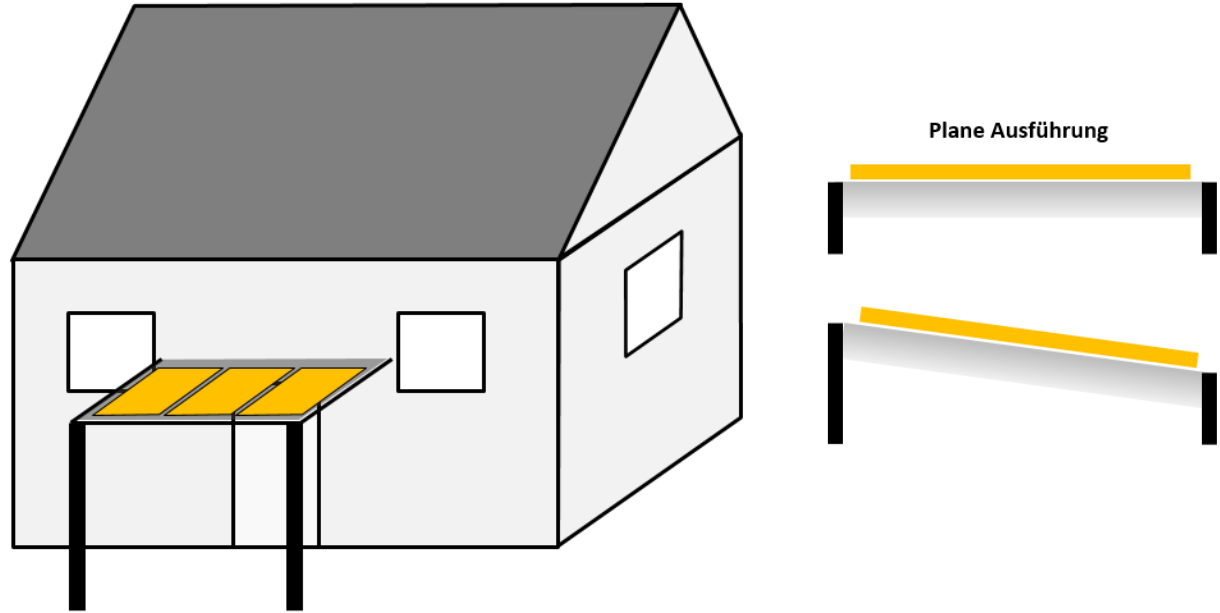
• **Innenstadt** (Teilbereich D „Altstadt“)

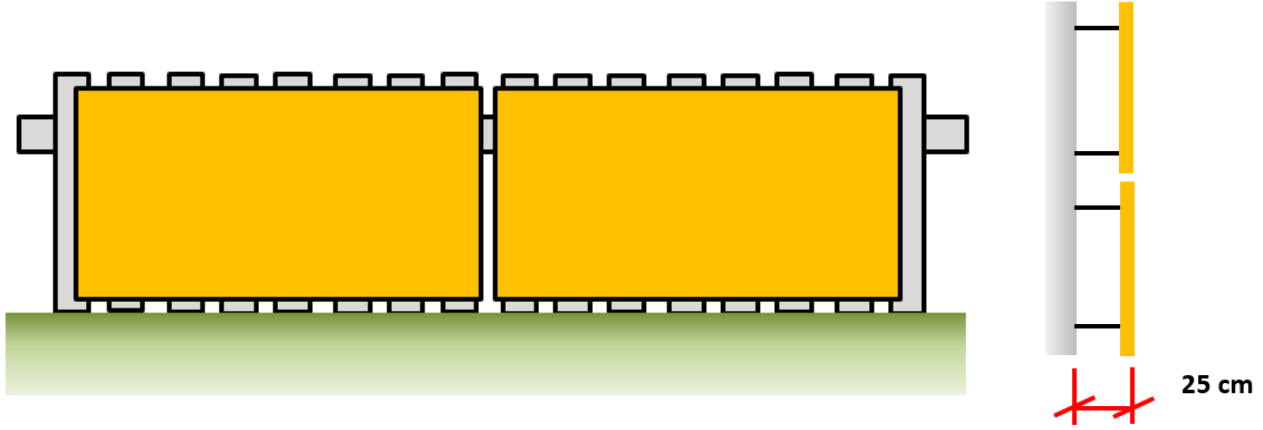
- Wie „Einfache Anforderungen“
ergänzend
- Als Ausnahme (kann zugelassen werden)
→ Einzelfallprüfung

Balkone		
• Innenstadt (ohne Teilbereiche)	• Langenholdinghausen	• Waldenburger Weg
<ul style="list-style-type: none"> • „Plane“ Ausführung (direkt am Balkon oder an Halterung) • Neigung bis 5° zulässig • Max. Tiefe 0,25 m (Halterung bzw. Aufständerung) • aufeinander abgestimmte Gliederung • Keine Kompensation von Dachflächen-PV • Module einheitlich + schwarz, anthrazit • max. Modulhöhe = Brüstungshöhe • Keine Überschreitung der prägenden Bauelemente (v.a. Bodenplatte) 		
• Eiserfeld Ortsmitte	• Innenstadt (Teilbereiche A, B, C und E)	• Wenscht (Hintere, Obere, Vordere)
• Innenstadt (Teilbereich D „Altstadt“)		
<ul style="list-style-type: none"> • Wie „Einfache Anforderungen“ • abweichend • Rahmen und Module einheitlich + schwarz, anthrazit • ergänzend • Als Ausnahme (kann zugelassen werden) → Einzelfallprüfung 		

Fassaden		
• Innenstadt (ohne Teilbereiche)	• Langenholdinghausen	• Waldenburger Weg
<ul style="list-style-type: none"> Auf Haupt- und Nebengebäude „Plane“ Ausführung (direkt an der Fassade oder an Halterung / Aufständerung ohne Neigungswinkel) Einheitliches Format und Ausrichtung (senk- oder waagrecht aufeinander abgestimmte Bahnen) Geschlossene aufeinander abgestimmte Gliederung Max. Tiefe 0,25 m (Halterung bzw. Aufständerung) Abstand von Außenkante der Fassade, Traufe, Ortgang, Öffnungen (Fenster, Türen) mind. 0,20 m 		
• Eiserfeld Ortsmitte	• Innenstadt (Teilbereiche A, B, C und E)	• Wenscht (Hintere, Obere, Vordere)
• Innenstadt (Teilbereich D „Altstadt“)		
<ul style="list-style-type: none"> Wie „Einfache Anforderungen“ ergänzend Als Ausnahme (kann zugelassen werden) → Einzelfallprüfung 		

Überdeckung von außenstehenden Nutzbereichen

• Innenstadt (ohne Teilbereiche)		• Langenholdinghausen	• Waldenburger Weg
<ul style="list-style-type: none">• Plane Ausführung• Einheitliches Format und Ausrichtung• Keine Aufständering			
• Eiserfeld Ortsmitte	• Innenstadt (Teilbereiche A, B, C und E)	• Wenscht (Hintere, Obere, Vordere)	
• Innenstadt (Teilbereich D „Altstadt“)			
<ul style="list-style-type: none">• Wie „Einfache Anforderungen“ ergänzend• Als Ausnahme (kann zugelassen werden) → Einzelfallprüfung			

Einfriedungen, Zäune und Zaunanlagen		
• Innenstadt (ohne Teilbereiche)	• Langenholdinghausen	• Waldenburger Weg
<ul style="list-style-type: none"> • Plane Ausführung • Einheitliches Format und Ausrichtung • Module nur innerhalb der Einfriedung • Max. Tiefe 0,25 m (Halte- bzw. Aufständerung) 		
• Eiserfeld Ortsmitte	• Innenstadt (Teilbereiche A, B, C und E)	• Wenscht (Hintere, Obere, Vordere)
• Innenstadt (Teilbereich D „Altstadt“)		
• Unzulässig		